

Strategien gegen Neonazismus und Rassismus

unter besonderer Berücksichtigung
der Jugendarbeit

Ergebnisse zweier Fachtagungen
und von Multiplikatorenfortbildungen
in Mittel- und Oberfranken 2009 - 2012

Herausgeberin:
Birgit Mair



**Institut für sozialwissenschaftliche Forschung,
Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.**



Foto: Peter Roggenthin

Fachtagung „Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Jugendarbeit“ am 11. Juni 2010 in Nürnberg



Foto: Peter Roggenthin

Fachtagung „Handlungsstrategien gegen Neonazismus und Rassismus“ am 30. September 2011 in Nürnberg

**Strategien gegen
Neonazismus und Rassismus**

**unter besonderer Berücksichtigung
der Jugendarbeit**

**Ergebnisse zweier Fachtagungen
und von Multiplikatorenfortbildungen
in Mittel- und Oberfranken 2009 - 2012**



**Institut für sozialwissenschaftliche Forschung,
Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.**



www.isfbb.de

Strategien gegen Neonazismus und Rassismus unter besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeit

Ergebnisse zweier Fachtagungen in Nürnberg und von Multiplikatorenfortbildungen in Mittel- und Oberfranken in den Jahren 2009 bis 2012 innerhalb des Projekts „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in Mittel- und Oberfranken“.

Herausgeberin: Birgit Mair, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.

Nürnberg 2012

Information und Bestellung:

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.

Adamstraße 37, 90489 Nürnberg, E-Mail: info@isfbb.de

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Herausgeberin reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lektorat & Satz: Harald Fuchs, Nürnberg

Durchgesehen von: Stefan Ueltzen, Nürnberg

Druck: Druckwerk, Nürnberg

Auflage: 1.500 Stück

Die digitale Fassung dieser Broschüre befindet sich auf der Internetseite www.isfbb.de.

Die Broschüre kann in gedruckter Form über die E-Mail-Adresse info@isfbb.de bestellt werden.

Das Tacheles-Projekt wurde vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. durchgeführt und durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds für Deutschland im Rahmen des Programms „XENOS - Integration und Vielfalt“ gefördert und von vielen Kooperationspartnern unterstützt.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

Vorwort

Diese Dokumentation ist ein Ergebnis des öffentlich geförderten Projekts „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken“. Das Projekt „Tacheles!“ wurde in den Jahren 2009 bis 2012 vom Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. durchgeführt.

„Tacheles!“ beinhaltete unter anderem zwei Fachtagungen an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg sowie insgesamt etwa 150 verschiedene Bildungsveranstaltungen, darunter Multiplikatorenfortbildungen, Fachvorträge, Ausstellungseröffnungen und Zeitzeugengespräche mit Holocaust-Überlebenden. An den Veranstaltungen nahmen über zehntausend Menschen teil. Dieses große Interesse zeigt, dass der Bedarf an Aufklärungs- und Beratungsangeboten zu den Themenbereichen Neonazismus und Rassismus in Nordbayern immer noch enorm groß ist.

In der vorliegenden Veröffentlichung finden sich wichtige Beiträge der beiden Fachtagungen 2010 und 2011 sowie einzelner Fortbildungen für Multiplikator/innen zum Themenbereich Umgang mit Neonazismus und Rassismus in der Arbeit mit Jugendlichen.

Birgit Mair stellt im einleitenden Aufsatz ihren pädagogischen Ansatz gegen Neonazismus und Rassismus vor. Wolfgang Wippermann setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit dem Extremismus-Konstrukt auseinander. Michael Hammerbacher beschäftigt sich mit der Historie der Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und postuliert für die Zeit seit Mitte der 1970er Jahre drei Phasen mit jeweils dominierenden Konzepten. In die Details der kommunalen Jugendarbeit begibt sich Titus Simon. Er plädiert unter anderem für eine konzeptuell durchdachte Vernetzung der Akteure vor Ort. Dass die rechten Frauen sowie deren Gefährdungspotential häufig übersehen werden, ist die spannende These des Beitrags von Michaela Köttig. Harald Dösel widmet sich dem Umgang mit Neonazismus und Rassismus im schulischen Kontext. Melanie Riese liefert dazu einige aufschlussreiche Ergänzungen aus Forschungssicht. Einzelkämpfertum und Ohnmachtsgefühle bei Pädagog/inn/en werden beschrieben und diskutiert. Jugendschutz.net stellt die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Internet dar und Martin Langebach wirft einen genauen Blick auf rechtsextremistische Musikstile und pädagogische Ansätze dagegen.

Rassistische und ultranationalistische Tendenzen in der Einwanderungsgesellschaft: Der Verdienst von Kemal Bozay ist es, dafür eine ausführliche Beschreibung und Analyse anzubieten ohne den Kontext der sozialen und rassistischen Ausgrenzung von Migrant/inn/en aus dem Auge zu verlieren. Die zwei folgenden Beiträge bilanzieren wichtige regionale zivilgesellschaftliche Widerstandsprozesse gegen neonazistische und extrem rechte Phänomene. Marius Köstner (Neonazi-Aufmärsche in Gräfenberg) sowie Ulli Schneeweiß (Tønsberg - Laden in Nürnberg) klären auf. Helga Hanusa informiert schließlich über die Beratung von Opfern rechter Gewalt im Rahmen der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus. Im abschließenden Artikel informieren Juliane Niklas und Thomas Höhne über die grenzüberschreitende

Kooperation deutscher und tschechischer Neonazis und stellen das Projekt Tandem vor, das binationale Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus durchführt.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projekts „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken“ erstellt. Das Tacheles-Projekt wurde innerhalb des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durchgeführt und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds für Deutschland gefördert.

Projektziele waren neben der Aufklärung und Sensibilisierung über extrem rechte Strategien und Aktivitäten die Vermittlung von Handlungsstrategien zum kompetenten Umgang mit neonazistischen und rassistischen Erscheinungsformen. Im Rahmen des Angebots „Bildung und Coaching vor Ort“ konnten in Mittel- und Oberfranken ansässige Schulen, Organisationen, Vereine, Firmen usw. auf die Tacheles-Bildungs- und Beratungsangebote zum Thema Rechtsextremismus zurückgreifen. Zu den Zielgruppen gehörten Ausbilder/innen, Beschäftigte an Hochschulen und Universitäten, Erwerbstätige, Arbeitslose, Industriebetriebe, Lehrkräfte, Sozialpädagog/inn/en und pädagogische Fachkräfte sowie Mitarbeiter/innen öffentlicher Verwaltungen. Der innerhalb des XENOS-Programms geforderte Bezug zum Arbeitsmarkt wurde durch berufliche Weiterbildungen von Beschäftigten, Netzwerkförderung, betriebliche Qualifizierung sowie Kooperations- und Verbundmaßnahmen hergestellt. Zu den toleranzfördernden Aktivitäten zählten die Netzwerkarbeit, Politische Bildung sowie die Sensibilisierungsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Für die Unterstützung durch die vielen lokalen Kooperationspartner/innen und Spender/innen, die am Ende dieser Broschüre genannt sind, möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Große Anerkennung gebührt genauso den Mitwirkenden an der Erstellung dieser Broschüre, den Co-Referent/inn/en der Bildungsveranstaltungen sowie den zahlreichen Helferinnen und Helfern, besonders bei den beiden Fachtagungen.

Birgit Mair

Projektleitung

Die vorliegende Broschüre findet sich in digitaler Form auf der DVD „Strategien gegen Neonazismus und Rassismus“ sowie auf der Internetseite www.isfbb.de.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	5
Grußwort Gerhard Frank	7
Grußwort Christine Stahl	9
Mit Pädagogik gegen Neonazismus und Rassismus Birgit Mair	11
Extremismus und andere Verschwörungen der Mitte - Thesen und Kritik Wolfgang Wippermann	23
Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland Michael Hammerbacher	27
Rechtsextremismus – Eine Gratwanderung in der Jugendarbeit Titus Simon	35
Junge Frauen in der rechtsextremen Szene Problemkonstellationen und Handlungsstrategien für die Soziale Arbeit Michaela Köttig	45
Umgang mit Neonazismus und Rassismus im schulischen Kontext Harald Dösel	55
Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule – Von Einzelkämpfern und Hilflosigkeitsgefühlen Melanie Riese	61
Rechtsextremismus im Internet Erkenntnisse aus der Arbeit von jugendschutz.net jugendschutz.net	71
Vom RechtsRock bis zum Schlager Rassistische und neonazistische Musik als Türöffner in die Jugendszene? Martin Langebach	73

Ursachen, Formen und Motive von (Rechts-)Nationalismus und Rassismus in der Einwanderungsgesellschaft	83
Kemal Bozay	
Das Bürgerforum Gräfenberg „Gräfenberg ist bunt“ – Kurzbilanz zivilgesellschaftlichen Engagements in der fränkischen Provinz	93
Marius Köstner	
Neue Nazis tarnen sich – Bedeutung kleinräumiger Auseinandersetzungen am Beispiel „Tønsberg – Laden“ in Nürnberg	101
Ulli Schneeweiß	
Beratung und Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt	105
Helga Hanusa	
Rechtsextremismus in Tschechien und Deutschland	113
Juliane Niklas und Thomas Höhne	
Literaturverzeichnis	120
Autorinnen- und Autorenverzeichnis	126
Förderer und Kooperationspartner	129

Grußwort

Prof. Dr. Gerhard Frank, Dekan der Fakultät Sozialwissenschaften
der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen an der Fakultät Sozialwissenschaften der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg.

Als Dekan der Fakultät begrüße ich Sie sehr herzlich zu Ihrer Tagung „Tacheles: Handlungsstrategien gegen Neonazismus und Rassismus“.

Es ist dies die zweite Fachtagung der beteiligten Kooperationspartner in diesem Hause. Ich darf Ihnen vielleicht sagen, was hier studiert wird: Es ist die Soziale Arbeit in verschiedenen Studiengängen, eine Disziplin, zu deren Selbstverständnis von Anfang an die Gewissheit gehörte - nicht bei allen, aber bei vielen wichtigen ihrer Vertreter oder besser: Vertreterinnen -, dass Soziale Arbeit, will sie Wirkung entfalten, immer auch politisch ist. Für ihr Engagement in der Frauenbewegung hat zum Beispiel eine der Begründerinnen der Gemeinwesenarbeit, Jane Addams, 1931 den Friedensnobelpreis erhalten. Neuerdings spricht man von der Einmischungsstrategie der Jugendhilfe, wenn es darum geht, dass Soziale Arbeit Einfluss auf die Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen nehmen möchte.

Dieser Studiengang vermittelt zunächst einmal aber auch instrumentelle Kenntnisse aus der umfangreichen Handlungslehre der Sozialen Arbeit. Nämlich: Fähigkeiten zur Gesprächsführung und der sorgfältigen Beobachtung, Einzelfallhilfe, Gemeinwesenarbeit, Gruppenpädagogik, Moderation und viele andere berufsspezifische Fertigkeiten, um sich in einer komplexen beruflichen Wirklichkeit zurecht zu finden.

Darüber hinaus werden wissenschaftliche Grundlagen aus den sogenannten Bezugswissenschaften der Sozialen Arbeit gelehrt:

Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Politikwissenschaften. All dies natürlich vorwiegend um Prozesse und Fälle im Sozialen Feld zu verstehen und einordnen zu können, aber auch um handlungsfähig zu werden.

Soziale Arbeit vereinigt alle drei wissenschaftstheoretisch wesentlichen Perspektiven auf ihren Gegenstand:

- Phänomenologisch (Wie ist die Welt?)
- Kausallogisch (Warum sind die Verhältnisse so, wie sie sind?)
- Aktional (Wie kann auf die Dinge, die Umstände, ein Feld, einen Fall Einfluss genommen werden?)

Hierin sehe ich viele Parallelen zu Ihrem Tagungsprogramm, man kann sogar sagen Überschneidungen oder vielleicht auch Wahlverwandtschaften. Man kann es auch bescheidener ausdrücken: Anknüpfungspunkte zu Ihren Tagungsthemen gibt es in unserem Studium viele, in diesen Räumen werden wohl ganz ähnliche Fragen, wenn auch nicht in so konzentrierter Form bearbeitet:

- In der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wird seit längerer Zeit diskutiert, wie weit ein akzeptierender und verstehender Ansatz (im Sinne des Nachvollziehenkönnens) gehen kann, wo die Pädagogik endet, wo die Politik und auch die politische Gegenwehr beginnen.
- In Reflexionen zur politischen Sozialisation reflektieren wir zum Beispiel über die Biografie rechtsorientierter Jugendlicher und versuchen uns zu erklären, wie es kommt, dass der Rassenwahn und der Fremdenhass zu starken Elementen eines individuellen Selbstkonzeptes werden können.
- In der Medienpädagogik wird räsoniert wie auf den Umgang Jugendlicher mit aggressiven, politisch tendenziösen, Vorurteile transportierenden Computerspielen reagiert werden soll.
- Die Jugendforschung versucht unter ethnografischen und gruppendynamischen Gesichtspunkten herauszuarbeiten, wie sich rechtsradikale Gruppierungen bilden, wie sie ihre Kohärenz gegen Abweichungen sichern und sich durch Straftaten und Hetztiraden in ihrer Szene als Vorbilder zu inszenieren versuchen.

Diese Liste könnte man mit Themen, wie sie reell schon bearbeitet werden oder wie sie auch für uns wünschenswert wären, ergänzen.

Das Interesse an diesen Themen wird in der Sozialen Arbeit mit einer ethischen Haltung fundiert. Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession. Prägt diese Haltung zwar nicht immer unmittelbar die Sachanalyse (hier folgen wir immer noch Max Webers Postulat der Wertfreiheit von Wissenschaft und Forschung) so aber doch immerhin die handlungstheoretische Ausrichtung. Was können wir tun, um Neonazismus und Rassismus mit Mitteln der Sozialen Arbeit zu begegnen?

Diese doppelte Haltung finde ich auch in den Themen Ihrer Tagung:

- eine klare wissenschaftliche Perspektive der Analyse, der Bewertung, der empirischen Forschung
- aber auch eine ethische Position, dass Neonazismus und Rassismus energisch begegnet werden muss.

Die Liste der an dieser Tagung beteiligten Kooperationspartner ist eindrucksvoll. Mögen alle die ihnen mögliche Wirkung entfalten.

Dass Sie mit den besten Argumenten hierfür ausgestattet werden, dass es hierzu eine fundierte wissenschaftliche und motivierende Diskussion gibt, dazu kann TACHELES! viel beitragen. Ich wünsche der Tagung gute Ergebnisse, Ihnen allen neue interessante Erkenntnisse und uns allen viel politischen Mut, um gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzutreten.

Ich hoffe auch, dass Sie sich in unserem Haus wohl fühlen. Aber ich denke, Sie sind hier vollkommen richtig!

Viel Erfolg und vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie ihre Tagung hier bei uns im Hause durchführen.

Grußwort

Christine Stahl, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags

Liebe Demokratinnen und Demokraten,

angesichts der Entscheidung des studentischen Konvents der Bundeswehrhochschule in Neubiberg, dem rechtsextremen Chefredakteur der Uni-Zeitung *Campus* den Rücken zu stärken, freut es mich besonders, heute so viele anzutreffen, die sich mit Handlungsstrategien gegen Neonazismus und Rassismus auseinandersetzen wollen.

Antidemokratische Haltungen nehmen in unserer Gesellschaft massiv zu, ebenso wie Islamophobie und Antisemitismus. Auch 66 Jahre nach Untergang der NS-Diktatur tun sich immer noch viele mit einer Aufarbeitung schwer: Kommunen, die sich mit dem Nationalsozialismus mitten in ihrer Bürgerschaft auseinandersetzen müssen und schwer taten, wie beispielsweise Neustadt/Aisch mit der Stolpersteinaktion. Oder Behörden, die sich nur zögerlich und vereinzelt mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen, wie zum Beispiel das Auswärtige Amt.

Die Gefahren, die von Rechtsextremist/innen und Rechtspopulist/innen für unsere Demokratie und für die Menschen selbst ausgehen, sind auch nach 66 Jahren nicht gebannt – im Gegenteil:

Einstellungen von Rechtsextremist/innen und Rechtspopulist/innen sind salonfähig geworden und leider auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Ich muss die beiden letzten Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung hier nicht vorstellen. Ich denke, sie sind Ihnen bekannt.

Wir müssen kein Massaker wie das in Oslo bemühen, um die Gefahren von Rechts zu verdeutlichen, wir brauchen uns nur umzudrehen.

Wir finden die Rechtsextremist/innen in Dachau, in Miesbach und in Dingolfing, wo sie eine Kräuterplantage betreiben und von dort aus gezielt versuchen, Naturschutzverbände zu unterwandern. Wir finden Rechtsextremist/innen und Rechtspopulist/innen in den Burschenschaften, in der Parteineugründung *DIE FREIHEIT* in München, als Nachbarn bei so genannten Lesertreffen von Literaturfreund/innen auf Schloss Weißenstein in Pommersfelden, zum Beispiel auch in der „neuen Väterbewegung“, flankiert von Rechtspopulisten. Deshalb befasst sich etwa die Amadeu-Antonio-Stiftung mit den neuen-alten Frauenbildern und Männerrollen.

Natürlich reagiert der Staat auch auf solche Bewegungen. Am 21. September 2011 wurde die HNG, die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige* verboten.

Solche restriktiven Maßnahmen begrüße ich, nur machen wir uns nichts vor: Rechtsextremistische Einstellungen werden lediglich verheimlicht/versteckt, wenn rechtsextreme Protagonisten im Justizvollzug landen, eine Einstellungsänderung erfolgt selten.

Ich verweise hier auf Studien von Dr. Özsöz von der Kriminologischen Forschungsgruppe des Bayerischen Landeskriminalamts (Resozialisierungsprogramm).

Restriktion reicht also nicht aus.

Die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus werden zunehmend diffuser und ich persönlich halte Rechtspopulismus mit seinen Aussagen zur Ungleichheit und damit auch Ungleichwertigkeit von Menschen, mit seinem Rassismus in reinster Ausprägung für die Demokratie für ebenso gefährlich wie den Rechtsextremismus.

Wir erleben aktuell eine Zeit der Abrechnung in Form des Rechtspopulismus. Er versteckt sich im „bürgerlichen Gewand“, kommt unscheinbarer daher.

Rechtspopulismus vergiftet aber das politische Klima ungleich mehr, untergräbt den Rechtsstaat, grenzt massiv aus und entwertet die politische Argumentationskultur, die ich aber in einer demokratischen Gesellschaft für unabdingbar halte, um Demokratie im Gleichgewicht zu halten. Ein offener Diskurs kann nicht funktionieren, wenn Rechts und Links pauschal gleichgesetzt werden, wenn jede Gegendemonstration als links gewertet wird oder Pauschalsätze wie „*Man wird doch noch die Wahrheit sagen dürfen*“ alles verharmlosen.

Wie geht es weiter? Was also tun?

Ich will den verschiedenen Beiträgen heute nicht vorgreifen, möchte aber drei Ziele nennen, die wir fächerübergreifend im Auge behalten müssen:

Erstens müssen wir Demokratie stärken: eine echte Mitwirkungs- und Mitmachgesellschaft erreichen.

Zweitens müssen wir Gewalt verhindern: Sie unterminiert die Zivilgesellschaft und den demokratischen Diskurs. Das beinhaltet nicht nur ein körperliches, sondern auch ein verbales Überwältigungsverbot nach dem *Beutelsbacher Konsens*, den Martin Becher vom *Bayerischen Bündnis für Toleranz* regelmäßig zitiert.

Drittens gilt es, mit einem breiten Programm rechtsextreme Einstellungen zu bekämpfen.

Ich wünsche der Tagung einen guten Verlauf.

Mit Pädagogik gegen Neonazismus und Rassismus

Birgit Mair

Wie soll man mit Rassistinnen und Rassisten oder Neonazis im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände umgehen? Einfach ignorieren, da sie sich aufgewertet fühlen könnten, wenn man ihnen Beachtung schenkt? Sind das nicht nur Jugendliche in der Protestphase, die gar nicht wissen, was sie da vertreten? Ist es nicht gefährlich, sich mit denen anzulegen? Ist man als Pädagogin oder Pädagoge dem rechten Treiben hilflos ausgeliefert?

Solche Fragen tun sich auf, wenn man im öffentlichen Raum mit rechten Aktivitäten konfrontiert wird. Eines muss uns allen klar sein: Was Neonazis und Rassisten in ihren Wohnzimmern treiben, können Außenstehende kaum verhindern. Doch sobald die Ideologie den öffentlichen Raum erreicht, ist das soziale Umfeld gefordert, das hier einiges bewirken kann. Manchmal fehlt es aber an Wissen, wie man rechte Aktivitäten eindämmen kann. „Jetzt nennen Sie mir doch den einen passenden Satz, den ich dem Nazi in meiner Klasse hinknallen kann, und dann ist Schluss“, so die menschlich absolut nachvollziehbare Erlösungsphantasie einer jungen Lehrerin im Kampf gegen rassistische Phrasen im Klassenzimmer.

Erwachsene wenden sich an mich, weil sie von mir wissen möchten, wie man Neonazis erkennen kann. Sie erwarten meist auch eine Hilfestellung im Umgang mit rechten Positionen im Unterricht. Hier einige Vorüberlegungen:

Neonazis sind Menschen, die eine menschenverachtende Ideologie vertreten. Sie können jedoch auch sozial engagiert, fleißig und freundlich sein. „Aber das ist einer der hilfsbereitesten Schüler in meiner Klasse!“, so ein Lehrer, der mit einem in der Neonazi-Szene aktiven Schüler konfrontiert war. „Ich mach mir jetzt solche Vorwürfe, dass ich damals nix dagegen machen konnte. Der war doch eigentlich ein ganz netter Kerl. Aber ich war irgendwie auch hilflos. Dass der zu so was fähig ist, das hätt ich nicht für möglich gehalten“, so eine Pädagogin, die einen neonazistischen Gewalttäter in der Klasse hatte, der später wegen gefährlicher Körperverletzung gegen einen Nazigegner zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.

In den vergangenen Jahren haben mehrere tausend Menschen meine Vorträge und Zeitzeugenveranstaltungen zu den Themenbereichen „Holocaust“ sowie „aktueller Neonazismus und Rassismus“ besucht.¹ Ich arbeite mit Jugendlichen aller Schultypen ab vierzehn Jahren sowie mit Erwachsenen im Rahmen von Multiplikatorenfortbildungen. Erwachsene „Kunden“ sind Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Bewährungshelferinnen und -helfer, aber auch Migrationsdienste, Parteigliederungen, kirchliche Organisationen und Vereine. In der Regel werden die Fortbildungen vor Ort durchgeführt.

Erste Überlegungen von mir zu „Möglichkeiten und Grenzen interkulturell-antirassistischer Seminararbeit“ wurden 2004 in einem Sammelband veröffentlicht.² Im folgenden Beitrag sollen meine bisherigen beruflichen Erfahrungen sowie die Grundansätze meiner pädagogischen Arbeit erläutert werden. Ich erkläre zunächst die Themenschwerpunkte meiner Fortbildungsveranstaltungen, die Prinzipien und Säulen meines pädagogischen Konzepts und

gehe dann auf Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit mit Neonazis, Rassistinnen und Rassisten ein. Für den Umgang mit rechten Phrasen im Unterricht werden praktische Beispiele angeboten sowie Leitlinien zum Umgang mit Neonazis in der pädagogischen Arbeit vorgeschlagen.

1. Themenschwerpunkte meiner Arbeit

1.1. Holocaust

Seit 2005 begleitete ich Überlebende von NS-Konzentrationslagern zu Zeitzeugengesprächen. So zum Beispiel Josef Jakobowicz, der mehrere Zwangsarbeitslager für Juden und Konzentrationslager überlebte. 2006 veröffentlichte ich das Buch „Überlebensberichte von Josef Jakobowicz – eine biographische Analyse“³. Es folgte die Produktion einer lebensgeschichtlichen Ausstellung, die seither an Schulen gezeigt wird. Im Jahr 2008 verstärkte sich die Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen Franz Rosenbach. Er wurde verfolgt, weil er der Gruppe der Sinti angehörte, und überlebte die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Buchenwald, Mittelbau-Dora sowie einen Todesmarsch. 2009 konzipierte ich eine biografische Ausstellung über seinen Überlebenskampf, die bereits an vielen Schulen und Einrichtungen gezeigt wurde.

1.2. Aktueller Neonazismus und Rassismus

Neben Vorträgen zum Thema „Erscheinungsformen des heutigen Neonazismus und Rassismus und Handlungsstrategien dagegen“ führe ich auch Argumentationstrainings gegen rechte Parolen durch. Je nach Bedarf und Zeitbudget biete ich Vertiefungen zu folgenden Themen an: „Neonazis im Internet“, „Neonazistische Musik“, „Frauen in der rechten Szene“, „Neonazis und Homosexualität versus homosexuelle Neonazis“. Seit einigen Jahren begleite ich auch die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung.

2. Prinzipien meines pädagogischen Konzepts

2.1. Methodisch-Didaktisches Vorgehen

Im Vorfeld eines Seminars kläre ich mit den Veranstalter/innen den Auftrag ab, da ich für die jeweilige Zielgruppe ein maßgeschneidertes Seminarekonzept anbiete. Zu Beginn der Veranstaltung frage ich zusätzlich die Erwartungen der Teilnehmerschaft ab, um außerdem individuelle, im Vorfeld noch nicht thematisierte Wünsche berücksichtigen zu können. Mit Flipchartpapier gerüstet werden die Teilnehmenden in Kleingruppen geschickt, mit dem Auftrag, alles aufzuschreiben, was ihnen zum Thema Neonazismus einfällt. So kann ich den Wissensstand der Gruppe überprüfen und im weiteren Seminarverlauf darauf eingehen. Ein Grundsatz meiner Arbeit ist die Teilnehmerorientierung, das heißt der Versuch, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich gerade befinden. Dies impliziert erstens die Anpassung an unterschiedliche Sprach- und Bildungsniveaus sowie zweitens das Eingehen auf spezifische Probleme vor Ort, welche bevorzugt besprochen werden. Hierzu ein Beispiel aus der Praxis:

Einmal fragte mich ein Schüler gleich zu Beginn des Seminars, ob man bei mir auch Hakenkreuze malen dürfe. Ich hakte nach und musste feststellen, dass Jugendliche innerhalb einer Fortbildungsmaßnahme tatsächlich angeleitet worden waren, Hakenkreuze zu zeichnen. Die Sinnhaftigkeit solcher Methoden ist äußerst fragwürdig und muss natürlich in der betroffenen Klasse kritisch diskutiert werden. Ein Prinzip meiner Arbeit ist, dass Dinge erklärt werden. „Warum ist das Hakenkreuz denn verboten?“ Man muss den Kindern mit einfachen Worten erklären können, wofür dieses Symbol steht.

Nach meiner Erfahrung ist es von großer Bedeutung, dass die von den Teilnehmenden geschilderten Erfahrungen und Geschehnisse im Umgang mit extrem rechten Ideologiesegmenten im Rahmen des Seminars Raum bekommen und nicht stur ein vorher festgelegtes Programm abgespult wird. Dieses Vorgehen ist insbesondere bei Ganztagesseminaren von Bedeutung, bei denen unterschiedliche Methoden zum Einsatz kommen können wie Vortrag, Diskussion, Kleingruppenarbeit, Film, Internetrecherche oder das Rollenspiel, welches bei Argumentationstrainings gegen rechte Parolen eingesetzt wird. Die meisten meiner Vorträge dauern im Schnitt eineinhalb bis zwei Stunden. Hier arbeite ich frontal und kläre via Beamer und Powerpoint über die neonazistische Szene auf. Zum Ende eines Vortrags wird aber auch hier genügend Zeit für Rückfragen aus dem Publikum eingeräumt.

Bei Seminaren mit Jugendlichen weise ich meist zu Beginn darauf hin, dass diese Altersgruppe sich statistisch gesehen weniger häufig rassistisch äußert als die der über 60-Jährigen.⁴ Dennoch gibt es auch junge Menschen, die eine Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie haben. Wenn ich den damit konfrontierten Lehrkräften rate, die Eltern der Jugendlichen darüber zu informieren, höre ich häufig Antworten wie: „Das ist zwecklos, weil von denen hat sie ja diese Gesinnung. Die sind doch selber Rassisten.“ Oder: „Bei dem ist es ganz klar – sein Opa war ein Nazi und der hat ihn schon früh zum Stammtisch mitgenommen.“ Entsprechend dieser Erfahrungen scheinen Jugendliche also häufig von einer extrem rechten Stimmung in der Familie geprägt zu werden. Nachdem Mittel- und Oberfranken bereits in den 1920er Jahren Hochburgen des Antisemitismus mit im reichsweiten Vergleich deutlich überdurchschnittlichen Wahlergebnissen für die NSDAP waren, dürfte aufbauend auf diesen Erfahrungen in dieser Region noch einiges an Arbeit zu leisten sein.⁵

Der Stil meiner pädagogischen Arbeit unterscheidet nicht zwischen Menschen mit oder ohne einem so genannten „Migrationshintergrund“⁶. Auch ist es für die pädagogische Arbeit unerheblich, welchen Pass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an meinen Seminaren besitzen. Ich verzichte bewusst auf so genannte „interkulturelle Ansätze“⁷. „Als ich neu in die Klasse gekommen bin, hat mich der Lehrer aufgefordert, zu erzählen, wie es in unserer Kultur, in dem Land, aus dem meine Familie kommt, so ist. Das war mir so unangenehm, denn ich wollte doch als zehnjähriges Mädchen nur dazugehören und nicht als Rumänien-deutsche wahrgenommen werden“, so die Erinnerungen einer inzwischen erwachsenen Diplom-Psychologin.

Fazit: Die allermeisten meiner jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in Deutschland geboren bzw. aufgewachsen. Ich unterstelle, dass diese wie alle anderen in erster Linie als in Deutschland lebende Seminarteilnehmer bzw. Jugendliche gesehen werden möchten und nicht als Trägerinnen oder Träger einer wie auch immer gearteten „Kultur“.

2.2. Drei-Säulen-Modell

Mein pädagogisches Vorgehen beruht auf drei Säulen: Erstens die inhaltliche Aufklärung über den Holocaust, den Nationalsozialismus sowie den aktuelleren Neonazismus und Rassismus. Zweitens das „Fragen stellen und gefragt werden“ und drittens das Setzen von Grenzen, insbesondere dann, wenn rassistische oder neonazistische Positionen geäußert werden.

Säule 1: Inhaltliche Aufklärung

Themenkomplex aktueller Neonazismus

„Wieso verwenden Nazis auch englische Wörter?“ oder „Der ist zwar ein Nazi, aber der ist eigentlich ganz nett. Der hat mir sogar eine DVD über 9/11 geschenkt“, so einige beispielhafte Äußerungen von Seminarteilnehmern und -teilnehmerinnen.⁸

Die Einschätzung, wie weit jemand in der neonazistischen Szene verankert ist, erweist sich in der Praxis manchmal als schwierig, da Neonazis sich im schulischen oder beruflichen Kontext auch völlig unauffällig verhalten können. Dort, wo sie leben und arbeiten, geben sie sich mitunter sehr freundlich und hoffen, mit dieser Strategie andere für die rechte Szene zu gewinnen. Sind sie mit ihren Gesinnungskameradinnen und -kameraden außerhalb des schulischen oder beruflichen Umfelds unterwegs, dann verprügeln sie Migrantinnen und Migranten oder Nazigegner/innen oder nehmen die Gewalt gegen diese zumindest billigend in Kauf. Im Zuge der Januskopf-Strategie kommt es gelegentlich sogar vor, dass Neonazis Kontakte zu Migranten oder Migrantinnen mit möglicherweise extrem rechter Prägung pflegen.⁹ Im neonazistischen Final Resistance-Versand wird ein T-Shirt vertrieben mit folgender Aufschrift vertrieben: „Mein Freund ist natürlich Ausländer“. Unter dem Schriftzug prangt das Konterfei des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad. Er ist deshalb „Freund“ der Neonazis, weil er ein glühender Antisemit und Holocaust-Leugner ist. Wenn Neonazis das Palästinensertuch tragen, dann wollen sie damit ihre Ablehnung gegenüber dem Staat Israel, sprich „den Juden“, zum Ausdruck bringen. Neben teilweise schwer zu durchschauenden Beziehungsgeflechten und einer sich zunehmend ausdifferenzierenden neonazistischen Jugendszene (unter anderem in „Junge Nationaldemokraten“, „Freie Nationalisten“, „Autonome Nationalisten“ und vereinzelt auch wieder „klassische“ rechte Skinheads) ist es wichtig, die Jugendlichen darüber aufzuklären, dass es sich bei einer Neonazi-Kameradschaft in der Regel nicht um eine normale Clique handelt, die man, ohne bedroht zu werden, einfach wieder verlassen kann.

Die wenigsten Lehrkräfte vermuten hinter einer Kampagne gegen die Zeit- und Leiharbeit, gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, für den Frankenwein oder gegen Pädophile neonazistische Positionen. Daher ist die Aufklärungsarbeit gerade über diese, nicht gleich als Rechts erkennbaren Themenbereiche von besonderer Bedeutung. Auch neonazistische Strategien werden erläutert. Neben der Darstellung möglichst vieler Facetten neonazistischer Erscheinungsformen zeige ich in meinen Vorträgen auf, mit welchen Strategien gegen diese gehandelt werden kann. Hierzu gehört der Umgang mit Neonazis in öffentlichen Gaststätten, Interventionsmöglichkeiten gegen rechte Internetauftritte oder gegen Neonazis im sozialen Umfeld. Auch Beispiele für erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen neonazistische Aufmärsche werden aufgezeigt. Ich biete aktuelle und auf die jeweilige Region

bezogene Informationen über die extrem rechte Szene. Das heißt, wenn ich eine Veranstaltung in Oberfranken durchführe, dann berichte ich vertiefend über die oberfränkische Neonaziszene. Anhand von Fotos und Schaubildern sowie Filmausschnitten wird der Themenkomplex Neonazismus skizziert.

Themenkomplex Rassismus

Mit Hilfe der Genetik gibt es endlich Gewissheit: Eine Einteilung der Menschen in Rassen analog der Tierwelt entzieht sich jeder wissenschaftlichen Grundlage.¹⁰ Trotzdem heißt es im Artikel 3 des Grundgesetzes immer noch, niemand dürfe „wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse (...) benachteiligt oder bevorzugt werden“.¹¹ Ich frage mein Publikum: „Gibt es sie denn wirklich, die Rassen?“ Und: „Warum haben einige Menschen dunklere Haut und andere sind wiederum hellhäutig?“ Ich mache deutlich, dass Rassen Erfindungen von Rassisten sind, um missliebige Gruppen zu erniedrigen und im schlimmsten Fall umzubringen. Hier ist ein Rückblick in die Kolonialgeschichte nötig. Erst danach kann mit der Dekonstruktion des von den Nationalsozialisten angewandten Begriffs „Arier“ begonnen werden. „Gibt es die eigentlich, die „Arier“?“ frage ich das Publikum. Die Jugendlichen hören bei diesen Ausführungen so gespannt zu, dass ich manchmal den Eindruck habe, so etwas wurde selten oder nie thematisiert.

Themenkomplex Nationalsozialismus/Holocaust

„Warum hat er nicht einfach gesagt, ich bin kein Jude, als die Nationalsozialisten ihn gefangen genommen haben?“ „Warum sind die denn nicht einfach aus dem KZ abgehauen?“

Ich bin immer wieder erstaunt darüber, wie interessiert die Jugendlichen am Thema Holocaust sind – und zwar quer durch alle Bildungsschichten. Und dies, obwohl Lehrkräfte manchmal behaupten, die Schüler würden sich für das Thema nicht interessieren. Die Jugendlichen sind sehr interessiert, wissen aber nur wenig über den Nationalsozialismus. Dieses Thema ist offensichtlich in den Lehrplänen wenig beleuchtet. Freilich berichten Lehrkräfte auch von „nicht schon wieder“-Äußerungen einzelner Schülerinnen und Schüler. Ich frage die Pädagogen dann, ob Schüler im Fach Biologie auch die Möglichkeit hätten zu fordern, den Zitronensäurezyklus auszusparen? Kurzum: Die im Lehrplan vorgesehenen wenigen Unterrichtsstunden für den Themenbereich Nationalsozialismus sollten in jedem Fall ausgeschöpft werden.

Während die Anzahl der nationalsozialistischen Lager von vielen Schüler/innen um ein Tausendfaches unterschätzt wird,¹² wird der Anteil der in der NS-Zeit in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma um ein Vielfaches überschätzt. Dieser Trend setzt sich bis in die Gegenwart fort: Der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer wird typischerweise viel zu hoch geschätzt.

Die Thematisierung des Holocaust und des aktuellen Neonazismus ist in meinen Seminaren keine Frage der pädagogischen Technik. In der Regel werden aus der Schülerschaft so viele Fragen gestellt, dass es zu langen und interessanten Unterrichtseinheiten kommt. Ein besonderer „Luxus“ sind die Begegnungen mit Überlebenden der Konzentrationslager. „So still und aufmerksam waren die schon lange nicht mehr“, so nicht selten die Bewertungen der Lehrkräfte nach einem Zeitzeugengespräch, das in der Regel eineinhalb bis zwei Stunden dauert. Selbst so genannte Jungarbeiter oder BVJ-Klassen, bei denen es manchmal etwas

lauter zugeht, hören den Berichten der jeweiligen Zeitzeugen konzentriert zu. Während die Holocaust-Überlebenden von ihren Verfolgungen berichten, stelle ich ihre Geschichten in den jeweiligen historischen Kontext. Ich präsentiere beispielsweise Dokumente aus der NS-Zeit wie Häftlingslisten aus den Konzentrationslagern, auf denen die auftretenden Zeitzeugen namentlich gelistet wurden.

Säule 2: Fragen und gefragt werden

„Was ist das eigentlich, ein Jude?“, „Was hat man nach dem Krieg mit den SS-Angehörigen gemacht?“, „Ausländer umbringen – wieso tun Nazis so was?“, „Warum ist die NPD nicht verboten?“ – dies sind nur einige Fragen der neugierigen Jugendlichen. Ich versuche, das Publikum einzubeziehen und zum Nachdenken zu bewegen, in dem ich auffordere, Fragen zu stellen. Ich arbeite nicht moralisierend, sondern verfolge einen sachlich-inhaltlichen Stil. Bereits zu Beginn meines Vortrages kündige ich an, dass es am Ende Zeit gibt für Rückfragen, sowohl im Plenum als auch nach Veranstaltungsende „unter vier Augen“. Mit dieser Methode erfahre ich von Ereignissen, die sich manche nicht trauen, im Plenum anzusprechen. Manchmal liegt das auch daran, dass Schülerinnen und Schüler Angst vor Sanktionen durch rechte Mitschüler haben. Auch kam es vor, dass jüdische Schülerinnen und Schüler oder Schülerinnen und Schüler, die aus Sinti-Familien kommen, mir persönlich von ihrem Hintergrund erzählten, aber nicht wollten, dass die Klasse von ihrer Herkunft erfährt.

„Wenn ich behaupte, dass drei Migranten, die einen Deutschen in der U-Bahn zusammengeschlagen haben, ausgewiesen werden müssen, bin ich dann ein Rassist?“ – Auch auf solche Fragen muss man gefasst sein und differenziert antworten können. Zu einer differenzierten Antwort gehören hier mehrere Ebenen: Erstens gehören auch von Migrantinnen oder Migranten begangene Gewalttaten verurteilt, und zwar nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland. Zweitens ist die Forderung „kriminelle Ausländer müssen raus“ eine rassistische Forderung. Drittens lade ich zum Perspektivenwechsel ein: Ich stelle die Frage in den Raum „was wäre, wenn alle aus Deutschland in andere Länder ausgeweiseten ehemaligen Deutschen, die in ihrem neuen Heimatland straffällig geworden sind, wieder nach Deutschland abgeschoben werden würden? Was wäre, wenn alle Staaten dieser Erde so verfahren würden?“ Hier wird die Absurdität der Position „kriminelle Ausländer müssen raus aus Deutschland“ schnell deutlich.

Säule 3: Grenzen setzen

Was auf offener Straße beispielsweise bei Demonstrationen von Neonazis gilt, das gilt im Grunde auch im sozialen Raum Schule oder Klassenzimmer: Neonazis können sich dann ausbreiten, wenn ihre Aktivitäten ignoriert, verniedlicht oder nicht ernst genommen werden. Die Ausbreitung von Rassismus und Neonazismus kann nur dann zurückgedrängt werden, wenn Widerstand entgegengesetzt wird und Grenzen gesetzt werden. Im oberfränkischen Gräfenberg ließ sich beobachten, dass der geschlossene zivilgesellschaftliche Widerstand der Nazigegegnerschaft dazu führte, dass sich die Anzahl der in den Jahren 2006 bis 2009 monatlich demonstrierenden Neonazis zusehends auf den harten Kern der Kader reduzierte. Sympathisantinnen und Sympathisanten, Mitläufer oder gar Neulinge konnten nicht mehr

mobilisiert werden. Eine Videoaufnahme aus Gräfenberg zeigt einen sehr verunsicherten jungen Mann auf der Seite der NPD-Demonstration. Sein Onkel stand auf der Seite der Nazigegnerschaft und schrie lauthals: „Und? Haben dir die Nazis eine Arbeit besorgt? Und? Geht's dir jetzt besser? Wart' nur, wenn ich deine Mutter sehe, der werd' ich sagen, wo du dich rumtreibst.“¹³

Gesicht zeigen und einen klaren antirassistischen Standpunkt vertreten ist auch im schulischen Kontext hilfreich, um Neonazis in ihre Schranken zu weisen. Während zu einer Anti-Nazi-Demonstration Freiwillige kommen und weitestgehend geschlossen auftreten, dürften in einer Schule weitaus heterogenere Vorstellungen zur Bewältigung des Problems existieren. Ein Konsens über den wirksamen Umgang mit neonazistischen Positionen dürfte zum Beispiel innerhalb des Lehrerkollegiums nicht immer herzustellen sein. Und DEN Königsweg im Umgang mit neonazistischen oder rassistischen Positionen gibt es auch nicht, da jeder Fall anders gelagert ist. Dennoch schlage ich einige Leitlinien zum Eindämmen rechter Aktivitäten vor: Neonazis und rassistische Positionen dürfen niemals ignoriert und es müssen klare Grenzen gesetzt werden. Auch wenn dies zunächst der unbequemere Weg ist, kann man sich mit einem konsequenten Vorgehen endlose Kämpfe um das soziale Klima in einer Klasse ersparen, welches ja durch die Präsenz rassistischer Sprüche vergiftet wird. Auch rechtliche Kenntnisse sind nötig und hilfreich.¹⁴

Leider beobachte ich im Umgang mit rechts motivierten Handlungen gelegentlich Verharmlosungs- oder Verniedlichungstendenzen bei den damit konfrontierten Lehrkräften oder Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, wie „das war doch ein Siebtklässler, der weiß doch noch gar nicht, was so ein Hakenkreuz bedeutet“ oder „die meinen das doch gar nicht ernst, was die da sagen“.

In einer mittelfränkischen Schule, in der an die Wände gemalte Hakenkreuze lange Zeit ignoriert worden waren, äußerte sich eine Lehrerin im Rahmen einer Lehrerfortbildung: „Wir haben uns hier schon an die ganzen Hakenkreuze gewöhnt.“ Lehrkräften, die etwas gegen rechte Umtriebe an ihrer Einrichtung unternehmen möchten, rate ich, sich die Unterstützung der Schulleitung zu holen. Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, in dem die „Lufthoheit“ über einen sozialen Raum erlangt wird, so dass neonazistischen und rassistischen Positionen kein Raum mehr gegeben wird. In meinen Seminaren und Vorträgen zeige ich exemplarisch, wie man diese „Lufthoheit“ gewinnen kann.

Meine pädagogische Arbeit zielt darauf ab, die Nazigegnerschaft zu stärken und zu vernetzen, den potentiellen oder tatsächlichen Opfern rechter Gewalt die Gelegenheit zu bieten, über ihre Erfahrungen zu berichten, und den politisch Uninteressierten sowie den Vertreterinnen und Vertretern rechtspopulistischer Positionen einen Anstoß zum Nachdenken zu geben.¹⁵ Meine Arbeit richtet sich in erster Linie an das Auditorium, die Zuhörerschaft, der vermittelt wird, wie wichtig es ist, Neonazis Grenzen zu setzen. Mit Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern, die zwar eine Affinität zu rechtem Gedankengut haben, aber nicht fest in eine neonazistische Gruppe integriert sind, kann man sich durchaus auseinandersetzen, sofern diese ein offenes Diskussionsverhalten an den Tag legen und das Seminar nicht für rassistische Agitation nutzen.¹⁶ Mit diesen „Wackelkandidatinnen und -kandidaten“ kann man aber nur dann effektiv arbeiten, wenn man selber nicht wackelt, also über eine nicht-rechte Weltsicht verfügt und rechte Argumentationsmuster und Strategien enttarnen kann.

„Meine Schüler haben sich das Sarrazin-Buch gekauft, die Stellen, wo es gegen Ausländer geht markiert und verteilen Kopien davon in der Schule“, so die Aussage einer besorgten Lehrerin. Die leider auch immer wieder von Politikerinnen und Politikern der Mitte geäußerten rassistischen Positionen schlagen sich hier direkt im Klassenzimmer nieder, so dass die pädagogische Arbeit phasenweise zur Sisyphusarbeit wird. „Einer aus meiner Klasse hat am Sonntag in der Bäckerei, in der er eine Ausbildung macht, einen Geburtstagskuchen mit Hakenkreuzverzierung gebacken. Er hat einem Freund aus der Naziszene halt einen Gefallen getan.“ Solchen Berichten muss nachgegangen werden. Hier bin ich auf die Hilfe der Lehrkräfte sowie der Schulleitung vor Ort angewiesen, die den Ausbildungsbetrieb über solche Vorfälle informieren muss. In vielen Fällen distanzieren sich die Meister von den Machenschaften ihrer Auszubildenden. Es gibt aber auch Betriebe, die bevorzugt Auszubildende aus der rechten Szene annehmen sowie Neonazis, die sich in Wach- und Sicherheitsberufen ausbilden lassen oder in Schützenvereinen legal das Schießen üben können. Es bedarf einer systematischen Beobachtung solcher Phänomene, die nur die Einrichtungen vor Ort leisten können.

Rassismus ist leider bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und trifft derzeit insbesondere Sinti und Roma sowie Musliminnen und Muslime.¹⁷ „Mein Meister hat gesagt, dass er jetzt endlich mal was in die Putenwurst mischt, weil er sieht das nicht mehr ein, dass die Moslems kein Schweinefleisch essen“, so die Äußerung eines Metzgerlehrlings gegenüber seiner Lehrerin. „Also wenn mein Meister einen Auftrag kriegen würde, so eine Moschee zu mauern, den tät er ablehnen“, so ein Maurerlehrling an einer Berufsschule. Hier wird deutlich, dass die jungen Menschen nicht als Rassist/inn/en geboren, sondern in einem entsprechenden Umfeld sozialisiert werden.

Doch auch Menschen, die in ein extrem rechtes Umfeld hineingeboren und dort sozialisiert werden, haben ab einem bestimmten Alter die Möglichkeit, sich menschenfreundlich zu entwickeln. Mit gezielten Rückfragen und kleinen Rollenspielen kann man Jugendliche, die rechte Ideologeme äußern, durchaus zum Nachdenken bewegen.

2.3. Praktische Beispiele zur Anwendung im Unterricht

Im Folgenden beschreibe ich einige von mir entwickelte und praktizierte Methoden, wie man in der pädagogischen Arbeit mit rassistischen Positionen umgehen kann und wie die menschenverachtende Ideologie des „völkischen Nationalismus“ der Neonazis dekonstruiert werden könnte.

Beispiel 1:

Unreflektiertes Wiedergeben rechter Propaganda am Beispiel „gewalttätige Türken“

Nicht selten berichteten Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer von scheinbar selbst erlebten Gewalthandlungen, die von (männlichen) Türken begangen worden seien. Ich frage dann gezielt nach, mit dem Ziel herauszufinden, ob es sich um selbst Erlebtes oder um eine Geschichte handelt, die man von anderen gehört hat. Ich frage nach Details: „Wann ist das passiert, wer war dabei, haben Sie es selbst gesehen?“ und so weiter. Das Ergebnis ist in fast allen Fällen, dass es sich um Geschichten vom „Hörensagen“ handelt. Hier muss herausgearbeitet werden, inwieweit rechte Propaganda wiedergegeben wurde.

Beispiel 2: Der rassistische Taxifahrer in Amsterdam

Als Beispiel für eine nicht-rassistische Verarbeitung eines diskriminierenden Erlebnisses erzähle ich eine Geschichte aus meinem Leben: Ein Taxifahrer in Amsterdam wollte mich nicht mitnehmen, weil ich Deutsche bin. Dies brachte er auch deutlich zum Ausdruck. Wenn ich dieses diskriminierende Ereignis rassistisch verarbeitet hätte, würde ich für den Rest meines Lebens alle Niederländer hassen. Oder vielleicht nur alle Amsterdamer? Taxifahrer? Männer? Rassismus bedeutet, eine ganze Gruppe für das Handeln Einzelner verantwortlich zu machen. Auch Menschen anderer Nationalitäten können Fehler machen. Würden nur Deutsche sich falsch verhalten, Ausländerinnen und Ausländer aber nicht, so würde doch mit den Deutschen etwas nicht stimmen, oder?

Beispiel 3: „Wer waren deine Urgroßeltern?“ – ein biographisches Nachdenkspiel

Ich werfe die Frage in den Raum, wer von sich mit Sicherheit sagen kann, dass seine Großeltern und Urgroßeltern Deutsche waren. Meist melden sich bei diesem Spiel einige Teilnehmende. Bei diesen wird dann gezielt nachgefragt und bei genauerem Nachhaken kennt fast niemand die Herkunft aller acht Urgroßeltern. Anhand der sich nun entwickelnden Äußerungen und Diskussionen erkläre ich dann die „Rassegesetze“ der Nationalsozialisten, aber auch Parolen wie „sozial geht nur national“ der NPD, den neonazistischen Slogan „Demokratie = Volkstod“ bzw. das „völkische Denken“, also die Grundlagen neonazistischer Ideologie. Bei dieser Frage merken die Teilnehmenden dann, dass sie selbst, der beste Freund oder die beste Freundin schnell zu Ausgegrenzten werden könnten, sollte ein völkisch-nationalistisches Konzept Realität werden.

2.4. Da helfen die besten Argumente nichts – Umgang mit Neonazis in der pädagogischen Arbeit

In der Regel informiere ich mich vor einem Vortrag darüber, ob sich innerhalb der Zuhörerschaft organisierte Neonazis befinden und spreche dann mit den Veranstalter/innen eine Vorgehensweise ab, für den Fall, dass diese die Veranstaltung sprengen wollen („Wortergreifungsstrategie“). Bei öffentlichen Veranstaltungen, zu denen theoretisch jede/r kommen kann, empfiehlt es sich, Neonazis von der Teilnahme an der Veranstaltung auszuschließen.¹⁸ In Bayern ist ein Hinweis auf Art. 10 des Bayerischen Versammlungsgesetzes ratsam.¹⁹ Im Rahmen des Schulunterrichts ist ein derartiges Vorgehen nicht möglich.

Die Teilnehmenden an meinen Seminaren werden ermuntert, Fragen zu stellen. Ich biete allerdings kein Podium für rassistische oder neonazistische Positionen. Kommt es zu solchen Äußerungen, werden diese von mir nicht ignoriert, da Ignoranz als Hilflosigkeit oder Zustimmung gewertet wird. Es wurden folgende Erfahrungen gemacht: Neonazistische Kader und Aktivist/inn/en verfügen über ein in sich geschlossenes neonazistisches Weltbild und erweisen sich sachlichen oder humanitären Argumenten gegenüber als weitestgehend aufklärungsresistent. Mit anderen Worten: Man redet hier gegen eine Wand. Organisierte Neonazis, die womöglich mit einem Auftrag aus der rechten Szene kommen, gezielt zu agitieren, sind nicht Zielgruppe meiner pädagogischen Arbeit. Wo es möglich ist, sollten diese sozial isoliert werden. Dieses Konzept steht der seit Anfang der 1990er Jahre

mancherorts praktizierten „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“²⁰ diametral entgegen.

Eine bedenkliche Entwicklung war (und ist), dass seit den 1990er Jahren Neonazi-Kadern in Jugendeinrichtungen öffentlicher Raum geboten wurde. In erster Linie wurden sie als Menschen mit persönlichen Problemen wahrgenommen, in der Hoffnung, durch Zuwendung und Reden an sie heranzukommen und sie so von den Gewalttätigkeiten abzubringen.²¹ In der Realität lief diese Arbeit nicht selten auf eine Fraternisierung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern mit Neonazis hinaus. Rassistische Sprüche wie „zuerst einmal müssen die Ausländer weg“ der damals siebzehnjährigen Beate Zschäpe in einem Jenaer Jugendclub Anfang der 1990er Jahre blieben von Seiten des damit überforderten Sozialarbeiters unbeantwortet. Natürlich konnte damals niemand ahnen, dass sich aus der rechten Clique in dem Jugendzentrum die mordende Terrorbande „Nationalsozialistischer Untergrund“ entwickeln würde.

Ich plädiere für einen konfrontativen, den Neonazis Grenzen setzenden pädagogischen Ansatz, bei dem, wo dies sinnvoll ist, auch rechtliche Mittel voll auszuschöpfen sind, zum Beispiel im Rahmen einer Anzeige bei strafrechtlichen Übertretungen.

Ein Beispiel aus meiner Praxis soll den Umgang mit einem langjährig in der neonazistischen Szene organisierten jungen Mann skizzieren, der versuchte, einen meiner Vorträge vor etwa zweihundert Schülerinnen und Schülern zu stören. Er hielt sich nicht an meine wiederholte Aufforderung, sich an die Veranstaltungsregeln zu halten und eine Diskussion am Ende des Vortrags zu führen. Als er die Verbrechen der SS verharmloste, war eine Grenze überschritten. Er wurde von der Veranstaltung ausgeschlossen. Der junge Neonazi war jemand, der auch vor Gewalt gegen Nazigegnerinnen und -gegner nicht zurückschreckte und deswegen wenig später eine mehrmonatige Haftstrafe antreten musste.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Ich hoffe, dass der hier dargestellte Ansatz für eine Grenzen setzende Pädagogik gegen Neonazismus und Rassismus praktische Anwendung findet und freue mich über Rückmeldungen und Erfahrungsberichte. Pädagogische Konzepte müssen sicher immer wieder überdacht und modifiziert werden, insbesondere dann, wenn die neonazistische Szene ihre Strategien und ihr Auftreten im Zeitverlauf ändert. Im Moment beispielsweise muss häufig über neonazistische Anlockversuche auf sozialen Internetplattformen wie Facebook aufgeklärt werden, in ein paar Jahren werden vermutlich andere Medien und Plattformen für die Verbreitung menschenfeindlicher Propaganda genutzt. Auch muss über neue rechte Gruppierungen und Kameradschaften aufgeklärt werden. Im Moment sind dies im fränkischen Raum beispielsweise die „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ oder die „Division Franken“.

Ich bedanke mich bei den vielen tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern an meinen Seminaren, für das Vertrauen zahlreicher Schulen und Einrichtungen in meine Arbeit sowie für die vielen Anregungen, die diesen Beitrag ermöglicht haben.

- ¹ Vgl. http://www.isfbb.de/Realisierte-Projekte_index3.htm; http://www.tachelesprojekt.de/Realisierte-Veranstaltungen_index28.htm.
- ² Mair, Birgit: Möglichkeiten und Grenzen interkulturell-antirassistischer Seminararbeit – am Beispiel XENOS Nürnberg, in: Jehle, Bernhard/Bernd Kammerer/Horst Unbehaun (Hrsg.) Migration – Integration – Interkulturelle Arbeit. Chancen und Perspektiven der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Nürnberg 2004, S. 308 ff..
- ³ Mair, Birgit: Überlebensberichte von Josef Jakubowicz – eine biographische Analyse, Nürnberg 2006.
- ⁴ Vgl. Decker, Oliver/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Nora Langenbacher Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin 2010, S. 84.
- ⁵ NSDAP-Wahlergebnis für Franken 1928: 8,1 %. Reichsdurchschnitt: 2,6 %. Bayern: 6,4 %. 1932 wählten im Bezirksamt Rothenburg ob der Tauber, in den Bezirken Uffenheim, Ansbach und Neustadt über 80 % die NSDAP. In Oberfranken erreichte Hitler in den folgenden Gebieten die absolute Mehrheit: Stadt und Bezirk Coburg sowie in sieben Amtsbezirken zwischen Hof und Bayreuth. Vgl. Dietzfelbinger, Eckart: Die Brücke Franken, in: Museen der Stadt Nürnberg - Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände (Hrsg.) BilderLast – Franken im Nationalsozialismus, Nürnberg 2008, S. 20 sowie S. 24.
- ⁶ Der Begriff „Migrationshintergrund“ ist kritisch zu betrachten: Während die in Deutschland lebende, hellhäutige Schwedin oder der perfekt Deutsch sprechende blonde Ukrainer „unauffällig“ hier leben können, wird Dunkelhäutigen, deren Vorfahren seit Generationen in Deutschland leben, immer noch ein solcher „Migrationshintergrund“ unterstellt.
- ⁷ Blum, Melanie et. al.: Plädoyer für eine Synthese antirassistischer und interkultureller Bildungsarbeit, in: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (Hrsg.): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt 2008, S. 19.
- ⁸ Die DVD über den Anschlag auf das World-Trade-Center 9/11, die ein Jugendlicher von einem Neonazi geschenkt bekommen hatte, beinhaltet antisemitische Verschwörungsideologien.
- ⁹ Vgl. Ortner, Martina Susanna: Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinungen oder Trend? Extrem rechte politische Weltanschauungen von Migrantinnen (in München). Teil I Begriffe und Phänomene, Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (Hrsg.), München 2010.
- ¹⁰ Prof. Dr. Kattmann vom Institut für Biologie und Umweltwissenschaften der Universität Oldenburg hat sich kritisch mit dem Rassismus-Begriff auseinandergesetzt. <http://www.staff.uni-oldenburg.de/ulrich.kattmann/32177.html>, aufgerufen am 3.2.2012. Im Auftrag der UNESCO wurde 1995 von einer Expertengruppe eine „Stellungnahme zur Rassenfrage“ abgegeben. Diese ist unter der Internetseite zu finden: http://www.staff.uni-oldenburg.de/ulrich.kattmann/download/Res_deutsch.pdf.
- ¹¹ Artikel 3 des Grundgesetzes, siehe <http://dejure.org/gesetze/GG/3.html>, aufgerufen am 3.2.2012.
- ¹² „Für Polen in seinen heutigen Grenzen wurden 5.877 Lager und ähnliche Haftstätten der nationalsozialistischen Okkupationsherrschaft ermittelt“, vgl. Benz, Wolfgang: Nationalsozialistische Zwangslager – Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors – Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1 Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 11. Vgl. auch Cardoen, Jean/Ulrich Schneider: Karte der Lager und anderer Nazi-Haftstätten, Brüssel 2011.
- ¹³ Videoaufnahme, Archiv des ISFBB e.V., Nürnberg.
- ¹⁴ Günter, Thomas: Das Internet – kein rechtsfreier Raum in: Glaser, Stefan/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts. 2007, S. 71ff..
- ¹⁵ Vgl. Hufer, Klaus-Peter: „Nicht flüchten, sondern standhalten“ Rechtsextreme Störungen und Reaktionsmöglichkeiten in Veranstaltungen der politischen Bildung. In: Glaser, Stefan/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus – Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts. 2007, S. 138.
- ¹⁶ Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hrsg.): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und –Intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung, Berlin 2006, S. 84f..
- ¹⁷ Vgl. Decker, Oliver/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, a.a.O., S. 91f..
- ¹⁸ Vgl. Wir lassen und das Wort nicht nehmen – Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, herausgegeben von Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) [moskito] Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit, apabiz Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. und Licht Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz, Berlin 2007.
- ¹⁹ Artikel 10 des Bayerischen Versammlungsgesetzes, siehe http://by.juris.de/by/VersammLG_BY_Art10.htm, aufgerufen am 5.2.2012.

²⁰ Krafeld, Franz Josef (Hrsg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen, Landeszentrale für politische Bildung, Bremen 1992.

²¹ Krafeld, Franz Josef: Erfahrungen einer „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechten Jugendcliquen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/93 zum Thema Gewalt, Bundesvorstand des DGB (Hrsg.), Köln 1993.

Extremismus und andere Verschwörungen der Mitte

Thesen und Kritik

Wolfgang Wippermann

Was ist „extrem“?

„Extrem“ ist oder soll das sein, was von der Mitte abweicht und das Ärgste darstellen soll. Extrem soll schlecht und schlecht soll extrem sein. Doch warum? Ist und muss extrem immer schlecht und die Mitte immer gut sein? Eine mittelmäßige Examensarbeit ist doch keine gute Examensarbeit! Bergsteiger sind doch nicht schlecht, nur weil sie eine Extremsportart betreiben!

Was ist „extremistisch“?

„Extremistisch“ im politischen Sinne soll

1. antidemokratisch sein.
Sind alle Antidemokraten extremistisch und alle Extremisten antidemokratisch?
2. das sein, was von der „gesellschaftlichen Norm“ abweicht.
Was ist das und wer bestimmt das? Sind Nichtwähler Extremisten?
3. nur auf den rechten und linken Rändern des politischen Spektrums anzutreffen sein.
Sind Linke und Rechte immer und die Mitte niemals „extremistisch“ bzw. antidemokratisch?

„Extremismus“ ist ein willkürliches Konstrukt und kein real existierendes politisches Phänomen.

Wie wurde die vermeintliche Existenz von „Extremismus“ begründet?

1. Mit dem Hinweis auf die Sitzordnung in einigen europäischen Parlamenten, wo die Linke links, die Rechte dagegen rechts saß, bzw. hier platziert wurde.

Doch dies war und ist keineswegs in allen Parlamenten der Fall. Im ersten französischen Parlament saß die Linke oben und wurde auch so, nämlich „Montagne“ (= der Berg) bezeichnet. Im englischen Parlament sitzen sich die Vertreter/innen der Regierungs- und der Oppositionspartei gegenüber.

2. Durch den Neologismus (= neuen Begriff) „totalitär“

Erfunden wurde der Begriff von einigen italienischen Antifaschisten, die Mussolini Anfang der 1920er Jahre vorwarfen, einen „stato totalitario“ errichten zu wollen. Dies nach dem Vorbild des bolschewistischen Staates, der als „Linksfaschismus“ bezeichnet wurde, während der Faschismus ein „Rechtsofaschismus“ sein sollte.

„Totalitär“ ist also etwas, was nicht ganz, aber etwas (wie sehr wurde nie gesagt) total ist oder sein soll. Das soll bei faschistischen und kommunistischen Staaten der Fall gewesen sein. Doch das waren sie nicht und Rot ist nicht gleich Braun.

„Totalitär“ war (und ist im Grunde bis heute) ein politischer Kampfbegriff, der

1. von den deutschen Sozialdemokraten gebraucht wurde, die Kommunisten als „Kozis“ bezeichneten und sie mit den „Nazis“ verglichen, weil beide „gleiche Brüder mit ungleichen Kappen“ seien.
2. von der so genannten freien Welt zwischen 1939 – 1941 und dann wieder nach 1945 benutzt wurde, um sich gegenüber der unfreien, weil kommunistischen Welt, zu verteidigen.
3. durch Theorien gestützt wurde, die von einer grundsätzlichen Ähnlichkeit zwischen faschistischen und kommunistischen Regimen ausgehen und dies folgendermaßen begründen:
 - a) Durch geistesgeschichtliche Ableitungen des modernen Phänomens des Totalitarismus von älteren Erscheinungen wie der englischen und französischen Revolution, ja selbst von ägyptischen Pharaonen wie Echnaton, dem Ehemann der schönen Nofretete. Waren Cromwell und Robespierre, Echnaton und Nofretete „totalitäre“ Herrscher und die Stammväter und –mütter von Hitler und Stalin?
 - b) Durch die Konstruktion von idealtypisch statischen Totalitarismusmodellen, wonach (nach der Theorie von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski) Staaten (!) dann als totalitär zu bezeichnen sind, wenn sie über folgende Merkmale verfügen:
 1. Ideologie
 2. Terror
 3. Monolithische Einparteienregime
 4. So genannte Befehlswirtschaft
 5. Propagandamonopol
 6. Waffenmonopol.

Fragen:

- Kann man die faschistische Rassen- mit der kommunistischen Klassenideologie vergleichen oder gar gleichsetzen?
- Richtete sich der Terror in faschistischen und kommunistischen Staaten gegen die gleichen Gegner?
- War der faschistische angebliche „Führerstaat“ nicht eher polykratisch als monolithisch totalitär strukturiert?
- Wurde die Wirtschaft im „Dritten Reich“ vollständig vom Staat kontrolliert oder gar (wie in der Sowjetunion) verstaatlicht?
- Wurde das Propagandamonopol in faschistischen und kommunistischen Staaten nicht von außen (zum Beispiel durch Radiosendungen) durchbrochen?
- Verfügen nicht alle Staaten über ein Waffenmonopol?

Alle Theorien des Totalitarismus konnten durch die empirische – Faschismus- und Kommunismus – Forschung nicht bewiesen werden. Sie sind daher als Ideologien anzusehen.

Daher wurden sie durch andere Begriffe und Theorien ersetzt. Erst durch den des Radikalismus, dann den des Extremismus. Letzterer übrigens durch den deutschen Verfassungsschutz und seine offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter/innen, die den Extremismus-Begriff

dekretierten, in den Bereichen von Forschung und Lehre implementierten und politisch exekutierten.

Die angebliche Existenz des Extremismus

Bewiesen wurde die angebliche Existenz des Extremismus

1. durch die Identifizierung von Extremismus und Antidemokratismus;
2. durch den Hinweis auf den Untergang der Weimarer Republik, die von den Links- und Rechtsextremisten zerstört worden sein soll;
3. durch das Zeichnen (!) von Halbkreisen, Hufeisen und Doppelkreisen, mit denen suggeriert werden soll, dass sich die extremistischen Ränder wie bei einem Hufeisen einander annähern und zu einem extremistischen Außenkreis werden, der sich um einen demokratischen inneren Kreis schließt.

Dazu ist folgendes zu sagen:

1. Nicht alle Extremisten waren und sind Antidemokraten und nicht alle Antidemokraten waren und sind Extremisten.
2. Weimar ist nicht von Extremisten auf der Linken und Rechten, sondern von oben und aus der Mitte des politischen Spektrums zerstört worden.
3. Die Halbkreise, Hufeisen und Doppelkreise sind bestenfalls Quatsch, schlimmstenfalls ein Politologentrug, der an den Priestertrug vor-aufklärerischer Zeiten erinnert. Extremismus-Forschung ist wie Hexenforschung.

Weitere Kritikpunkte:

1. Mit dem Extremismus-Begriff erfolgt keine oder eine ungenaue Bestimmung dessen, was (alles) links- und (wenig) rechtsextremistisch ist oder sein soll.
2. Wegen des Extremismus-Begriffs ist die Mitte immer fein raus. Sie kann nicht extremistisch und antidemokratisch sein, eben weil sie in der Mitte ist.
3. Durch den Extremismus-Begriff erfolgt eine willkürliche und angreifbare Bestimmung dessen, was Demokratie ist und was die „gesellschaftliche Norm“ sein soll. Daher kann und wird das unter anderem von Willy Brandt geforderte „Mehr Demokratie wagen“ und jegliches Streben nach einer besseren und möglichst herrschaftsfreien Gesellschaft als „extremistisch“ denunziert. Extremismus ist auch Anti-Utopie.
4. Mit und wegen des Extremismus-Begriffs können und werden die Ideologien und Einstellungen des Antisemitismus, Antiziganismus, Antiislamismus und jeglicher Form des Rassismus nicht erfasst. Denn sie sind keineswegs nur an irgendwelchen Rändern, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Schließlich sind nach Umfragen etwa 20 Prozent der heutigen deutschen Bevölkerung antisemitisch, weitere 40 Prozent rassistisch und nicht weniger als 64 Prozent antiziganistisch eingestellt.
5. Unter Berufung auf den Extremismus-Begriff und unter dem Vorwand, die Demokratie vor den Extremisten zu schützen, kann und wird die Demokratie abgebaut. Dabei ist Extremismus gar kein Rechtsbegriff. Er taucht weder im Grundgesetz noch überhaupt in einem Gesetz auf. Nur „verfassungsfeindliche“ Parteien können beobachtet und, wenn sie als „verfassungsfeindlich“ eingeschätzt werden, auf Antrag des Bundestages und Bundesrates vom Verfassungsgericht verboten werden. Die Bezeichnung, Beobachtung und Verfolgung

von Parteien und Personen durch den Verfassungsschutz ist rechtlich äußerst problematisch und provoziert die Frage: Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz?

Die politische Bildungsarbeit sollte diese Kritik berücksichtigen und folgendes tun:

1. Sie sollte die Extremismus-Theorie aufgeben, weil es sich dabei um gar keine Theorie sondern um eine Ideologie handelt, mit der die Demokratie nicht geschützt sondern abgebaut wird. Außerdem lenkt die Extremismus-Ideologie bewusst von den wahren Gefahren ab. Dies sind die Ideologien und Einstellungsweisen des Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Antiislamismus - und der Faschismus in seiner klassischen, bonapartistischen und fundamentalistischen Form und Gestalt.
2. Anstatt über den real gar nicht existierenden Extremismus zu reden, sollte die politische Bildungsarbeit über den real durchaus existierenden Antisemitismus, Antiziganismus, Antiislamismus und generell Rassismus nicht nur reden sondern ihn bekämpfen.
3. Anstatt immer nur auf irgendwelche Gefahren auf den linken und rechten Rändern zu starren, sollte man die bekämpfen, die von oben und aus der Mitte der Gesellschaft kommen.
4. Anstatt immer nur den Bestand der gegenwärtigen Demokratie zu verteidigen sollte man sie lieber ausbauen, d.h. „mehr Demokratie wagen“, vor allem mehr soziale Demokratie wagen und sich zumindest Gedanken über die Herstellung einer besseren Demokratie machen.
5. Staatliche, an der Extremismus-Ideologie orientierte Richtlinien und Vorgaben, die diesen berechtigten und demokratischen Zielsetzungen und Praktiken der politischen Bildungsarbeit widersprechen, sind abzulehnen und nicht zu befolgen, weil sie falsch, gefährlich und tendenziell antidemokratisch sind.

Wir sind das Volk und wir machen die politische Bildungsarbeit.

Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Michael Hammerbacher

Dieser Beitrag basiert auf meiner Abschlussarbeit „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg“.¹

Meine Ausgangsthese ist, dass die in der Pädagogik dominierenden Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus keine Ergebnisse reiner wissenschaftlicher oder pädagogischer Interventionen sind.

Der Gebrauchswert für den Praktiker liegt darin, diese Handlungsstrategien kennen zu lernen und auch für den eigenen Gebrauch kritischer zu reflektieren.

In der damaligen Abschlussarbeit untersuchte ich drei Zeitabschnitte:

- Die Zeit von 1977 bis 1988 mit der antifaschistischen Pädagogik.
- Die Zeit von 1989 bis 1998 mit der akzeptierenden Jugendarbeit.
- Die Zeit von 1999 bis heute mit der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie.

Dass eine Handlungsstrategie in der Praxis dann dominiert bzw. sich durchsetzt, liegt im Wesentlichen an dem Transfer durch Förderprogramme der Europäischen Union, vom Bund, den Ländern und den Kommunen.

Von 1977 bis 1988: Antifaschistische Pädagogik

Gesellschaftlicher Rahmen

Auf rechtsextremistische Einstellungen als ein relevantes Problem bei Jugendlichen wird in der fachwissenschaftlichen Diskussion zuerst am Anfang der siebziger Jahre hingewiesen. Zeitgleich mit dem wahlpolitischen Niedergang der NPD in den siebziger Jahren entwickelte sich ein jugendpolitischer Rechtsextremismus im außerparlamentarischen Raum, der sich seit 1977 steigerte „(...) zu einem Terror von Rechts, der von zumeist jugendlichen Gruppen getragen wurde und neonazistisch inspiriert war.“² In Zahlen: Das Bundesinnenministerium ermittelte 1974 noch 136 Gesetzesverletzungen deutscher Rechtsextremisten, 1979 waren es schon 1.500 und 1981 sogar 2.500. Diese Zahl stagnierte bis zur Wiedervereinigung 1990 bei etwa 2.000 erfassten Gesetzesverletzungen pro Jahr.

Pädagogisches Handlungskonzept

Die pädagogische Antwort darauf war zugleich auch eine jugendpolitische Antwort: Neben der Verbesserung der ökonomischen Perspektiven der Jugend wurde im pädagogischen Bereich im Kontakt zu ehemaligen Widerstandskämpfer/innen und KZ-Häftlingen eine

Schlüsselfunktion gesehen: „So ist eine der Wurzeln der Demokratie in der Bundesrepublik (...) ganz sicher der antifaschistische Widerstand. Wir sollten uns viel stärker als bisher am positiven Beispiel der KZ-Häftlinge orientieren.(...) Diese Frauen und Männer können Jugendlichen (...) ein positives Beispiel sein.“³

Die Ziele einer antifaschistischen Pädagogik waren damit ein kritisches Engagement für die Demokratie und die rationale geschichtliche Aufklärung.

Die praktische Umsetzung waren antifaschistische Stadtrundfahrten und Stadtspiele mit dem Schwerpunkt, die Geschichte des Nationalsozialismus im lokalen Raum sichtbar und erfahrbar zu machen, Besuche in Gedenkstätten, Gespräche mit Zeitzeugen sowie Seminarpädagogik und Projektunterricht in Schulen.

Kritik

Gegenwind gab es in den achtziger Jahren von CDU-geführten Landesregierungen, z.B. von der damaligen Berliner Schulsenatorin Hanna Renate Laurien, die Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus (VVN) Gespräche in den Schulen mit den Schülern und Schülerinnen untersagte. Sie begründete das Verbot mit der (ehemaligen) kommunistischen Betätigung vieler VVN-Mitglieder und vertrat selbst die „Totalitarismustheorie“, in der die kommunistische und nationalsozialistische Ideologie gleichgesetzt werden.

So blieben die Projekte der antifaschistischen Pädagogik hauptsächlich auf die außerschulische Jugendbildung durch Jugendverbände beschränkt.

Aber auch Pädagogen kritisierten die antifaschistische Pädagogik:

1. Erreicht würden mit der antifaschistischen Pädagogik vor allem interessierte, in der Jugendarbeit bereits aktive Jugendliche, jedoch nicht Jugendliche „mit autoritären und antidemokratischen Einstellungen (...)“.⁴
2. Durch die geschichtsorientierte Erinnerungsarbeit werde eine mögliche Abwehrhaltung bei den Jugendlichen gestärkt.⁵

Die anhaltende Kritik, die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zum Ende der achtziger Jahre führten spätestens mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 zu einem Wechsel bei der dominierenden Handlungsstrategie.

Nach 1989 bis 1998:**Die akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen****Gesellschaftlicher Rahmen**

Eine detaillierte Betrachtung müsste die Entwicklungen in den „Alten“ und „Neuen“ Ländern gesondert berücksichtigen. Für das Gebiet der alten Bundesrepublik und Berlin (West) bis 1989 besteht unter den Sozialwissenschaftler/inne/n Konsens darüber, dass „(...) wir es in den achtziger Jahren mit einer neuen Welle des Rechtsextremismus zu tun haben, die sich von früheren Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik deutlich abhebt“⁶.

Parteilpolitisch drückt sich diese Entwicklung im Aufstieg der 1983 gegründeten rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ aus, die 1989 in Berlin (West) mit 7,5% der Stimmen in das Abgeordnetenhaus einziehen konnte und im gleichen Jahr bei der bundesweiten Europawahl 7,1% der Stimmen gewann. 1992 erhielten sie in Baden-Württemberg 10,9% und 1996 9,1% der Stimmen.

Die bedeutendste politische Auseinandersetzung war die sogenannte Asyldebatte, die schon Ende der achtziger Jahre in der alten BRD begann und ihren Höhepunkt 1993 mit der Einschränkung des Art. 16 des Grundgesetzes, dem sogenannten Asylkompromiss fand. Dort hieß es bis zur Änderung: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.⁷ Zwischen 1953 und 1978 kamen insgesamt 178.000 Asylbewerber nach Deutschland. 1991 waren es allein 438.200 Menschen. Diese Zuwanderung stieß innerhalb großer Teile der Bevölkerung auf Ablehnung. Rechtsextreme Parteien wie die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ machten sich diese Stimmung zunutze und konnten in mehrere Landesparlamente einziehen.

Zeitgleich mit der Asyldebatte stieg die Zahl der erfassten Gewalttaten rechtsextremistischer Motivation rapide an. Wurden in den achtziger Jahren vom Bundesamt für Verfassungsschutz noch 200 bis 300 Gewalttaten jährlich registriert, stiegen diese 1991 auf fast 1.500 und 1992 auf über 2.300 an.⁸

1992 wurden 17 Menschen von Rechtsextremisten ermordet und 186 Brandanschläge verübt. 423 Menschen wurden von Rechtsextremisten verletzt.⁹ Stichworte an dieser Stelle sind Hoyerswerda (17. bis 22.9.1991), Rostock-Lichtenhagen (23. bis 27.3.1992) und Mölln (23.11.1992).

Sozialwissenschaftliche Erklärungen

Drei Erklärungsansätze dominierten die sozialwissenschaftliche Debatte nach 1989. Die „Theorie der sozialen Deprivation“, die „Theorie der Dominanzkultur“ und die „Individualisierungsthese“ von Wilhelm Heitmeyer, die sich letztlich in der Politik und der Öffentlichkeit durchsetzte.

Die Individualisierungsthese besagt, dass die Entwicklungen durch die Modernisierung und Individualisierung der kapitalistischen Gesellschaft das Individuum neuen Widersprüchen aussetzen. Grundlage ist die soziologische Theorie von der „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck.

Heitmeyer benennt die Probleme:

- Auflösungsprozesse von Beziehungen zu anderen Personen oder von Lebenszusammenhängen
- Auflösungsprozesse der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen
- Auflösungsprozesse der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen.¹⁰

Pädagogisches Handlungskonzept

Die ersten Projekte der akzeptierenden Sozialarbeit beschäftigten sich in den frühen achtziger Jahren mit Jugendlichen aus der Jugendkultur der Punks, mit gewalttätigen Fußballfans und als größter Gruppe mit Drogenabhängigen. Grundlage dieser aufsuchenden Sozialarbeit war der Ansatz, diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht länger ausgrenzen zu wollen. Sozialarbeit verstand sich als Sprachrohr und als notwendige Lobby einer Randgruppe.¹¹

Franz Josef Krafeld übertrug dieses Konzept auf die Arbeit mit jugendlichen Rechtsextremist/inn/en. Er fordert einen Abschied „(...) von der bis heute ungemein verbreiteten Illusion, mit Aufklärung oder Bekämpfung rechtsextremistische Orientierungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen tatsächlich zurückdrängen zu können“.¹² Aus dieser Position heraus kritisiert er, dass Jugendarbeiter/innen, die rechte Jugendliche ausgrenzen und nach „nazi-freien Zonen“ rufen, ihre Gleichgültigkeit gegenüber Sorgen und Problemen von Jugendlichen zeigen würden und damit Mitverursacher seien für die Frustrationserlebnisse der rechten Jugendlichen.¹³

Ein schwerwiegendes Problem dieses pädagogischen Ansatzes ist die Grenzziehung gegenüber den rechtsextremistischen Jugendlichen. Das Problem ist der Begriff der Akzeptanz, „(...) vor allem beim Umgang mit dem Tragen von Waffen, mit dem Zeigen rechtsextremistischer Symbole, dem Umgang mit exzessivem Alkoholkonsum oder dem Umgang mit Körperlichkeit und Gewalt“¹⁴.

Mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAg), vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 1.1.1992 gestartet, wurde die akzeptierende Jugendarbeit die dominierende Handlungsstrategie.¹⁵

Bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms erklärte die zuständige Bundesministerin Angela Merkel:

“Die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweise weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet (...), weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern“.¹⁶

1998 wurden bundesweit ca. 100 Projekte gezählt die sich des Begriffs „akzeptierend“ in ihrer Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen bedienen.

Die Kritik

Die Kritik an diesem pädagogischen Ansatz verläuft auf drei Ebenen:

- Kritik am theoretischen Überbau
- Mängel in der praktischen Umsetzung
- Folgen für das gesellschaftliche Klima in den Kommunen

Zwei Beispiele für praktische Fehlentwicklungen seien hier angeführt: 1992 wurden in Cottbus Neonazis von Sozialarbeitern betreut, die selbst aus der rechten Skinhead-Szene kamen.¹⁷ Im gleichen Jahr wurde in Hoyerswerda öffentlich, dass in einem Jugendclub die rechtsextreme „Deutsche Alternative“ ihren Treffpunkt hatte und der Sozialarbeiter hinter der Theke „selbst gegen Ausländer randaliert hat (...)“¹⁸.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die Folge für das soziokulturelle Klima in den Kommunen. In der akzeptierenden Jugendarbeit ist es ein wesentlicher Bestandteil, den rechten Jugendlichen öffentliche Räume zu bieten, in denen sie rechte Ästhetik, rechte Musik und rechtsextreme Argumente ungehindert kultivieren dürfen. Ein solcher Ansatz ignoriert „(...) aber offensichtlich die strukturellen Entwicklungen des deutschen Rechtsextremismus in den neunziger Jahren“¹⁹.

Diese strukturelle Entwicklung wird so skizziert, dass die heutigen Wurzeln der NPD und ihrer Jugendorganisation in den neuen Bundesländern vor allem in einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur lägen, die in der Lage sei, erhebliche soziokulturelle Kapazitäten aufzubringen und sozialräumliche Dominanzen herzustellen.

Selbst der Mentor der akzeptierenden Jugendarbeit Krafeld geht bezüglich der Umsetzung seines Konzepts auf deutliche Distanz: „Die meisten Jugendarbeiter in Ostdeutschland, (...) verwenden den Begriff vielmehr als Synonym für eine persönlich vielleicht engagierte, aber fachlich völlig unprofessionelle und unververtretbare Identifizierung mit ihrer Zielgruppe.“²⁰ Dies betrifft vor allem den Begriff der „Akzeptanz“.

Wo rechte Jugendliche die Hegemonie ausüben und wo sie anderen deren Recht auf gefahrlose sozial-räumliche Entfaltung bestreiten, da, so Krafeld, darf Jugendarbeit solche Herrschaftsverhältnisse nicht noch stärken.

Seit 1998: Zivilgesellschaftliche Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Jahr 1998 stellte für die öffentliche und sozialwissenschaftliche Diskussion um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Zäsur dar und den Beginn einer neuen Handlungsstrategie: Die zivilgesellschaftlichen Konzepte.

Gesellschaftlicher Rahmen

Wesentlich ist der Regierungswechsel 1998 auf Bundesebene zur rot-grünen Koalition aus SPD und Bündnisgrünen, die in der Analyse der Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und bei ihrer Bekämpfung neue Akzente setzte:

1. Die Unterstützung der Opfer von rechtsextremer Gewalt.
2. Die Unterstützung demokratischer zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und „nicht-rechter“ Jugendkulturen in der ehemaligen DDR.

Dies war eine Reaktion auf die Strategie rechtsextremer Kameradschaften und der NPD, sogenannte „National befreite Zonen“ zu schaffen. Das rechtsextreme Manifest „Schafft befreite Zonen!“ wurde 1991 von „nationalrevolutionären“ Rechtsextremisten zuerst in der Zeitschrift „Junge Freiheit“ veröffentlicht. Es sollte der Anstoß zur Umsetzung einer Strategie der „kulturellen Subversion“ durch große Teile der extremen Rechten und der Partei NPD sein.

Sozialwissenschaftliche Erklärungen

Auch für die theoretische Ebene kann eine deutliche Verschiebung festgehalten werden:

„Wenn aber die These vom Rassismus der Mitte zutrifft, hat unsere Gesellschaft ein großes Problem. Dann geht es nämlich nicht um die Auseinandersetzung mit den rechten Schlägern und ihrem direkten Umfeld, sondern die Gesellschaft als Ganzes muss das Zielobjekt der Aufklärung sein.“²¹

Die Grundannahme der zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist, dass eine Erziehung zur Demokratie immer eine Erziehung gegen Rechtsextremismus ist:

„Demokratie wird dabei verstanden als ein Wertesystem, in dem der Schutz von Minderheiten und das Prinzip der Menschenrechte die zentralen Positionen inne haben (...). Demokratie steht somit im diametralen Gegensatz zum Rechtsextremismus, dessen ideologischer Kern die Ideologie von der Ungleichwertigkeit der Menschen ist (...).“²²

Pädagogisches Handlungskonzept

Daraus folgt, dass in den Kommunen demokratische zivilgesellschaftliche Akteure gestützt, gestärkt und aufgebaut werden müssen, um damit gleichzeitig rechtsextreme Tendenzen einzuschränken. Sie sollen vor Ort Einfluss auf kommunale Diskurse nehmen und versuchen, diese zu bestimmen und zu dominieren.²³

„Praktisch bedeutet dies:

- Modellprojekte für Opferberatungsstellen,
- eine bessere Unterstützung und
- Beratung von mit Rechtsextremismus befassten Stellen durch mobile Beratungsteams (...),
- sowie eine Neuorientierung der Jugendarbeit
- und Stärkung demokratischer Jugendkulturen“²⁴.

So überschneiden sich zum Teil das strategische Vorgehen und die Interessen von sogenannten „Antifa-Gruppen“ und den Vertreter/inne/n des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzepts:

„Es zeigt sich, daß ausschließlich an den Orten, wo konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextreme auf der Straße mit alternativer Jugend- und Kulturarbeit, mit Bündnisarbeit in der Lokalpolitik, mit antirassistischer Arbeit, mit dem Aufbau und Erhalt von alternativen Treffpunkten verbunden wurde, das Entstehen von No-go-areas für Flüchtlinge, Migranten und nicht-rechte Jugendliche verhindert werden konnte.“²⁵

Zumindest überall dort, wo es SPD-Alleinregierungen, rot-grüne oder rot-rote Koalitionen gibt, wird diese Handlungsstrategie bis heute auch praktisch umgesetzt.

Und Heute?

Zwischen dem Ende der damaligen Untersuchung und heute liegen etwa zehn Jahre. Mit den nachfolgenden Bundesprogrammen „Civitas“, „XENOS - Integration und Vielfalt“ und „Vielfalt tut gut“ in den vergangenen Jahren hatte sich bis 2009 eine stillschweigende Übereinkunft in der Theorie, der Politik und der Pädagogik gefunden.

In der Sozialwissenschaft war der Rechtsextremismus ein „mehrdimensionales Problem“, das die Erklärungsansätze miteinander verband.

Durch die aktuellen Programme werden und wurden Projekte der Erinnerungspädagogik (früher antifaschistische Pädagogik), der zivilgesellschaftlichen Strategie und einige wenige mit dem Konzept einer „Gerechtigkeitspädagogik“ - dem Folgekonzept der akzeptierenden Jugendarbeit - gefördert.

Zusätzlich befriedete die Große Koalition auf Bundesebene (2005 bis 2009) dadurch, dass sie diesen „Status Quo“ beständig in ihren Programmen widerspiegelte.

Neue Impulse gab es durch die Theoriearbeit einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von Heitmeyer und Kollegen, die damit in die Präventionsarbeit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund einbezog.

Neue Aufgaben entstanden auch dadurch, dass sich die Rechtsextremisten der „sozialen Frage“ und der Agitation gegen die „Globalisierung“ zuwendeten und durch das Entstehen der jugendkulturellen „autonomen Nationalisten“.

Nach dem Antritt der CDU/FDP geführten Bundesregierung im Jahr 2009 ist der „Status Quo“ gefährdet. Das Themenfeld ist auf allen Ebenen wieder stärker ideologisiert und umkämpft, besonders durch die „Extremismusdebatte“.

Meine Ausgangsthese war die, dass die in der Pädagogik dominierenden Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus keine Ergebnisse reiner wissenschaftlicher oder pädagogischer Interventionen sind. Sie sind Ergebnis politischer, dann sozialwissenschaftlicher und pädagogischer Diskussionen.

Und wir im pädagogischen Alltag sind ein Teil davon!

-
- ¹ Hammerbacher, Michael: Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg, Magisterarbeit Humboldt-Universität Berlin 2001; als Download unter www.osz-gegen-rechts.de.
- ² Stöss, Richard: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989, S. 98.
- ³ Huhn, Anne/Alwin Meyer: Einst kommt der Tag der Rache – Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg 1986, S. 189.
- ⁴ Hafenecker, Benno: Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus, in: Paul, Gerhard (Hrsg.): Hitlers Schatten verblasst – Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 212.
- ⁵ Ebd., S. 211.
- ⁶ Holthusen, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus in Berlin: aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Marburg 1994, S. 13.
- ⁷ Münz, Rainer/Wolfgang Seifert/Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland - Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt a. Main/New York 1997, S. 45.
- ⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz, zitiert nach Kleinstädter Anzeiger: Trauriger Rekord: Fremdenfeindliche Gewalt im Osten, 13.2.1993.
- ⁹ Merkel, Angela: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, in: Otto, Hans-Uwe/Roland Merten: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn 1993.
- ¹⁰ Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyisierung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Argumente gegen den Hass, Band II, Bonn 1993, S. 202.
- ¹¹ Antifaschistisches-Info-Blatt: Akzeptierende Gewaltarbeit – Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik, Berlin 1998 Ausgabe 44, S. 12.
- ¹² Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe/Roland Merten, a.a.O., S. 312.
- ¹³ Ebd., S. 313.
- ¹⁴ Ebd., S. 318.
- ¹⁵ Bruderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn 1998, S. 43.
- ¹⁶ Ebd..
- ¹⁷ Leif, Thomas: Neonazis als Sozialarbeiter, in: Erziehung und Wissenschaft, GEW-Berlin (Hrsg.), Nr.10 Jg. 1992, S. 15.
- ¹⁸ Leif, Thomas: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung, in: Der Tagesspiegel, 29.9.1992, S. 3.
- ¹⁹ Korgel, Lorenz: Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), Nr.1 Jg. 1999, S. 37.
- ²⁰ Krafeld, Franz Josef: Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), Nr.1 Jg. 1999, S. 9.
- ²¹ Watzal, Ludwig: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000, S. 2.
- ²² Borstel, Dierk/Lorenz Korgel/Kerstin Sischka/Bernd Wagner: Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen, Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), Berlin 2000, S. 214.
- ²³ Ebd., S. 229.
- ²⁴ Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Beschluss vom 21.8.2000.
- ²⁵ Antifaschistisches-Info-Blatt: Editorial, Berlin Jg. 2000 Nr. 2, S. 3.

Rechtsextremismus – Eine Gratwanderung in der Jugendarbeit

Titus Simon

Ausgangspunkt für diesen Beitrag sind Handlungsansätze in der Jugendarbeit. Das ist erst einmal eine Einschränkung, die hier bewusst aufgenommen werden soll, auch wenn dabei auf die Rahmenbedingungen eingegangen werden muss, die es überhaupt erst ermöglichen, die geleistete Arbeit fachlich zu begründen und ohne besondere Risiken für die gestaltenden Akteure durchführbar zu machen.

1. Antworten der ehrenamtlich getragenen Vereins-, Verbands- und Jugendarbeit

Trotz der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten des Vereins- und Verbandswesens muss auch betont werden, dass dieses einen wichtigen eigenständigen zivilgesellschaftlichen Beitrag durch seine althergebrachten, klassischen Funktionen leistet. Vereine und Verbände nehmen unverändert eine wichtige Stellung im Alltag der Kinder und Jugendlichen ein und entwickeln aus ihren Praxisprozessen heraus erhebliche präventive Potentiale – freilich nur für die unmittelbar Beteiligten, und für diese auch in unterschiedlicher Intensität.

Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung von Vereins- und Verbandsarbeit

Vereins- und Jugendverbandsarbeit ist kein Allheilmittel gegen Rassismus und Gewalt, zumal sie mittlerweile selbst eine Fülle von Strukturproblemen aufweist. Da wo sie heute noch leidlich oder gar besser funktioniert, ist sie immer noch die Vertretung eines Teils jugendlicher Interessen und leistet Beiträge zur Rauman eignung und zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Angebote der Jugendverbände tragen zur sinnvollen Strukturierung freier Zeit bei, schaffen Austauschprozesse und Begegnungsmöglichkeiten mit Altersgleichen, vermitteln Anerkennung und sind unverändert ein Ort des sozialen Lernens. Vereins- und Verbandsarbeit hat eine wichtige präventive Funktion, die freilich viele nicht erfasst, die sich subkulturellen, und unter diesen rechtsextremen, Gruppen zugehörig fühlen. Ein wichtiges Element ist dabei das Erlernen und Erleben demokratischer Spielregeln und Aushandlungsprozesse. Voraussetzung dafür ist, dass die Jugendverbände die Partizipation ihrer Mitglieder fördern.

Umgang mit jugendlichen Rechtsextremist/inn/en im eigenen Verein oder Verband

Jenseits der beiden Pole Ignorieren oder Ausschluss sollte im Kontext des vereins- oder verbandsbezogenen Gruppengeschehens auf rechtsextreme Äußerungen der Jugendlichen eine Reaktion erfolgen. Mit der Reaktion sollte allerdings vermieden werden, dass die/der Jugendliche einen exklusiven Status zugewiesen bekommt oder gar in die Lage versetzt wird, durch ihr/sein Verhalten gegenüber den Vereins- oder Verbandsverantwortlichen Vorbild oder Modell für andere Kinder und Jugendlichen zu werden. Der Hessische Jugendring hat hierzu

sinnvolle Empfehlungen zusammengefasst,¹ die an dieser Stelle mit einigen Ergänzungen vorgestellt werden:

- Ausloten, was hinter der Äußerung oder der Tat steckt.
- Frühzeitig persönliche Einzelgespräche führen und Grenzen so setzen, dass der/die Jugendleiter/in oder der Verein auch in der Lage ist, gegebenenfalls die angedrohten Konsequenzen zu ziehen, denn jugendarbeiterisches Handeln ohne Konsequenzen ist keine Pädagogik.
- Bei Bedarf sollten mit der Gruppe auch außerhalb der Übungszeiten Gespräche geführt werden.
- Der Umgang mit rechtsextremen Äußerungen, Symbolen und Handlungen muss immer aus einer abgesicherten Position heraus geschehen.
- Frühzeitig sollten Vorstände und Eltern informiert werden (auch auf die Gefahr hin, dass Eltern die rechtsextremen Haltungen ihrer Kinder teilen).
- Innerhalb der eigenen Vereinsstrukturen muss ausgelotet werden, was von den Ehrenamtlichen geleistet werden kann und wo die Heranziehung externer Hilfen (Fachleute zum Thema Rechtsextremismus, gegebenenfalls auch der Polizei und der Verantwortlichen für die Aussteigerprogramme) geboten ist. Der Vorstand, andere Ehrenamtliche und gegebenenfalls von außen hinzugezogene Berater/innen sollten zu einem abgestimmten Handeln gelangen.
- Gerade das Engagement jüngerer Ehrenamtlicher darf nicht überfordert werden. Auch mit Blick auf die Rechtsextremismusproblematik ist die Arbeit mit Ehrenamtlichen ein auf Entwicklung angelegter pädagogischer Prozess.

Öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus

Gezieltes Auftreten gegen rechte Umtriebe gehört nicht zu den originären Aufgaben von Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden. Selbst dann, wenn deutlich sichtbare Vorfälle das Gemeinwesen beschäftigen ziehen sich viele ehrenamtliche Funktionsträger/innen auf die Position zurück, dass der Verein oder Verband „unpolitisch“ oder „weltanschaulich neutral“ sei und sich deshalb nicht am öffentlichen Protest oder an Maßnahmen gegen das Auftreten rechtsextremer Gruppen im Gemeinwesen beteilige. Für die Mitwirkung von Vereinen und Verbänden ist deshalb die Vorbildfunktion gleichartiger Vereine wichtig. Dafür ist die Berichterstattung von Vereinen aus anderen Orten hilfreich, die sich bereits an erfolgreichen örtlichen Aktivitäten beteiligt haben.

Ferner kommt es darauf an, innerhalb der eigenen Organisation einen breiten Konsens herzustellen, der Protagonist/innen legitimiert und schützt.

Aktivierung des „Vereinstypischen“ für lokale Aktionen

Mitgliedern von Vereinen und Verbänden fällt es leichter, sich an lokalen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zu beteiligen, wenn sie die für sie gewohnten und typischen Aktivitäten einbeziehen können:

- Wenn eine Kampfsportschule mit ihrer ethnisch vielfältigen Mitgliederstruktur diese im Rahmen von Vorführungen eines internationalen Festes auf dem Marktplatz demonstriert.
- Wenn die häufig als „konservativ“ eingeschätzte Volkstanzgruppe sich mit internationalen Tänzen an einer Aktionswoche gegen rechte Umtriebe beteiligt.

Ausschluss aus Vereinen und Verbänden durch Unvereinbarkeitsbestimmungen in Satzungen

Im Zusammenhang mit den Versuchen rechter Akteure, sich in Vereinen zu positionieren, wird auch die Möglichkeit von Satzungsänderungen in Erwägung gezogen, die rechte Akteure gegebenenfalls ausschließen sollen. Bei einzelnen Vereinen des bezahlten Fußballs ist dies vor dem Hintergrund von Vorkommnissen im Spektrum militanter Fußballfans bereits geschehen.

Der Ausschluss ist ein legitimes und - beim Vorliegen entsprechender Formulierungen - von der Vereinssatzung ableitbares Instrument, das seine Berechtigung hat, aber im Vereinskontext lediglich als Ultima Ratio Anwendung finden sollte. Der Ausschluss beendet die Zusammenarbeit und sollte lediglich da zur Anwendung gebracht werden, wo dieses aufgrund der Schwere der zugrunde liegenden Handlung inner- und außerhalb des Vereins auch gewünscht und notwendig ist.

Nutzung des Hausrechts

Mehr Möglichkeiten lässt im Einzelfall die restriktive Nutzung des Hausrechts. Die genutzten Örtlichkeiten befinden sich in der Regel im Eigentum des Landkreises, der Stadt bzw. der Gemeinde oder gehören dem Verein, was eine vorübergehende Verweisung Einzelner leicht ermöglicht. Auf Sportplätzen und in Stadien besteht die Möglichkeit eines Platzverbots (z.B. bei rassistischen Beleidigungen von Besucher/inne/n, Mitgliedern oder Sportler/inne/n). Für den Fußball bestehen seit geraumer Zeit aufgrund der veränderten Richtlinien des DFB sogar explizit Eingriffsnotwendigkeiten für die Vereine, da diese bei rassistischen Ausschreitungen in unterschiedlicher Weise bis hin zum Ausschluss aus dem Sportbetrieb sanktioniert werden können. Gerade im unterklassigen Fußball existiert ein wachsender Handlungsbedarf, der bislang nur in besonders spektakulären Fällen zu Konsequenzen führt.

Schulung der Jugendgruppenleiter/innen

Die Einbindung von Übungsleiter/innen in gezielte Veranstaltungen, Schulungen und Trainings zum Umgang mit Rechtsextremismus in der eigenen Organisation bzw. im Gemeinwesen ist seit jeher Aufgabe der politischen Jugendbildung sowie der Fortbildung von Ehrenamtlichen. Für die Teilnehmer/innen erweisen sich diese Qualifizierungen als hilfreich. Es entsteht Verhaltenssicherheit, und der Austausch mit ähnlich betroffenen Ehrenamtlichen aus anderen Vereinen, Verbänden und Regionen trägt zur Sensibilisierung und zur Aktivierung bei.

In mehreren Bundesländern berät die Sportjugend in Fragen des Umgangs mit Rassismus im Vereinswesen. Die Hessische Sportjugend hat 2007 ein Projekt namens *Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport (MITS)* gestartet. Dessen zentraler Ansatzpunkt ist die Beratung und Begleitung von Sportvereinen, die von Rechtsextremismus betroffen sind. Angelika Ribler berichtet davon, dass in der Regel die Vereine nicht auf die externen Berater/innen zukommen.² Von den Vorfällen und Problemen erfährt das Beratungsteam meist über Dritte. Eine wichtige Aufgabe besteht somit in der Erarbeitung eines Beratungsauftrags in Kooperation mit den Vereinen. Sowohl in der Fan-Arbeit als auch in der vereinsbezogenen Beratung haben Aspekte der Gewaltprävention und der Mediation einen hohen Stellenwert.

Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung professioneller Hilfe und Beratung spielen auf der verbandlichen Ebene die jeweiligen Bildungsreferent/innen. Dabei muss gerade mit Blick auf Rechtsextremismus verstärkt darauf hingewirkt werden, dass vermehrt vereins- und verbandsübergreifende Schulungen von Jugendleiter/innen und anderen Multiplikatoren auf lokaler Ebene durchgeführt werden, um eine bessere Abstimmung zwischen örtlich wirksamen Akteuren zu erreichen.

Stärkung geschlechtersensibler Jugend(verbands)arbeit und Infrastruktur in den ländlichen Räumen

Gerade vor dem Hintergrund, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in den ländlichen Problemzonen schwächer entwickelt sind, liegt es nahe, die dort oftmals randständige geschlechtersensible Strukturentwicklung aus den Mitteln der Förderprogramme stärker als bislang zu berücksichtigen. Dabei sollte auch, aber nicht nur auf Jugendförderung Wert gelegt werden. Über diese hinausgehend sind Überlegungen anzustellen, wie über die Stärkung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen Haltefaktoren für die besser qualifizierten jungen Frauen geschaffen werden können.

2. Antworten der Sozialen Arbeit: Gegen die populären Irrtümer einer isolierten Sozialarbeit mit Rechten

Schon Christoph Butterwegge lehnte die akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques auch aufgrund ihres „resignativen, defensiven und reagierenden Charakters“³ weitgehend ab. Er stellt auch zu Recht in Frage, „was akzeptiert werden soll: die Personen mit einer rechten, nationalistischen bzw. rassistischen Orientierung oder diese Orientierung selbst.“⁴ Nach Butterwegge „läuft die akzeptierende Jugendarbeit aufgrund ihrer Täterfixierung und ihrer Konzentration auf die Beziehungsebene leicht Gefahr, mit dem prekären Selbstwertgefühl von (potenziellen) Gewalttätern auch deren politische Überzeugungen zu stabilisieren. Die vorläufige Bilanz der akzeptierenden Jugendarbeit ist ernüchternd: (...) ihre Befürworter räumen jedoch ein, dass es nur selten gelang, die rechte Weltanschauung bei den Jugendlichen zu überwinden. Daher sollten die Möglichkeiten der akzeptierenden Jugendarbeit nicht überschätzt, ihre Grenzen immer wieder von neuem abgesteckt werden. Nur wenn sich die akzeptierende Jugendarbeit der durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, strukturelle

Probleme und beschränkte Ressourcen gesetzten Schranken bewusst bleibt, kann sie einen Beitrag zur Verringerung rechter und rassistisch motivierter Gewalt leisten.“⁵

Diese kritischen Einschätzungen sollten ernst genommen werden und in Neuausrichtungen einer Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einfließen. Die gesammelten Erfahrungen und etablierten Projekte sollten Ausgangspunkt für die (Weiter)Entwicklung fachlicher Standards vor Ort sein. Hierzu wurden bereits eine Reihe von Vorschlägen formuliert,⁶ die an dieser Stelle aktualisiert und erweitert werden sollen.

Weitergehende Hinweise für eine „praxissichere“ Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Eine unmittelbare Arbeit mit sogenannten rechten Jugendlichen ist möglich, wenn die Angebote eine zeitliche Kontinuität besitzen. Abzuraten ist hingegen, wenn mit einer hohen Frequenz von Beziehungsaufbau und Beziehungsabbrüchen zu rechnen ist und wenn die Mitarbeiter/innen sich in der Ausgestaltung des Alltags nicht erfolgreich gegen die rechten Besucher/innencliquen oder gegen Agitator/inn/en von außen behaupten können.

Auf kommunaler Ebene muss ein neuer Aushandlungsprozess beginnen, gemäß dem Prinzip:

Du, Jugendarbeit, übernimmst einen erzieherischen Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sich „Schaffung demokratischer und toleranter Lebensverhältnisse im Gemeinwesen“ nennt. Wir, die Verwaltung, die kommunale Gesellschaft, stehen gleichfalls in der Verantwortung und bitten Dich – Jugendarbeit – in Deiner Rolle als Frühwarnsystem um Rückmeldungen von Problemen und Vorgängen, die Du nicht alleine bewältigen kannst.

Eine in dem angesprochenen Sinne den fachlichen Standards entsprechende Jugendarbeit kann noch relativ viele Akteure aus den rechten Milieus erreichen. Die Grenze kann erst einmal da gezogen werden, wo Jugendliche und junge Erwachsene in feste Strukturen des organisierten Rechtsextremismus eingebunden werden konnten. Entscheidungsgrundlage für die Reichweite der jeweiligen Projekte ist immer eine fachlich präzise, selbstbewusste und auch angstfreie Analyse der vor Ort anzutreffenden Gemengelage.

- Wo rechter Mainstream dominiert, wo das Gemeinwesen nicht mehr konfliktfähig ist, verkommt Jugendarbeit oftmals zu einer reinen Treffpunktfunktion für junge Rechte.
- Wo Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eine unterstützende Struktur im Ort antreffen, können Grenzen sehr wohl weiter gesteckt werden.
- Die unterschiedlichen Sozialarbeiter/innenpersönlichkeiten führen zu unterschiedlichen Grenzziehungen dessen, was bedrohlich wirkt. Wichtig ist immer eine Profilierung der Projekte in der Weise, dass Kollegen und Kolleginnen in gesicherten und angstfreien Kontexten arbeiten können. Es macht also einen fundamentalen Unterschied aus, ob ein Jugendhaus oder -club eine Milieubindung sowie Umfeld- und Besucher/innenstrukturen aufweist, die auch das Auftreten von „Kameradschaftsangehörigen“ oder NPD-Kadern als beherrschbaren, jederzeit kontrollierbaren Sachverhalt erscheinen lassen, oder ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den im Nahraum ausgeübten Druck („wir wissen, auf welche Schule deine Tochter geht“) die Lufthoheit, sprich die Gestaltungskompetenz in einer Einrichtung längst verloren haben.

Notwendig ist dabei eine fortgesetzte unvoreingenommene Auseinandersetzung um bedarfsgerechte Formen kommunaler Jugendarbeit sowie deren Weiterentwicklung. Erst wenn diese Grundversorgung angemessen entwickelt und gesichert ist, stellt sich die Frage nach spezialisierten Angeboten, etwa in Form von sozialen Trainingskursen, Anti-Aggressions- und Antirassismustraining, der Ausweitung des Instruments des Täter-Opfer-Ausgleichs oder einer aufsuchenden Arbeit im Sinne der Hinwendung zu besonderen Ziel- oder Problemgruppen. Erst im Rahmen dieser weitergehenden Spezialisierungen haben auch Aussteigerprogramme ihren Platz, deren Besonderheit eng umrissen darin zu liegen hat, dass sie Personen schützen, die bei einem Ausstieg aus den Kaderorganisationen besonderen Gefährdungen unterworfen sind.

Neben allen pädagogischen Bemühungen gehört zu einem wirkungsvollen Gesamtkonzept auch die angemessene Verfolgung und Ahndung von Straftaten. Anders als bei Sexualstraftätern wird bei rechtsextremistischen Intensivtätern noch viel zu wenig darüber nachgedacht, diese in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, wenn die Täter auch nach mehreren Verurteilungen noch immer eine Gefahr für Ausländer/innen und andere Opfergruppen darstellen.

Vorrang jedoch hätte allemal Prävention. Diese resultiert in erster Linie aus demokratieförderlichen Sozialisierungserfahrungen, einer integrierten und integrierenden Infrastruktur- und Ordnungspolitik sowie der Vermittlung von Möglichkeiten des Erlebens von Zugehörigkeit, Teilhabe und Anerkennung.⁷

3. Kommunale Netzwerke als zivilgesellschaftliches Gegenkonzept gegen die Entwicklung lokal dominanter rechter Strukturen

In den Debatten um die Reich- und Wirkungsweisen von (pädagogischen) Maßnahmen und Programmen wird seit mehr als zehn Jahren vermehrt auf die Notwendigkeit von Netzwerkbildungen hingewiesen. Bei genauer Betrachtung der Diskurse fällt auf, dass der Netzwerkbegriff mit Blick auf kommunale Entwicklungsnotwendigkeiten reichlich inflationär verwendet wird. Zur besseren Verdeutlichung soll unterschieden werden zwischen

- a) der Aktivierung wichtiger kommunaler Akteure,
- b) der Zusammenarbeit zwischen örtlich aktiven Personen und Institutionen,
- c) der Netzwerkarbeit und -bildung im engeren Sinne.

Aktivierung wichtiger kommunaler Akteure

Bei der Suche nach Strategien gegen Rechtsextremismus kann es wichtig sein, dass noch vor der Gründung kommunaler Initiativen oder der Entwicklung von Netzwerken Personen aus dem Kreis der meinungsbildenden Akteure zumindest öffentlich Stellung beziehen. Immer wieder tritt das Phänomen auf, dass zuerst erhebliche Widerstände gegen Initiativgruppen gegen rechtsextreme Aktivitäten zu verzeichnen sind, was mit Angst, Unerfahrenheit und der Vermutung zu tun hatte, dass das Problem durch Gegenaktivitäten noch verstärkt werde oder aber die Gemeinde in den Ruch geraten könnte, „ein rechtes Kaff“ zu sein. Die Positionierung meinungsbildender Persönlichkeiten macht das Thema zu einem für die Gemeinde relevanten und löst die Blockaden verhaltensunsicherer Ehrenamtlicher.

Krambach unterscheidet folgende Typen von lokalen Akteuren im Dorf:

- Initiator/inn/en (Aktivist/inn/en, Player), die in der Lage sind, die Rolle von Anstiftern zu übernehmen.
- Sozial engagierte Expert/inn/en oder erfahrene Politiker/innen, die von den Initiatoren dafür gewonnen werden sollten, in lokalen Prozessen oder Projekten tätig zu werden. Deren Einbindung birgt einerseits die Gefahr einer Majorisierung von Initiativen durch die Professionellen, auf der anderen Seite führt sie zur Verstärkung und Stabilisierung der Arbeit.⁸

Gerade mit Blick auf den kommunalen Umgang mit Rechtsextremismus sollten auch die häufig im Gemeinwesen auftretenden politischen Zuordnungen überwunden werden (Linke, Grüne und SPD machen mit im Bündnis, CDU, Freie Wähler und FDP bleiben draußen). Nichts stärkt Rechtsextremisten mehr, als wenn lokale Bündnisse von respektierten KommunalpolitikerInnen als „linkslastig“ oder „einseitig“ diskreditiert werden. Das macht gelegentlich eine intensive Absprache mit Kontakteuten jener Antifa-Gruppen nötig, die aus der Kreis- oder Landeshauptstadt zu Veranstaltungen und Kundgebungen anreisen, denn langfristig erfolgreich ist nur das Prinzip: *Gemacht wird nur, was Konsens im lokalen Aktionskreis ist.*

Eine wichtige Rolle spielt auch eine nachhaltige und seriöse Medienunterstützung, die die kommunalen Akteure auch langfristig begleitet. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Medienberichterstattung in der Fläche große qualitative Schwankungen aufweist, ist eine vermittelnde Funktion der Bürgermeister/innen sehr wertvoll, denen die Lokaljournalist/inn/en meist eine respektvollere Haltung entgegen bringen als den manchmal auch ungeschickt in der Öffentlichkeit agierenden ehrenamtlichen Akteuren.

Zusammenarbeit zwischen örtlich aktiven Personen und Institutionen

Gerade auf der Ebene der klassischen Vereins- und Verbandsarbeit kommt es auch bei akuten Schwierigkeiten mit jugendlichen oder erwachsenen Akteuren des Rechtsextremismus nur selten zu einer vereins- oder gruppenbezogenen Auseinandersetzung mit dem Thema. Fallstudien aus hessischen Dörfern mit Rechtsextremismusproblematik belegen zudem, dass es dort nur wenig Austausch und Abstimmung zwischen Vereinen und Jugendgruppen gegeben hat. Erst über die Initiative externer Berater/innen kam es zu regelmäßigen Treffen, zu einem Austausch und zur gemeinsamen Reflexion der kommunalen Situation.⁹ Dieser Impuls kann von landesweit agierenden mobilen Beratungsteams, aber auch von erfahrenen Professionellen des Jugendamtes ausgehen. Als Resümee der nun schon langjährigen Tätigkeit mobiler Beratungsteams in den fünf neuen Bundesländern und einer aktuellen Evaluation aus Hessen kann festgehalten werden, dass die externe Beratung nur dann erfolgreich ist, wenn die Berater/innen keine eigene politische Rolle innerhalb des lokalen Geschehens übernehmen. Sie arbeiten entsprechend eines dialogischen Verständnisses und im Sinne eines Befähigungs- oder Empowerment-Ansatzes. Umgesetzt wird nicht, was die Expert/innen raten, sondern was die lokalen Akteure selbst entwickeln.

Bereits die erfolgreiche Organisation einer Runde, die den Erfahrungsaustausch von Ehrenamtlichen aus unterschiedlichen Vereinen und Verbänden möglich macht, ist hilfreich, dient der Selbstvergewisserung, verbessert das Wissen und die Handlungsfähigkeit.

Aus etablierten Formen kommunaler und interkommunaler Zusammenarbeit können auch weitergehende Netzwerkbildungen resultieren. Ein spezifischer Ansatz resultiert aus dem Konzept des Community Coaching (CC). Die Idee zur Übertragung von bereits in den USA im Rahmen der dortigen Gemeinwesenarbeit gemachten Erfahrungen entstand vor einigen Jahren aus der Erkenntnis heraus, dass es nicht reicht, auf rechtsextreme Tendenzen immer nur zu reagieren, und dass eine längerfristige Auseinandersetzung mit dem Problem notwendig ist. Die hier beschriebenen Formen der Kommunalanalysen sind mittlerweile fester Bestandteil der Arbeit Mobiler Beratungsteams. Ein Grundproblem ist oft der fehlende einheitliche Blick auf einen Bezirk, einen Ort oder eine Region als Ganzes – es gibt viele Einzelwahrnehmungen von Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Polizei, Verwaltung usw., aber es fehlt ein Gesamtkonzept zur Demokratisierung der Kommune.¹⁰

Ein wesentliches Element des CC ist die Erstellung einer wissenschaftlich seriösen Studie (Kommunalanalyse) zur Existenz rechtsextremer Phänomene und zu den Möglichkeiten der demokratischen Intervention. In einer Kommunalanalyse werden folgende Fragen gestellt:

- Welche rechtsextremen Erscheinungen gibt es?
- Wie sind die Erscheinungsformen und Strukturen und wo treten sie auf?
- Welche Probleme gibt es im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen, wie sehen sie aus, gibt es Lösungsmöglichkeiten?
- Wie nehmen Opfer rechtsextremer Gewalt das lokale politische Klima wahr?
- Inwieweit werden demokratische Werte akzeptiert und erlebt?
- Gibt es gute Praxisansätze, wie können sie weiterentwickelt werden, welche Probleme gibt es?
- Gibt es Orte, wo die Möglichkeiten der Demokratieförderung noch nicht ausgeschöpft sind?
- Was können / sollten einzelne Akteure leisten, um rechtsextreme Phänomene einzuschränken und Demokratie entwickeln zu können?
- Welche kurz-, mittel- und langfristigen Strategien bieten sich an?

Netzwerkarbeit und -bildung im engeren Sinne

Im hier vorliegenden Zusammenhang soll von Netzwerkbildungen in Abgrenzung zu anderen Formen der Zusammenarbeit oder des Zusammenschlusses dann gesprochen werden, wenn

- 1) eine deutliche Struktur und Formalisierung der Zusammenarbeit entwickelt werden konnte und
- 2) Nachhaltigkeit dergestalt entwickelt werden konnte, dass die Netzwerke auch über einen konkreten Anlass hinaus stabil und aktiv blieben.

In jüngster Zeit wurden erfolgreich eine Reihe lokaler Netzwerke gegen Rechtsextremismus etabliert. Sozialarbeit bekommt in einem derartigen Konzept zunehmend die Funktion der Moderation und Mediation.¹¹ Die Entwicklung von gemeinwesensbezogener Beratungs- und Netzwerkarbeit war auch einer der Schwerpunkte des früheren Bundesprogramms „Civitas“.

Für die Schweiz konnte in den letzten Jahren festgestellt werden, dass eine Verstärkung und Qualifizierung der Arbeit erst mit der dauerhaften Einrichtung einer Fachstelle für Rassismusbekämpfung beim Eidgenössischen Departement des Inneren möglich wurde.

Über die Auswertung von Modellprojekten in sechzehn ländlichen Schweizer Gemeinden geschieht die Mobilisierung mittlerweile in einem Dreischritt:

Politisierung - Institutionalisierung – Professionalisierung

mit dem Ziel, passgenaue Interventionsstrategien für die einzelnen Gemeinden zu entwickeln. Meist wurde eine Kombination repressiver, intervenierender und präventiver Methoden angewendet.

Als wichtigster Effekt wurde von der Mehrzahl der Schweizer Interviewpartner/innen die Thematisierung der Rechtsextremismusproblematik innerhalb der Gemeinde unter den Akteuren und weiteren Bevölkerungskreisen genannt – in Arbeitsgruppen und durch Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und kulturelle Aktivitäten konnte die Wertediskussion auf breiter Ebene geführt werden und auch informelles Wissen aus der Bevölkerung über die Hintergründe rechtsextremistischer Phänomene (Zugang zu Mietlokalen, Opfermeldungen, Vorfälle) zusammengetragen und ausgetauscht werden. Dabei nahm auch die Ursachendiskussion meist einen wichtigen Platz ein. Thematisiert wurden mögliche Zusammenhänge auf individueller Ebene (biografische und familiäre Hintergründe, Gruppenstrukturen) und auf gesellschaftlicher Ebene (unterschwellige Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung, Probleme bei der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, fehlende Signalisierungsbereitschaft bei Gewaltvorfällen).

Wenngleich Anlässe, Form und Zielsetzungen unterschiedlich sind, so kann festgestellt werden, dass die entstandenen Netzwerke

- häufig professionelle Sozialarbeit in Kooperationsbeziehungen mit ehrenamtlich agierenden Vereinigungen und Einzelpersonen sowie mit (Kommunal)Politiker/innen und Verwaltungen treten lässt;
- dann erfolgreich sind, wenn sie über einen längeren Zeitraum professionell begleitet werden, etwa durch Opferberatungen oder Mobile Beratungsteams;
- um so wirkungsvoller sind, je engagierter die Mitwirkung von Verwaltungsspitzen (Bürgermeister/inne/n) entwickelt ist;
- um so erfolgreicher sind, je mehr es gelingt, das Spektrum der „üblichen Verdächtigen“ im Kampf gegen Rechtsextremismus zugunsten der Einbindung auch des konservativen Lagers zu erweitern;
- im Idealfall gerade auch jene Organisationen einbinden, die zumindest partiell zu Zielgruppen rechter Infiltrationsbemühungen geworden sind, etwa Sportvereine und Feuerwehren.

Auch dann, wenn es gelingt, Verwaltungsspitzen in die Netzwerkbildungen einzubeziehen, können deren traditionell hoheitlich orientierte Denkweise und ihre hierarchisch organisierte Struktur als Hemmnisse fungieren. Mit Blick auf das interaktive Geschehen im Dorf müssen künftig

- Verwaltungsspitzen besser und systematischer unterstützt werden und
- Multiplikator/inn/en im Kreis der Eltern, Vereine, Verbände und Hilfsdienste besser geschult werden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass eine erfolgreiche Praxis nur dann möglich ist, wenn es sich um eine Jugendarbeit handelt, die in das Spektrum der hier dargestellten weitergehenden Maßnahmen integriert ist. Möller und Schuhmacher stellen zu Recht fest, dass nur das Zusammenspiel einer integrierten kommunalen Ordnungspolitik, vitaler Vereinslandschaften und sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Ansätze in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Jugendhäusern, Erwachsenenbildung und zivilgesellschaftlichen Gruppen die Integrationschancen erhöhen.¹²

Es ist ferner deutlich geworden, dass die Auseinandersetzung mit und die Zurückdrängung von Rechtsextremismus niemals erfolgreich gelingen können, wenn die kurzzeitig wirksam werdenden versammelten Aufregungen und von Alarmismus ausgelöste Reaktionen einseitige Zuständigkeitserklärungen produzieren. Letzteres geschieht meist mit Blick auf die kommunale Jugendarbeit. Gelegentlich werden spezielle Dienste oder Projekte eingerichtet, deren Existenz eng mit der Laufzeit von Programmen oder anderen zeitlich befristeten Finanzierungen verbunden ist.

Gerade mit Blick auf die aktuellen Voraussetzungen in den peripheren ländlichen Räumen, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern liegt, sind Planungen für eine nachhaltige Dorfentwicklung, Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung künftig stärker als bislang miteinander zu verzahnen. In der Bundesrepublik gibt es hierzu Überlegungen und erste Ansätze. Das ist allerdings ein weiterführendes Thema, das an dieser Stelle nicht vertieft werden kann.

¹ Hessischer Jugendring (Hrsg.): Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – in Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Wiesbaden 2008, S. 117.

² Ribler, Angelika: Projekt „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“, in: Hessischer Jugendring (Hrsg.): Hessische Jugend, Ausgabe 3/08: Rechtsextremismus – Jugendverbände in Auseinandersetzung, Wiesbaden 2008, S. 15.

³ Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg 2002.

⁴ Ebd., S. 144.

⁵ Ebd., S. 145.

⁶ Simon, Titus: Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2005.

⁷ Möller, Kurt/Nils Schuhmacher: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007, S. 507.

⁸ Krambach, Kurt: Ländlicher Raum, nachhaltige Dorfentwicklung und lokale Agenda 21. Einsichten und praktische Erfahrungen, Berlin 2001, S 51.

⁹ Hessischer Jugendring (Hrsg.): a.a.O., S. 70.

¹⁰ Simon, Titus/Sabine Blumensath/Claudia Frömmert/Rayma Saryaeva: Es wächst nicht einfach Gras drüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Herausgegeben vom Bund der deutschen Landjugend, Berlin 2009.

¹¹ Simon, Titus: Netzwerkarbeit. Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, in: Neue Praxis, Heft 2/2004.

¹² Möller, Kurt/Nils Schuhmacher: a.a.O., S. 496.

Junge Frauen in der rechtsextremen Szene

Problemkonstellationen und Handlungsstrategien für die Soziale Arbeit¹

Michaela Köttig

Einleitung

Soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen richtet sich noch immer weitgehend an männliche Jugendliche. Gründe dafür sind u.a., dass im Blickpunkt der medialen Berichterstattung und auch der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Aktivitäten männliche Jugendliche im Vordergrund standen und noch immer stehen. Die Folge ist, dass daraus das Bild entstand, Mädchen und Frauen seien nur ganz am Rande in das rechtsextreme Milieu involviert. Dieser männerzentrierte Blick auf die Phänomene des Rechtsextremismus führt jedoch dazu, dass die differenzierten und zum Teil subtilen Beteiligungsformen von Mädchen und jungen Frauen häufig ausgeblendet, bagatellisiert oder verzerrt werden.

In diesem Beitrag möchte ich zunächst über die quantitative und qualitative Beteiligung von Mädchen und Frauen im rechtsextremen Spektrum sprechen. Danach gehe ich darauf ein, wie Mädchen und Frauen überhaupt in die Szene kommen und welche Positionen sie dort vertreten. Schließlich gehe ich darauf ein, mit welchen Problemen die Gesellschaft, aber insbesondere die Jugendarbeit im Moment zu tun haben und versuche dann aufzuzeigen, welche Interventionsnotwendigkeiten insbesondere im Hinblick auf Soziale Arbeit erforderlich sind.

Beteiligung von Mädchen und Frauen im rechtsextremen Spektrum

Unter den Forscher/innen dominiert die Einschätzung, dass die Beteiligung von Mädchen und Frauen im rechtsextrem orientierten Milieu aufgrund ihrer geringeren Präsenz einen Nebenschauplatz darstelle, was zur Folge hat, dass viele Untersuchungen nicht geschlechterdifferenziert ausgerichtet sind. Diese Beurteilung hält sich in vielen Bereichen beharrlich, obwohl Wissenschaftlerinnen bereits seit Beginn der 1990er Jahre aufgrund ihrer empirischen Ergebnisse zu anderen – erweiterten – Aussagen kommen. Es konnte aufgezeigt werden, dass Mädchen und Frauen in den unterschiedlichsten Kontexten der rechtsextremen Szene – also sowohl in rechtsextremen Skinheadgruppen und Kameradschaften,² in ultrarechtsextremen Gruppierungen³ als auch in rechtsextremen Parteien⁴ – zwar in einem quantitativ geringeren Ausmaß, aber dennoch in den unterschiedlichsten Funktionen auftreten.

Auffällig im Hinblick auf die Beteiligung scheint insbesondere der sprunghafte Anstieg von Neugründungen von rechtsextrem orientierten Mädchen und Frauenorganisationen Ende der 1990er Jahre. Der Skingirl Freundeskreis Deutschland kann dabei als eine Art Initialzündung angesehen werden, denn daran anschließend sind unzählige Organisationen/Foren gegründet worden. Den Trend für die Neugründungen würde ich allgemein so erklären, dass die Ausdif-

ferenzierung unterschiedlicher Lager auch in anderen Kontexten politischer Bewegungen zu beobachten ist. Aus meinem Forschungskontext heraus kann ich zwei Erklärungsvorschläge anbieten: Und zwar a) in Interviews mit jungen Frauen aus der Szene hat sich gezeigt, dass sie häufig genervt waren über ihre männlichen Kameraden und deren „geringes politisches Engagement“, welches sich häufig darin erstreckte, sich zu betrinken und dann auffällig oder gewalttätig zu werden. Die jungen Frauen wollten politisch aktiv sein und hatten das Gefühl, dies besser ohne männliche Kameraden zu können. Und b) in der Auswertung der Interaktionsmuster einer Jugendclique hat sich deutlich gezeigt, dass der Rückzug in „Mädchenin-groups“ eine Reaktion von jungen Frauen in gemischten Gruppen ist, sich vor Gewalt innerhalb der Gruppen und Beziehungen in der Szene zu schützen.⁵

Die Differenz in der Beteiligung von männlichen und weiblichen Rechtsextremist/innen scheint am stärksten im Bereich der Tatbeteiligung an rechtsextrem motivierten Gewalttaten zu sein. Die offiziellen Angaben schwankten Anfang der 1990er Jahre im Hinblick auf weibliche Tatbeteiligte zwischen zwei und vier Prozent, wobei fast ausschließlich männliche Jugendliche/Männer bei fremdenfeindlichen Tötungsdelikten und schwerer rassistischer Gewalttaten angeklagt wurden. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik betrug der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen bei fremdenfeindlichen Straftaten etwa ein bis zehn Prozent. Der Trend ist ansteigend, bereits im Jahr 2000 geben die Landeskriminalämter Thüringen und Bayern Größen von zehn Prozent bekannt und der Trend scheint ansteigend. Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GDF), erklärt dazu in einem Interview zum Thema auffallende Zunahme der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen: „Zudem findet bei den Mädchen auch ein Emanzipationsprozess statt. Das sehen wir vor allem bei den Rechtsextremisten. Dort nehmen die Mädels einen immer größeren Einfluss.“⁶

Die Beteiligung von Mädchen und Frauen im Bereich der rechtsextrem motivierten Gewalttaten reicht von im Hintergrund stehen, Beifall klatschen über die Täter anfeuern bis hin zum selbst zuschlagen. Das würde auch der allgemeinen Entwicklung entsprechen, wie sie über die Kriminalität von Jugendlichen bilanziert wurde: Mädchen holen auf.

Dieser großen Differenz im Bereich des Gewalthandelns steht die Ebene der politischen Einstellungen gegenüber. So wird in Einstellungsuntersuchungen festgestellt, dass Mädchen/Frauen in nahezu gleichem, in manchen Bereichen sogar in stärkerem Maß rechtsextreme Meinungen als Jungen und Männer vertreten. Renate Bitzan und Marcus Neureiter kommen bei der Durchsicht unterschiedlicher Einstellungsuntersuchungen zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verteilung rechtsextremer Einstellungen die Unterschiede sehr gering ausgeprägt seien.⁷ Die Wirkung von Mädchen und Frauen im rechtsextrem orientierten Spektrum als zu vernachlässigendes Randphänomen zu betrachten scheint mir vor diesem Hintergrund zu kurz zu greifen. Die Fokussierung auf männliche Rechtsextremisten birgt meiner Ansicht nach sogar die Gefahr, dass die Aktivitäten von Rechtsextremistinnen unkontrollierter bleiben. Dies kann und wird zum Teil auch in der rechtsextrem orientierten Szene bewusst eingesetzt, bspw. bei der Anmietung von Räumen für Veranstaltungen oder bei Internetportalen.

Resümierend kann gesagt werden: Die Art und Weise wie sich Mädchen und Frauen innerhalb der Strukturen des rechten Spektrums engagieren und in welchen Kontext sie sich einbringen, ist sehr unterschiedlich. Auch welche Geschlechterrollen sie vertreten und selbst le-

ben deckt das gesamte gesellschaftliche Spektrum weiblicher Geschlechterrollenmodelle ab: traditionelle Geschlechterrollenmodelle genau wie emanzipatorische. Ebenfalls finden sich Frauen, die sowohl beruflich eingebunden sind und Karriere machen als auch Mütter sind. Sie bringen ganz unterschiedliche Orientierungs- und Handlungsmuster in den politischen Diskurs ein. Es wird in meinen Ausführungen deutlich - und das gilt für alle Organisationen, Parteien und rechtsextreme Gruppierungen -, dass nicht von der rechten Frau bzw. dem rechten Mädchen gesprochen werden kann. Innerhalb rechtsextremer Gruppierungen ist ein sehr heterogenes Mädchen- und Frauenbild zu beobachten, das gesellschaftliche Wirklichkeit repräsentiert und von traditionellen bis hin zu emanzipativen Geschlechterrollenmodellen reicht. D.h., Mädchen und Frauen in der rechten Szene decken ein großes Spektrum an Orientierungs- und Handlungsmustern ab und bringen diese auch in den politischen Diskurs der rechten Szene ein. Renate Bitzan kommt in ihrer Studie sogar zu dem Ergebnis, „dass es punktuelle Überschneidungen zwischen den Positionen rechter Frauen und denen linker feministischer Frauen geben kann. Patriarchats- und Sexismuskritik sind kein eindeutiges Erkennungszeichen für eine insgesamt herrschaftskritische, demokratische oder humanitäre Orientierung.“⁸ D.h. also, es wird zunehmend schwerer davon auszugehen, dass es sich bei Mädchen und Frauen, die sich dem rechten Spektrum zuwenden, um Ewig-Gestrige handelt. Es wird aber auch schwerer, unsere eigenen Abgrenzungen gegenüber beispielsweise emanzipierten rechten Mädchen und Frauen zu finden.

Ursachen für die Hinwendung und Verortung innerhalb des rechtsextremen Spektrums

Obwohl – wie aufgezeigt – Mädchen und Frauen eine große Bandbreite von Betätigungen und Themen in rechtsextrem orientierten Kontexten vertreten sind diese dennoch nicht beliebig. Welche der Angebote die jeweilige junge Frau auswählt und wie sie sich innerhalb der Szene bewegt ist dabei nicht zufällig, sondern ganz eng verbunden mit familiengeschichtlichen und biografischen Erfahrungen. D.h., ob sich eine Frau eher traditionell oder emanzipatorisch verortet, sich im *Ring Nationaler Frauen* oder in einer Kameradschaft organisiert und mit welchen Themen sie sich einbringt, bspw. für die Verfolgung von „Kinderschändern“ oder die Abschiebung von „Wirtschaftsflüchtlingen“ oder sie für die stärkere Unterstützung von ‚deutschen Hartz IV-Empfänger/innen kämpft, hängt sehr stark mit den Themen zusammen, die sie aus der Familiengeschichte und der eigenen Lebensgeschichte mitbringt.

Diese These konnte ich in zahlreichen Fallstudien belegen, die ich im Rahmen meiner Dissertation⁹ rekonstruiert habe. Dazu habe ich vierzig Interviews mit Mädchen und jungen Frauen geführt, die sich selbst als „national denkend“ und der Szene zugehörig definierten. Darüber hinaus habe ich zu einigen der jungen Frauen über einen Zeitraum von mehreren Jahren den Kontakt gehalten, so dass ich ihre Entwicklung in der rechtsextremen Szene nachvollziehen konnte. Und ich habe eine rechtsextrem orientierte Jugendgruppe über etwa ein Jahr als Sozialarbeiterin betreut und war insbesondere für die Mädchen zuständig. Die Zusammentreffen habe ich protokolliert und später ebenfalls im Hinblick auf die Gruppendynamiken hin ausgewertet. Diese Untersuchung bildet die Basis der folgenden Aussagen. So kam ich zu dem Ergebnis, dass die Hinwendung und Verortung von Mädchen und jungen Frauen innerhalb der rechtsextrem orientierten Szene in einem Prozess verläuft, der sich im wechselseitigen Zusammenwirken schwieriger biografischer, unbearbeiteter familiengeschichtlicher Themen

sowie stützender sozialer Rahmenbedingungen vollzieht. Die von den Mädchen und jungen Frauen exponiert vertretenen und ausgelebten rechtsextrem orientierten Handlungs- und Orientierungsmuster sind dabei eng mit Themen aus der Familienvergangenheit und der Lebensgeschichte verbunden.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun konkret? Zunächst einmal kann festgestellt werden, dass die Herausbildung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster weder ausschließlich an eine Erfahrungsdimension gebunden ist noch kann ein einmaliges Erlebnis ausschlaggebend sein. Erst durch das Zusammentreffen und -wirken spezifischer Erfahrungen entwickeln und transformieren sich rechtsextrem orientierte Haltungen. In diesem Prozess können zwar einzelne Dimensionen eine herausgehobene Rolle spielen, wie beispielsweise das Verwiesen-Sein auf eine rechtsextrem orientierte Gleichaltrigengruppe oder die Identifikation mit den Großeltern und deren vermittelte Botschaften. Die Verortung der Mädchen und jungen Frauen im rechtsextrem orientierten Milieu ist allerdings nicht ausschließlich darauf zurück zu führen, sondern durch ein wechselseitiges Zusammenwirken von Erfahrungen der unterschiedlichen Erlebenszusammenhänge konstituiert.

Familiengeschichtliche Transformationen

In den rekonstruierten Biografien zeigen sich deutlich Hinweise darauf, dass das „Rechts-Sein“ der Biografinnen im Zusammenhang mit den von Großeltern und Eltern bisher nicht aufgearbeiteten und weitgehend dethematisierten Verstrickungen von Familiengeschichte und NS-Vergangenheit steht. Bezogen auf die Bearbeitung der Familiengeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus deutet vieles darauf hin, dass bisher weder die Großeltern noch die Eltern der Biografinnen den reflektierenden Dialog über die Familienvergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus eröffnet haben; d.h., es konnten in keinem der rekonstruierten Fälle Hinweise auf eine aufdeckende Auseinandersetzung über die Mitverantwortung sowie die Beteiligungen am Nationalsozialismus und über damit möglicherweise verbundene begangene Verbrechen gefunden werden. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass die Biografinnen Opfer- und Leidensgeschichten ihrer Großeltern thematisch ausbauen und Verdachtsmomente im Hinblick auf deren Täterschaft negieren. Als ein spezifisches Phänomen wird in den rekonstruierten Biografien zudem deutlich, dass die Großväter als NS-Helden konstruiert werden – d.h. es werden ihnen positiv besetzte Funktionen und Aktivitäten im Nationalsozialismus zugeschrieben, die sie in der von den Biografinnen dargestellten Weise nicht inne hatten. In diesem Zuschreibungsprozess verschmelzen bruchstückhafte Wissensbestände aus der NS-Vergangenheit der Großväter und Beziehungserfahrungen mit ihnen. Es gelingt den Biografinnen darüber sich entsprechend ihrer politischen Orientierung Identifikationsvorbilder innerhalb ihrer Familie zu schaffen.

Die Frage ist nun, wieso die Mädchen und jungen Frauen ausgerechnet ihre Großeltern – und hier insbesondere ihre Großväter – als Identifikationsvorbilder benötigen. Mit dieser Frage nähere ich mich der zweiten Dimension der Erfahrungsprozesse an, nämlich den biografischen Entwicklungen im Hinblick auf die Elternbeziehungen.

Biografische Entwicklungen

Als zentrales verbindendes Merkmal werden in den rekonstruierten Biografien unterschiedliche Facetten problematischer Entwicklungen im Hinblick auf Beziehungserfahrungen zwi-

schen den Biografinnen und ihren Eltern sichtbar. Die Beziehungserfahrungen mit den Eltern sind dadurch gekennzeichnet, dass die Mädchen und jungen Frauen ihre Eltern nicht als verlässliche Bezugspersonen erlebten. In den rekonstruierten Biografien zeigt sich, dass die Mädchen und jungen Frauen im Verlauf ihrer Kindheit und Jugend entweder in unterschiedlicher Weise traumatisierenden Erlebnissen ausgesetzt waren oder das Erleben der Beziehungen zu den Eltern durch Ambivalenzen geprägt war. Ambivalente Erfahrungsmomente beziehen sich darauf, dass die enge Bindung an einen Elternteil im Verlauf des Lebens mit der Ab- bzw. Ausgrenzung des anderen Elternteils verbunden ist. Diesen beiden Varianten gemeinsam ist, dass die Identifikation mit den Eltern und mit deren Handeln kaum entwickelt werden kann, bzw. widersprüchlich bleibt. Ein schwieriges Generationenverhältnis zwischen Eltern und Kindern führt zu einer Hinwendung der Kinder zu den Großeltern und damit auch zu einer Identifikation mit deren tatsächlicher oder zugeschriebener Vergangenheit im Nationalsozialismus.

Außerfamiliale Rahmenbedingungen

Neben der Bedeutung der familiengeschichtlichen Genese und der beziehungs-dynamischen Prozesse zwischen Eltern und ihren Töchtern kann auch dem außerfamilialen Umfeld der Biografinnen ein erheblicher Stellenwert beigemessen werden – womit die dritte Erlebensdimension angesprochen ist. Die Rekonstruktion der Biografien zeigt, dass es außerhalb der Familien - Schule, Peerkontexte, sozialräumliche Kontexte - möglich sein muss, dass rechts-extreme Handlungs- und Orientierungsmuster sich festigen und stabilisieren können – was die untersuchten Mädchen und jungen Frauen in den diversen Gegenden der Bundesrepublik, in denen ich sie aufgesucht habe, durchaus vorfanden. Insbesondere auch die Jugendhilfe - und hier speziell in stationären Maßnahmen der öffentlichen Erziehung - spielte dabei eine Rolle, worauf ich weiter unten genauer eingehe.

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster können nicht als Spielart bezeichnet werden, die sich schon wieder auswachsen wird, sondern sind fest in der Familien- und Lebensgeschichte verankert. So ist es auch nicht einfach, dem zu begegnen. Bevor ich jedoch auf Interventionen eingehe, möchte ich zuvor die gegenwärtig drängenden Probleme skizzieren.

Gegenwärtige Tendenzen und Entwicklungen

Als allgemeine Aussage im Hinblick auf die Entwicklung innerhalb der Szene lässt sich sagen: Obwohl es schon immer Mädchen und Frauen gab, die sich in der Öffentlichkeit als Rechte präsentiert haben, hat dies in den letzten Jahren zugenommen. Insbesondere die Übernahme von Funktionen hat sich deutlich verstärkt – vermutlich auch aufgrund der Tatsache, dass junge Frauen sich gestärkt fühlen, wenn sie schon über einen längeren Zeitraum beispielsweise in einer Mädchen- oder Frauenorganisation aktiv waren. Auch gibt es mittlerweile viel mehr Vorbilder in entsprechenden Positionen. Also eine zu beobachtende Tendenz ist, von der Hinterbühne stärker ins Blickfeld also in den Vordergrund zu treten.

Die zweite Tendenz ist die der Unterwanderung der Zivilgesellschaft, wozu sich Mädchen und Frauen besonders gut eignen, weil ihnen nicht zugetraut wird, dass sie politische Akteurinnen sind. Die Unterwanderungsstrategie ist in ganz unterschiedlichen Bereichen zu be-

obachten, z.B. indem Mädchen und Frauen sich als Elternbeiräte, Kindergartenvorstand oder Vereinsvorstand wählen lassen, indem sie Nachhilfe anbieten oder im Dorf Sommerfeste organisieren. Ziel ist die strategische Unterwanderung, um rechtsextreme Ideologie oder Denkweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen gesellschaftsfähig zu machen. Methoden dazu sind vielfältig, u.a. werden sich dafür auch Organisations- und Ausdrucksformen aus dem linken Spektrum bedient. Es geht ihnen dabei um den Kampf um die Köpfe, die Straße und die Parlamente.

Wie bereits angesprochen eignen sich Mädchen und Frauen besonders gut zur Umsetzung des Ziels der strategischen Unterwanderung. Als generelles Problem möchte ich hervorheben, dass die politische Dimensionierung der Handlungen von Mädchen und Frauen und das von ihren Aktivitäten ausgehende Gefährdungspotential noch immer weitgehend übersehen werden.

Im Folgenden gehe ich konkret auf einzelne Ergebnisse meiner Untersuchungen ein, die besonders für den Umgang mit jungen Frauen in der Jugendarbeit relevant sein könnten:

Die politische Dimensionierung der Handlungen von Mädchen und Frauen und das von ihren Aktivitäten ausgehende Gefährdungspotential, werden noch immer weitgehend übersehen.

Rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten

Von Mädchen und jungen Frauen begangene Straftaten und gewalttätige Übergriffe werden selten geahndet. Ihre Beteiligung an solchen Taten wird bagatellisiert und verläuft – wenn überhaupt wahrgenommen und verfolgt – oft im Sande. D.h. fast alle meine Interviewpartnerinnen haben strafrechtsrelevante Taten begangen, allerdings wurde nur gegen eine ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das dann auch fallengelassen wurde. Die Ursache dafür ist das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Bild der friedfertigen Frau, d.h. Mädchen und Frauen werden oft nicht als Täterinnen wahrgenommen und dies schließt auch die Polizei und die Justiz, aber auch Journalist/innen, die über Taten berichten mit ein. Hinzu kommt, dass in der Öffentlichkeit das Problembewusstsein für die Beteiligung von Mädchen oder Frauen noch kaum ausgeprägt ist.

Da die Straf- und vor allem die Gewalttaten von Mädchen und jungen Frauen gerade auch von Verfolgungsbehörden seltener wahrgenommen werden, bleiben sie weitgehend ohne Konsequenzen, d.h. die Mädchen erleben keine Konsequenzen auf ihr ungesetzliches Handeln. Die Folge davon ist, dass Mädchen und Frauen auch nicht gezwungen werden ein Unrechtsbewusstsein gegenüber ihrem Handeln und gegenüber den Opfern zu entwickeln.

Der politische Hintergrund der Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleibt oft unbemerkt

Es kann sogar noch einen Schritt weiter gegangen werden: Mädchen und Frauen wird seltener überhaupt eine politische Positionierung – und noch viel seltener eine rechtsextreme – zugetraut. Und dies in allen nur erdenklichen Kontexten pädagogischen Miteinanders: Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen in Jugendzentren, Teamer/innen von beispielsweise gewerkschaftlichen Seminaren und Fortbildungen etc. gehen davon aus, dass sich gerade in ihren Gruppen keine Rechtsextremistinnen finden.

Die Folge davon ist, dass auch keine politische Motivation hinter den Handlungen von Mädchen und Frauen vermutet wird. Die Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleiben dadurch unkontrollierter. Die rechtsextrem orientierte Szene setzt das Wissen darüber, dass bei Mädchen und Frauen weniger ein politisches Handlungsmotiv vermutet wird, mittlerweile strategisch für ihre Zwecke ein. So übernehmen es häufig weibliche Aktivistinnen, Räume für Veranstaltungen und Konzerte anzumieten, Demonstrationen anzumelden, Internetportale einzurichten, Vereine in Vereinsregister eintragen zu lassen, Konten zu eröffnen und vieles mehr. Sie übernehmen somit all jene Aufgaben, bei denen der politische Hintergrund zunächst im Verborgenen bleiben soll, damit die Aktivitäten durch die Öffentlichkeit nicht verhindert werden.

In stationären Maßnahmen der öffentlichen Erziehung, wie Jugendheimen, Jugendwohngruppen etc., gelingt es den Mädchen und jungen Frauen, entweder ihre politischen Orientierungs- und Handlungsmuster in diesen Einrichtungen zu verbergen oder ihre politischen Haltungen scheinen in den Einrichtungen weitgehend ignoriert zu werden.

Es ist sehr interessant zu erkennen, welche Strategien Rechtsextremistinnen einsetzen, um zu verhindern, dass ihre politische Orientierung in den öffentlichen Einrichtungen bemerkt wird. Da die jungen Frauen in diesen Fällen ihre Aktivitäten weitgehend nach außen verlagern, dürften Sozialarbeiter/innen es in diesen Fällen schwer haben, die politischen Orientierungen der Mädchen und jungen Frauen aufzudecken.

Daneben gibt es jedoch viele Fälle, in denen die jungen Frauen mit ihrer politischen Verortung weit weniger hinter den Berg halten und es für Betreuer/innen zumindest möglich wäre, dem auf die Spur zu kommen. So ließen die jungen Frauen Szenematerial und Bücher offen in ihren Zimmern liegen, sie übten mit ihren rechten Bands in Räumen der Jugendheime, Außenwohngruppen wurden zu Treffpunkten rechter Kameradschaften – um nur einige Beispiele zu nennen. In einem Fall ging dies sogar soweit, dass eine Einrichtung ihre Zustimmung für Filmaufnahmen in ihrer Einrichtung gab. Es handelte sich dabei um eine Fernsehdokumentation, in der eine junge Frau als Landessprecherin einer rechtsextremen Partei vorgestellt wurde.

Die Folge war, dass die von mir interviewten Mädchen und jungen Frauen in den Phasen ihres Lebens, in denen sie in öffentlichen Einrichtungen untergebracht waren, ihre rechtsextrem orientierten Aktivitäten ausweiteten und ihre rechtsextrem ideologische Orientierung sich deutlich festigte.

In beruflichen und studentischen Kontexten bleiben Rechtsextremistinnen oft unerkannt

Das intendierte Berufsspektrum meiner Interviewpartnerinnen erstreckt sich von Erzieherinnen über Sozialarbeiterinnen hin zu Geschichtslehrerinnen und zu Juristinnen. Im Pädagogik- und Sozialwesenstudium und auch in anderen sozialwissenschaftlichen Fächern sind Rechtsextremistinnen vertreten. Ihr politischer Hintergrund wird nur in seltenen Fällen aufgedeckt. Rechtsextreme Aktivistinnen wählen ihre Berufe mit dem Ziel, rechte Ideologie in die Gesellschaft zu tragen und vor allem auch in den nachfolgenden Generationen nationalsozialistisches Gedankengut zu festigen. In der Ausbildung zur Erzieherin oder im

Sozialwesenstudium ist bisher kein Bewusstsein gegenüber diesem Problem zu beobachten – d.h. bisher können angehende Erzieherinnen in Kindertagesstätten Praktika absolvieren, ohne dass eine politische Motivation in ihrem Tun vermutet wird.

Ein zweites interessantes Ergebnis im Hinblick auf Angebote der Jugendarbeit:

Die Hinwendung zur rechtsextrem orientierten Szene und die zunehmende Verortung dort ist verbunden mit einem zunehmenden Rückzug aus der sozialen Umwelt.

Die Hinwendung zur rechtsextrem orientierten Szene geht in der Regel mit der Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes einher, d.h. die Mädchen und jungen Frauen geben ihre Zugehörigkeit zur rechtsextrem orientierten Szene in ihrem sozialen Umfeld zu erkennen. Notwendig ist, zumindest einige der Codes zu kennen, denn die Zugehörigkeit wird gerade von den Mädchen häufig auch durch kleine Merkmale bekundet: seien es Aufstecker oder Anhänger, besondere Markenklamotten oder ähnliches. Nur wenige Mädchen lassen sich bspw. die typische Frisur, den Kranz, schneiden. Die Mädchen und Jungen versuchen durch diese Signale zu erkennen zu geben, dass sie sich der rechten Szene zurechnen. In diesem Stadium sind sie oft noch wenig politisiert.

Häufig folgt dann eine Phase, in der die Mädchen und jungen Frauen ihre rechtsextreme Orientierung in ihrer sozialen Umwelt offensiv vertreten, indem sie – mit unterschiedlicher Intensität – Konfrontationen provozieren. In dieser Phase üben sich die weiblichen Jugendlichen darin, ihre politischen Haltungen zu präsentieren, gleichzeitig finden Differenzierungs- und Festigungsprozesse ihrer Argumentationsmuster statt. Sie testen die Wirkung ihrer Haltung im nicht rechtsextremen sozialen Umfeld – und machen in der Regel die Erfahrung, dass sie dort überhaupt nicht als junge Frau, die auf dem Weg ist Rechtsextremistin zu werden, wahrgenommen werden. Ganz im Gegenteil wird dies in ihrer Umgebung in der Regel als eine „spinnerte Phase, die bald vorüber ist“ abgetan.

Es ist dann zu beobachten, dass Provozieren von politischen Diskussionen im sozialen Umfeld außerhalb der rechtsextremen Szene nachlässt, allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der politischen Handlungs- und Orientierungsmuster. Vielmehr zeigt sich in diesem Verlauf eher, dass die rechtsextremen Orientierungen bei den Mädchen und jungen Frauen in dieser Phase bereits gefestigter sind. Einige blieben auch in dieser Phase im Stil der Szene gekleidet; einige andere kleideten bzw. frisierten sich dezenter. Spätestens dann ist es jedoch kaum noch möglich an die jungen Frauen heranzukommen, da sie von nun an weitgehend an der Sozialisation des rechtsextremen Umfelds orientiert sind.

Die Gestaltung der Angebote in der Jugendarbeit

Der Fokus wird im Folgenden auf pädagogische Gegenstrategien gelegt, gleichwohl sind aber alle gesellschaftlichen Bereiche und jede/r Einzelne verantwortlich und aufgefordert Strategien gegen rechtsextreme Tendenzen zu entwickeln.

Pädagogische Gegenstrategien können in zwei Bereiche unterschieden werden, und zwar in: Rechtsextremismusprävention – hier verstanden als vorbeugende Maßnahme zur Verhinde-

rung rechtsextremer Tendenzen – und Gegenstrategien im Umgang mit ambivalenten und rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen.¹⁰

Rechtsextremismusprävention

Prävention richtet sich primär an nicht rechtsextrem orientierte Kinder und Jugendliche. Prävention kann und muss schon im Kindergartenalter beginnen und zielt darauf ab, das demokratische Bewusstsein der Kinder zu trainieren. Darüber hinaus haben Pädagog/inn/en die Aufgabe, demokratisches Handeln zu vermitteln und einzuüben. Ihnen obliegt eine Vorbildfunktion im Sinne einer konsequenten Ausrichtung ihres Handelns an den Menschenrechten. Rechtsextremen Vorstellungswelten in Schule und Sozialarbeit entgegenzuwirken heißt deshalb auch, schon bevor sich Anzeichen dafür ergeben, das Bewusstsein für Demokratie zu schärfen und positive Bezugspunkte offensiv zu vertreten. Prävention bedeutet auch Jugendliche und Jugendgruppen zu unterstützen, die bewusst eine politische Gegenposition zu Rechtsextremist/innen einnehmen. Das pädagogische Angebot sollte so ausgerichtet sein, politische Gegenpositionen zu stärken, die Jugendlichen dahingehend zu unterstützen, dass sie sich nicht als Außenseiter/innen (im rechten Mainstream) verstehen und sich wieder mehr Raum erobern bzw. zurückerobern. Pädagogische Angebote sollten auch spannende Erlebnisse und Action für Mädchen und Frauen bieten, um Alternativen zur Attraktivität rechter Erlebniswelten darzustellen, und darauf abzielen, Mädchen zu stärken. Dies allein ist jedoch nicht ausreichend, da diese Zielsetzung auch Rechtsorientierte in ihren politischen Aktivitäten bestärken kann. Deshalb ist eine konsequent reflektierende antidiskriminierende und menschenrechtsorientierte Grundhaltung in der Arbeit unerlässlich.

Prävention meint auch politische Bildung im Sinne von Aufklärung über Rechtsextremismus und Nationalsozialismus und Auseinandersetzung mit der Ideologie, z.B. dem rassistischen Konsens der ethnisch definierten „Nationalen Volksgemeinschaft“. Dabei muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Frauen und Mädchen unter diesem ideologischen Dach genauso radikal denken und ähnlich vehement agieren wie ihre männlichen „Kameraden“.

Gegenstrategien im Umgang mit ambivalenten und rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen

Der erste Schritt für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus bei Mädchen und jungen Frauen besteht in der Sensibilisierung für die Involviertheit von Mädchen und Frauen. Auch hier ist eine pädagogische Haltung gefragt, die ihre Arbeit konsequent im Hinblick auf die Wirkungen reflektiert und ihr Handeln an einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung ausrichtet. Um zu erkennen auf welche Weise und in welchem Maß Mädchen und junge Frauen in das rechtsextrem orientierte Spektrum eingebunden sind, ist eine genaue Beobachtung und die Schärfung der Wahrnehmung wichtig und zwar für

- die soziale Umwelt, d.h. sensibel zu sein für Veränderungen auch bei Mädchen und jungen Frauen, da für diese genauso gilt, dass sie kaum mehr von pädagogischen Interventionen zu erreichen sind, sobald sie fest in der Szene verankert sind.
- weibliche Rechtsextremistinnen, die als politische Akteurinnen ernst genommen werden müssen.

Die Konfrontation mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen in der pädagogischen Arbeit erfordert darüber hinaus

- die enge Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit sowie die Kooperation mit Eltern, Mobiler Beratung und anderen Instanzen.
- die Einzelfallorientierung und die Bereitschaft zu längerfristigen, dialogischen Interventionsprozessen. Veränderungen von politischen Positionierungen sind nur im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit Blick auf sozialräumliche, familien-geschichtliche und biografische Prozesse in der Vergangenheit und Gegenwart möglich, die zu einem tieferen Verstehen der zugrunde liegenden Wirkmechanismen führen. Hierbei ist insbesondere zu beachten, dass die Fokussierung auf entweder persönliche Problemlagen (wie dies im akzeptierenden Ansatz angelegt ist) oder auf die politische Auseinandersetzung (wie dies bei konfrontierenden Ansätzen gefordert wird) nicht dazu geeignet ist, den zugrundeliegenden Wirkmechanismen wirkungsvoll zu begegnen.¹¹

Als einen weiteren Ansatzpunkt für pädagogische Unterstützung bei rechtsextrem orientierten jungen Frauen sehe ich in Ausstiegshilfen aus der rechten Szene und auch in der Arbeit mit Eltern und Familien. Dies bedarf allerdings noch weiterer konzeptioneller Überlegungen.

¹ Dieses Manuskript wurde partiell schon in anderen Kontexten veröffentlicht.

² Vgl. Köttig, Michaela: „Mädchen sollten am besten die Klappe halten“ – Mädchen in rechten Cliques, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 147-157, und Döhring, Kirsten: Mädchen und Frauen in der extremen Rechten, in: Stadt Recklinghausen (Hrsg.): Mädchen und (rechte) Gewalt. Textsammlung zur Fachtagung am 28.08.2001, Recklinghausen 2001, S. 18-33.

³ Vgl. Sturhan, Katrin: Zwischen Rechtskonservatismus und Neonazismus – Frauen in rechtsextremen Parteien und Organisationen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 104-130.

⁴ Vgl. Skrzydlo, Annette/Barbara Thiele/Nicola Wohllaib: Frauen bei den ‚Republikanern‘ in Westberlin – ein empirisches Projekt; FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften, Berlin 1992; Büchner, Britta-R.: Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit Republikanerinnen, Pfaffenweiler 1995; Bitzan, Renate: Frauenanteile an den Bundes- und Landesvorständen von rechtsextremen und rechtslastigen Parteien. Berechnet nach den Unterlagen des Bundeswahlleiters vom Frühjahr 2001, Unveröffentlichtes Arbeitspapier, Göttingen 2002.

⁵ Köttig, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik; Gießen 2004.

⁶ Thüringer Allgemeine, 23.05.2008.

⁷ Vgl. die Zusammenfassungen von Bitzan, Renate: Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000, und Neureiter, Marcus: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg 1996.

⁸ Bitzan, Renate: Zurücklehnen ist nicht ... Zur Involviertheit von Frauen in die rechtsextreme Szene, in: K(r)ampfer Heft 15 (2001), S. 6-9 und S. 26-31.

⁹ Köttig, Michaela, a.a.O., 2004.

¹⁰ Vgl. Elverich, Gabi/Michaela Köttig: Theoretische und praktische Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule und der Jugendarbeit, Dokumentation der Fachtagung: „Mädchen und junge Frauen im Spannungsfeld zwischen Demokratie und rechter Ideologie“ der BAG und LAG Mädchenpolitik Sachsen, Dresden, BAG-Info 7, Berlin 2007.

¹¹ Vgl. Köttig, Michaela: Der biographische Ansatz in der Einzelfallhilfe mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen (30 Absätze). Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 9 (1), Art. 2, 2008 (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-08/08-1-2-d.htm>).

Umgang mit Neonazismus und Rassismus im schulischen Kontext

Harald Dösel

Veränderte gesellschaftliche Bedingungen

Ein wichtiges gesellschaftliches Handlungsfeld in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus stellt ohne Zweifel der Lebensraum Schule dar. Hier erfahren Kinder und Jugendliche über Jahre hinweg einen wesentlichen Teil ihrer Sozialisation. Und hier stehen Lehrkräfte daher in besonderer Verantwortung, obliegt ihnen doch die Förderung einer demokratischen Kultur, die sich nicht zuletzt auch konsequent gegen rassistische Diskurse und die daraus resultierende Gewalt richtet.

Dies gilt umso mehr, als Heranwachsende und Pädagog/inn/en heute zunehmend mit einem gesellschaftlichen Klima konfrontiert sind, das die eigentlichen sozioökonomischen Konfliktlinien der Gesellschaft, wie etwa das Auseinanderdriften von Arm und Reich als Folge eines neoliberalen Politik- und Gesellschaftsverständnisses, durch Abwertungs- und Ausgrenzungsdiskurse zu verschleiern trachtet. Migrant/innen, Arbeitslose oder Obdachlose werden in der verengten Perspektive eines zunehmend ökonomistischen Weltbilds für die aktuellen Krisen zu wesentlichen Teilen mitverantwortlich gemacht; die „Schuld“ für die jeweilige Lebenssituation wird gleichsam „individualisiert“. Damit entledigt sich die Gesellschaft ihrer sozialen Verantwortung, mithin kommt es zu Entsolidarisierungstendenzen. Rassistische oder sozialdarwinistische Argumentationsmuster sind – auch und vor allem in bürgerlichen Kreisen – zunehmend salonfähig geworden.¹

Für die Schule als gesamtgesellschaftliche Institution bedeutet dies in der Folge erschwerte Bedingungen. Pädagog/inn/en, die an Werten wie Gleichheit konsequent festhalten, geraten argumentativ in manchen Fällen in die Defensive und können nicht mehr auf einen unverbrüchlichen gesellschaftlichen Konsens verweisen, da dieser (zumindest in der Welt außerhalb, zum Beispiel auch im Elternhaus) zunehmend in Frage gestellt wird.

Der spezifische Handlungsraum Schule – Probleme und Möglichkeiten

Problematisch erscheint zudem, dass einige Lehrer/innen teils noch unsicher im Umgang mit den Phänomenen Rassismus und Neonazismus sind. Sei es, weil sie nicht ausreichend über die wandlungsfähigen Erscheinungsformen heutiger Neonazis (Symbolik, Kleidung, etc.) informiert sind, sei es, weil sie zu wenig über die Strategien der aktuellen Neonazi-Szene wissen (rechte Kapitalismuskritik, Wortergreifungsstrategie, Kleidung und Symbolik, etc.), oder sei es, weil sie rassistische Diskursstrategien, die keineswegs allein ein Kennzeichen harter Neonazis sind, schlichtweg nicht ernst genug nehmen und sie nicht klar genug als gesellschaftsfeindlich abweisen. Hinzu kommt, dass gerade Pädagog/inn/en von Rechtsradikalen oder Rechtspopulisten gerne unterstellt wird, sie seien „linke Gutmenschen“ oder „linke Spießler“, und als solche gewissermaßen exponierte „amtliche“ Vertreter eines „Systems“, welches es zu bekämpfen gelte. Die Zuschreibung als „links“ ist dabei verräterisch, denn in aller Regel

geht es um nicht mehr und nicht weniger als die konsequente Verteidigung demokratischer, sozial- und rechtsstaatlicher Grundsätze gegen eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Man sollte sich also von derlei Zuschreibungen, die an sich schon ein Kennzeichen für ein stark rechtslastiges Denken sind, nicht irritieren lassen und sich – etwa in Unterrichtsgesprächen – nicht auf eine fragwürdige „Ausgewogenheit“ einlassen, welche – zumindest teilweise – auch die Argumentationsmuster von Rechtsradikalen und Rassisten akzeptiert. Denn ein Festhalten an demokratischen Prinzipien ist nicht etwa einseitig „links“, sondern eine grundlegende Notwendigkeit für eine an Menschenrechten orientierte Pädagogik. Dass Rechtsradikale und Rassist/inn/en die Gleichwertigkeit aller Menschen fundamental bestreiten, macht ja gerade den Kern des historischen wie gegenwärtigen rechtsradikalen Denkens aus. Folglich muss eine Lehrkraft reagieren, wenn der aus pädagogischer Sicht zu postulierende menschenrechtliche Konsens verletzt wird.

Dass Pädagog/inn/en hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, mit rassistischen Äußerungen umzugehen, auch Grenzen gesetzt sind, ist indes zu berücksichtigen. So gebieten das Recht auf Bildung sowie die Schulpflicht, dass Schüler/innen wegen ihrer Gesinnung nicht vom Unterricht ausgeschlossen werden können. Dies gilt selbstverständlich auch für Rassist/inn/en und Neonazis, bedeutet aber keineswegs, ihrer Ideologie in irgendeiner Form Raum geben zu müssen.

Auch sind im schulischen Kontext einzelne Verbote möglich, etwa das Tragen szenetypischer rechtsradikaler Kleidung oder die Verwendung entsprechender Symbole. Wünschenswert sind hierfür allerdings ein breiter Konsens innerhalb des Kollegiums sowie eine konsequente Unterstützung durch die Schulleitung, die letztlich für die Ahndung von Verstößen zuständig ist. Kontraproduktiv ist es in jedem Fall, wenn Schulleitungen rechtsradikale Vorfälle aus Imagegründen stillschweigend behandeln und zum Beispiel bei einschlägigen Propaganda- oder gar Gewalttaten aus Angst vor einer negativen medialen Darstellung nicht die Polizei informieren.

In der Praxis gibt es nichtsdestotrotz durchaus etliche ermutigende Beispiele, wie Schulen einen konsequenten Weg gegen Rassismus und Neonazismus gehen können. Wenn möglichst alle Verantwortungsträger/innen einer Schulgemeinschaft, von der Schülermitverantwortung über Lehrkräfte und Eltern bis hin zur Schulleitung, an einem Strang ziehen und gemeinsam ein Klima einfordern, das niemanden aufgrund seiner/ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft ausgrenzt, wirkt dies in vielen Fällen positiv auf die tatsächlichen Formen des Umgangs miteinander. Das Projekt *Schule ohne Rassismus*, dem sich mittlerweile rund eintausend bundesdeutsche Schulen angeschlossen haben, ist ein überzeugendes Beispiel für einen fruchtbaren Weg, der sich nicht nur in der Abwehr rassistischer oder anderweitiger Ausgrenzung und Gewalt erschöpft, sondern vor allem wichtige Präventivarbeit durch die Schaffung einer positiven Gegen-Atmosphäre leistet. Diese soll frei sein von „Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung und der sexuellen Orientierung“.²

Umgang mit rassistischen Diskursen in der Schule – Beispiele aus der Praxis³

Zunächst kommt es darauf an, rassistische Argumentationsmuster, die immer wieder auch im schulischen Kontext zum Vorschein kommen, als solche zu erkennen und entsprechend zu thematisieren. Das Spektrum ist dabei recht vielfältig und zeigt sich in Form von eher unauffälligen Schüler/innen-Äußerungen in Unterrichts- und Pausengesprächen, aber auch in Gestalt klar rassistischer Aussagen. Ein Phänomen sind dabei Wortbeiträge im Unterrichtsgespräch, die die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen in Frage stellen. Zwar sind eindeutige und plumpe rassistische Äußerungen („*Die Ausländer gehören hier nicht her und müssen weg!*“) eher selten, häufiger lassen sich aber etwas subtilere Formen beobachten, etwa wenn die eigenen Vorbehalte gegenüber „Ausländern“ mit pauschalen Urteilen über deren Verhalten begründet werden. Lehrkräfte, die im Unterricht mit rassistischen „Parolen“ konfrontiert sind, bewegen sich hinsichtlich ihrer Reaktionsmöglichkeiten auf einem denkbar schmalen Grat.

Denn einerseits erscheint es geboten, sachlich aufklärend zu wirken und durch inhaltliche Hinweise rassistische Äußerungen zu entkräften. Dies gelingt oftmals, wenn einzelne Schüler/innen recht plakative und pauschalierende Thesen aufstellen („*Ich kenne etliche Asylbewerber, die mit einem fetten Mercedes durch die Gegend fahren*“ / „*Ausländer sind krimineller als Deutsche*“ o. Ä.). Ein Verweis auf die (äußerst bescheidenen) Leistungen für Asylbewerber/innen⁴ oder die Erläuterung einiger zentraler Probleme von Kriminalitätsstatistiken genügen hier meist.⁵ Wichtig ist in jedem Fall, derlei Äußerungen nicht einfach im Raum stehen zu lassen, weil sonst der Eindruck einer Billigung durch die Lehrkraft entsteht. Sie sollte in solchen Situationen darauf bedacht sein, nicht nur einzelnen Schüler/inne/n zu widersprechen, sondern vor allem deren Mitschüler/inne/n für rassistische Parolen zu sensibilisieren und langfristig zu immunisieren. Die Erfahrung zeigt, dass es dabei am wirkungsvollsten ist, wenn die Erwiderung auf die entsprechenden Äußerungen nicht nur von Seiten der Lehrerin/des Lehrers, sondern von Mitschüler/innen, also aus der eigenen peer group, erfolgt.

Andererseits sollten Pädagog/inn/en ein sicheres Gespür dafür entwickeln, in welchen Situationen sie sich auf keinen Fall auf eine längere Diskussion einlassen dürfen. In manchen Fällen ist dieser Punkt schon dann erreicht, wenn an sich leicht widerlegbare ausländerfeindliche bzw. rassistische Thesen von mehreren Schüler/innen im Gesprächsverlauf wiederholt und durch „erfahrungsgestützte“ Scheinbelege („*In unserer Gemeinde führen sich die Türken immer auf und suchen Streit!*“) unterfüttert werden. Zwar bleibt der Lehrkraft oder anders denkenden Mitschüler/innen die Möglichkeit, durch Sachargumente zu intervenieren oder auf die Angreifbarkeit von bloßen Behauptungen zu verweisen, die penetrante Wiederholung angeblicher „Negativ-Erfahrungen“ mit „Ausländern“ durch verschiedene Schüler/innen kann aber zumindest in der Wahrnehmung einiger Jugendlicher zu einer zunehmenden (Schein-) Plausibilität rassistischer Argumentationsstrategien führen. Und gerade hierin liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Aber auch wenn die Thematik zu komplex erscheint und rassistische oder rechtsradikale Argumentationsmuster nicht mehr allein mit einigen wenigen sachlichen Bemerkungen entlarvt werden können, ergeben sich häufig Schwierigkeiten. So begegnet man gelegentlich dem recht bemerkenswerten Versuch, eine Diskussion über aktuelle rechtsradikale Tendenzen und Gefahren mit dem Hinweis zu konterkarieren, dass das Verhalten von „Ausländern“ ebenfalls kritikwürdig sei („*Die Ausländerkriminalität ist aber doch*

sehr hoch!“ oder *„Asylbewerber nutzen uns doch ziemlich aus!“*). Inhaltlich wird hier ein Themawechsel inszeniert, der den Intentionen der Lehrkraft diametral widerspricht. Derlei schiefe und sachlich inakzeptable Vergleiche von sogenannter „Ausländerkriminalität“ mit „Neonazi-Gewalt“ bis hin zum Mord sind reichlich konstruiert. So wird dabei ein allgemeines Phänomen, die Kriminalitätsrate (bezogen auf „Ausländer“), und seine fragwürdigen statistischen sowie komplexen soziologischen Implikationen mit einer dezidiert politischen Gewalt von rechts in einen Zusammenhang gebracht. Dadurch entsteht (gewollt oder ungewollt) der Eindruck, als wäre das (gewaltvolle) Verhalten und die Meinung von Neonazis gewissermaßen nichts anderes als eine zumindest verständliche Reaktion auf das Verhalten von „Ausländern“ und eben nicht ein Ausdruck ihrer menschenverachtenden rassistischen Ideologie an sich. Radikal zu Ende gedacht würde das bedeuten, dass es ohne die Präsenz von „Ausländern“ in Deutschland keine oder kaum Rechtsradikale gäbe.⁶ In den Ohren empfänglicher Schüler/innen klingen solche Vergleiche leider zunächst oft recht plausibel. Spätestens dann muss die Diskussion daher abgebrochen werden. Den Schüler/innen ist zwar möglicherweise nicht bewusst, dass sie mit ihren Thesen einer klaren Verharmlosung neonazistischer Gewalt das Wort reden. Lässt eine Lehrkraft eine solche Diskussion aber aus falsch verstandener Toleranz heraus einfach weiterlaufen, bekommen rassistische Ansätze breiten Raum, so als wären sie eine geeignete und sachlich akzeptable Argumentationsbasis. Hier ist es dringend erforderlich, zum eigentlichen Thema (neonazistische Gewalt gegen Migrant/innen) zurückzukehren. Die Perspektive der (migrantischen, obdachlosen oder anders denkenden) Opfer rechter Gewalt muss im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, nicht pauschale Vorbehalte und rassistische „Annahmen“ über Migrant/innen. Der Einwand, dass Schule als ein Ort gedacht werden müsse, an dem intellektuelle Verirrungen oder kognitive Fehlleistungen nicht geächtet werden dürfen, sondern vielmehr pädagogisch urbar gemacht werden könnten, sollte zwar nicht generell in Frage gestellt werden, hier griffe er angesichts der Gefahr einer Verfestigung rassistischer Theoreme aber sicherlich zu kurz.

Neonazis im Schulalltag – ein kurzer Überblick über die Problematik⁷

Manche Schüler/innen äußern sich häufig recht unbefangen und in vielen Fällen ohne ausgeprägtes reflektierendes Bewusstsein in einer Weise, die man ausländerfeindlich oder teils auch rassistisch nennen kann. Im Unterrichtsgespräch lenken sie aber meist dann recht schnell ein, wenn entsprechende Sachargumente gegen ihre Position vorgebracht werden können. Hier zeigt sich vor allem, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Thematik an vielen Stellen wichtig und auch fruchtbar sein kann, weil sie Denkprozesse in Gang setzt und dazu beiträgt, zum Beispiel pauschale Urteile über Migrant/innen zu revidieren.

Jugendliche hingegen, die schon fester in der rechtsextremen Szene (zum Beispiel in einer der zahlreichen rechtsextremen Kameradschaften) verwurzelt sind, äußern sich nur äußerst selten explizit zu ihrer Ideologie. Eine Lehrkraft wird also eher nicht erleben, dass sie sich im Unterricht an entsprechenden Diskussionen beteiligen und zum Beispiel rassistische Parolen äußern oder gar den Nationalsozialismus verherrlichende Aussagen treffen. Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass die mittlerweile gut vernetzte rechte Szene ihre „Kamerad/inn/en“ mittels Schulungen auf alle Eventualitäten vorbereitet. Und dazu gehört wohl auch, sich in Situationen, in welchen man sich – fernab der eigenen „Kameradschaft“ – ungeschützt bewegt und

daher leicht zu isolieren wäre, bewusst „unauffällig“ zu geben. In vielen Fällen zeigen solche Jugendliche eher durch unterschwellige Mimik und Gestik oder durch vage Andeutungen ihr Missfallen an (den aus ihrer Sicht „gutmenschlichen“) Äußerungen der Lehrkraft oder von Mitschüler/innen. Deutlicher wird ihre Zugehörigkeit zur Neonazi-Szene vor allem dann, wenn sie eine einschlägige Symbolik verwenden. Dies geschieht zum Beispiel durch die Verwendung von Zahlencodes (88 für „Heil Hitler“, 18 für „Adolf Hitler“), von Aufklebern aus der rechten Szene auf Schultaschen oder Ordnern, Stickern an der Kleidung (z.B. schwarz-weiß-rot), das Tragen von entsprechenden von Neonazis getragenen Marken (Thor Steinar, Masterrace, etc.) oder die Verwendung eindeutig neonazistischer Bandnamen (Landser bzw. Lunikoff-Verschwörung, Gigi und die braunen Stadtmusikanten usw.) in schriftlicher Form. Obgleich die stellvertretend genannten Kennzeichen rechten Gedankenguts sehr eindeutig sind, muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Lehrkräfte gleichermaßen auf derlei Details (Kleidung, Schultasche, Schriftzüge auf dem Hausaufgabenheft, etc.) achten oder reagieren.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass neonazistische Jugendliche, spricht man sie auf ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene an, eher ausweichend reagieren. Selbst die Konfrontation bzw. Provokation mit dem Thema Nationalsozialismus, zum Beispiel im Geschichtsunterricht, dessen kritische und problemorientierte schulische Behandlung sicher nicht ihrem Weltbild entspricht, vermag ihnen in der Regel keine eindeutigen Reaktionen zu entlocken. Eine solche, gewissermaßen von der Lehrkraft provozierte, eindeutige Positionierung eines jugendlichen Neonazis vor der gesamten Klasse wäre indes auch kontraproduktiv. Dennoch sollte man als Lehrkraft nicht vorschnell resignieren und untätig bleiben. Zwar ist es in vielen Fällen wohl eher aussichtslos, den jugendlichen Neonazi selbst durch wiederholte Gesprächsangebote (außerhalb des Klassenverbands) aus der Reserve zu locken oder gar zu „bekehren“. Eine wichtige Aufgabe bleibt aber vor allem die Sensibilisierung der Schulklasse für die Problematik. Denn die Gefahr, dass ein Neonazi, der aus Sicht seiner Mitschüler/innen zunächst einmal nichts weiter als ein Schulkamerad ist, innerhalb der peer-group seine Ideologie zu vermitteln versucht, ist durchaus gegeben. Damit diese möglichst nicht auf fruchtbaren Boden fällt, sollten Pädagog/inn/en in jedem Fall vorsichtig vorgehen und können zum Beispiel durch geschickte Einzelgespräche mit verschiedenen Schüler/innen ein Problembewusstsein schaffen, das für eine gewisse Immunisierung sorgt.

Auch Elterngespräche sind sinnvoll, sobald klare Anzeichen für die Zugehörigkeit von Schüler/innen zur rechten Szene vorliegen. In vielen Fällen wird es dabei vor allem darum gehen, aufzuklären und für die Thematik zu sensibilisieren. Teils wird man aber auch die Erfahrung machen, dass Eltern in einigen Fällen dazu neigen, die Einschätzung ihres Kindes als „rechts-extrem“ nicht zu akzeptieren.

¹ Vgl. hierzu beispielsweise Decker, Oliver et al.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.

² <http://www.schule-ohne-rassismus.org/faq.html>.

³ Zugrunde liegen die eigenen Beobachtungen des Autors aus dem Schulalltag.

⁴ Die aktuellen Leistungen für Asylbewerber/innen in Bayern werden grundsätzlich als Sachleistungen ausgegeben. § 3 Absatz 2 Asylbewerberleistungsgesetz legt die gewährten monatlichen Leistungen wie folgt fest:

- für den Haushaltsvorstand 184,07 €
- für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 112,48 € und
- für Haushaltsangehörige von Beginn des 8. Lebensjahres an 158,50 €.

Zusätzlich erhalten Asylbewerber/innen ein monatliches Taschengeld:

- bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 20,45 €
- von Beginn des 15. Lebensjahres an 40,90 €.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; vgl. hierzu:

http://www.stmas.bayern.de/fibel/sf_a165.php.

⁵ Bezogen auf Migrant/innen stellt zum Beispiel Harald Dähne für die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags fest, dass die Kriminalitätsrate von Nicht-Deutschen keinen „wertenden Vergleich“ mit der (nur scheinbar geringeren) Anfälligkeit von Deutschen erlaube. Der hohe Anteil ausländerspezifischer Delikte (z.B. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, das Asylverfahrensgesetz und das Freizügigkeitsgesetz der EU) sowie Unterschiede in der Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur, aber auch Faktoren wie etwa ein geringer Bildungsstand und vor allem soziale Benachteiligung seien zu berücksichtigen. Vgl. hierzu: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/Auslaender__und_Jugendkriminalitaet.pdf.

⁶ Dieser Fehlschluss erinnert fatal an den noch heute wirksamen Topos, die Juden seien wegen ihrer angeblichen Verhaltensweisen selbst am Antisemitismus schuld. Vgl. Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004, S. 55ff.

⁷ Auch hier liegen die Erfahrungen des Autors aus dem schulischen Alltag zu Grunde.

Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule – Von Einzelkämpfen und Hilflosigkeitsgefühlen

Melanie Riese

Einführung

Obwohl es im Kontext der Rechtsextremismusforschung bereits eine Fülle von Analysen, theoretischen Konzepten und empirischen Befunden gibt, werden nach wie vor bestimmte Gegenstandsbereiche des Rechtsextremismus vernachlässigt. Aus einer pädagogischen Perspektive fällt vor allem der Mangel an Studien zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule auf. Es gibt hierfür zwar eine kaum zu überblickende Menge an schulischen und außerschulischen Modellprojekten sowie Handreichungen für die pädagogische Praxis – wie beispielsweise Seminarbausteine für Unterrichtseinheiten oder Projekttag. Allerdings handelt es sich dabei vor allen Dingen um Maßnahmen, die vorrangig auf die (primär) präventive Ebene fokussiert sind, d.h. vorbeugend auf die Entstehung von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen einwirken sollen. Die Frage nach Interventionsmöglichkeiten, also wie Pädagogen/innen auf die Konfrontation mit Rechtsextremismus reagieren (können), wird weitestgehend außer Acht gelassen.

An diesem Punkt setzt der vorliegende Artikel an, der auf den Recherchen und Befunden meiner Magisterarbeit „Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule – Ergebnisse einer qualitativen Studie“¹ basiert. Bevor die zentralen Erkenntnisse dieser Arbeit vorgestellt werden, gilt es zunächst die begrifflichen Grundlagen und pädagogischen Handlungsmöglichkeiten darzulegen sowie die Forschungsfrage und das Vorgehen zu explizieren. Abschließend ist zu fragen, welche Konsequenzen aus den empirischen Daten abzuleiten sind.

1. Begriff

Um sich Klarheit über den facettenreichen Begriff Rechtsextremismus zu verschaffen, ist es notwendig diesen entlang seiner Anwendungsgebiete – dem amtlichen und dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch – zu differenzieren. Nach dem amtlichen Verständnis lässt sich mit der Bezeichnung Rechtsextremismus eine Haltung zum demokratischen Verfassungsstaat ausmachen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass sich das politische Spektrum auf einem Kontinuum anordnen lässt, das von links über die Mitte bis nach rechts reicht. Dabei werden die Randpunkte unter Bezug auf die gemäßigte, demokratische Mitte als Extrempositionen aufgefasst.² Somit werden (Rechts-)Extremismus und (Rechts-)Extremist/innen als Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung identifiziert, die es mit entsprechenden rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Ein solch normatives Extremismuskonzept ist für wissenschaftliche Zwecke unzureichend und obschon die Rechtsextremismusforschung bis auf einige wenige Ausnahmen nicht diesem eindimensionalen Konstrukt verpflichtet ist, gibt es dennoch ein fundamentales Problem im

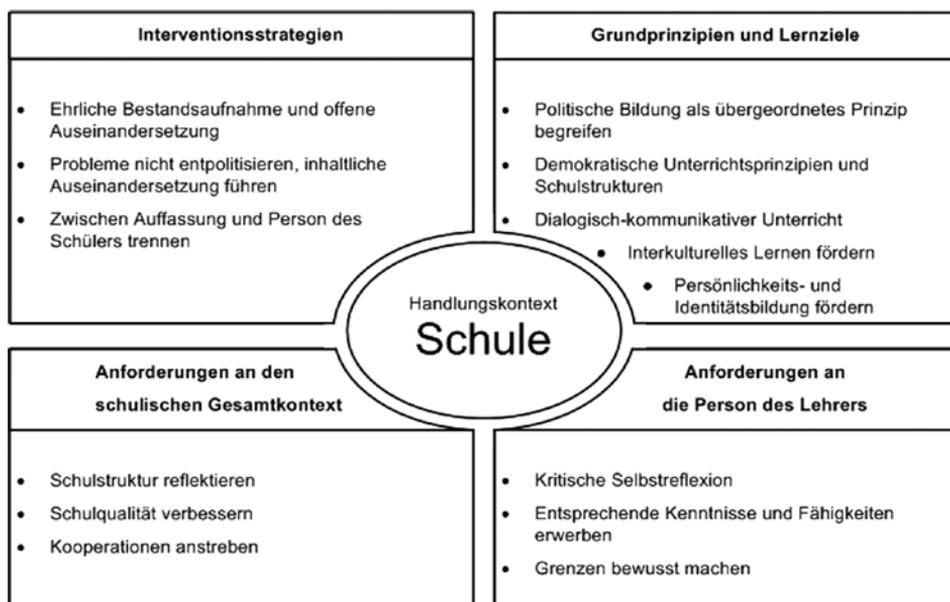
Kontext der wissenschaftlichen Begriffsverwendung: Das Fehlen einer anerkannten und präzisen Wissenschaftssprache.³ Dies bezieht sich einerseits auf einen diffusen und häufig relativ willkürlichen Sprachgebrauch, so dass eine Vielzahl von Termini nebeneinander existieren.⁴ Andererseits besteht selbst bei einheitlichem Sprachgebrauch kein Konsens über den damit angesprochenen Inhalt. So werden gleiche Sachverhalte häufig mit unterschiedlichen Ausdrücken bezeichnet, zum anderen können aber auch gleiche Ausdrücke für verschiedene Sachverhalte stehen.⁵ Einigkeit besteht lediglich darin, dass Rechtsextremismus ein theoretisches Konstrukt darstellt, das sich auf der Mikroebene durch ein mehrdimensionales Einstellungsmuster auszeichnet. Welche Dimensionen dieses Orientierungssystem beinhaltet, ist jedoch umstritten.⁶

In meiner Magisterarbeit wird Rechtsextremismus aus einer mikroanalytischen Perspektive betrachtet, was bedeutet, Rechtsextremismus als Orientierungsmuster und Verhaltensweisen von Individuen in den Blick zu nehmen. Auf eine inhaltliche Bestimmung ideologischer Merkmale usw. wurde bewusst verzichtet, da die vorliegende Untersuchung darauf ausgerichtet ist, die mit dem Begriff verbundenen subjektiven Bedeutungen zu erfahren. Den befragten Lehrkräften wurde zwar die Terminologie Rechtsextremismus als begriffliche Kategorie vorgegeben, inhaltlich war diese jedoch von den Befragten zu füllen. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Begriffsverständnis einzubringen, wurde in der erzählgenerierenden Eingangsfrage nach solchen Vorfällen gefragt, die von den Lehrer/innen selbst als rechtsextrem eingestuft wurden.

2. Pädagogische Handlungsstrategien

Wird das Feld der pädagogischen Angebote zur Rechtsextremismusprävention und -intervention betrachtet, so zeigt sich, dass diese vorwiegend im Rahmen außerschulischer Jugendarbeit umgesetzt werden; schulische Maßnahmen hingegen spielen eher eine untergeordnete Rolle. Die schulische Arbeit wird durch die geringe Systematisierung und Koordinierung sowie das Fehlen einer institutionellen Verankerung gezielter Maßnahmen erschwert.⁷ Zwar existieren zahllose Handlungsempfehlungen für den schulischen Umgang mit Rechtsextremismus, wobei auch auf eine Vielzahl unterschiedlicher pädagogischer Ansätze zurückgegriffen wird. Um exemplarisch nur einige zu nennen: Interkulturelle Pädagogik, Menschenrechtsbildung, (historisch-)politische Bildung, partizipatives und soziales Lernen, Peer-Education sowie Gewaltprävention. Die große Herausforderung besteht nun darin, aus dieser unübersichtlichen Vielfalt ein Konzept ausfindig machen zu müssen, das den individuellen schulischen Strukturen und Kontextbedingungen angemessen ist. In meiner Magisterarbeit habe ich daher den Versuch unternommen, die in der einschlägigen Literatur angesprochenen Programmatiken, Konzepte und Empfehlungen systematisiert darzulegen und durch die Unterscheidung verschiedener Handlungsdimensionen für eine schulische Gesamtstrategie fruchtbar zu machen.⁸ Die vielfältigen, sich auf mehrere Ebenen beziehenden Handlungsprinzipien, die bei einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Schule berücksichtigt werden sollten, sind in einer grafischen Übersicht zusammenfassend dargestellt.

Abbildung: Handlungsleitende Prinzipien für den schulischen Umgang mit Rechtsextremismus



Quelle: Eigene Darstellung

Ohne näher auf die einzelnen Aspekte eingehen zu können soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass Präventions- und Interventionsmaßnahmen immer da anzusetzen haben, wo rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen entstehen. Da Rechtsextremismus als komplexes Phänomen aufzufassen ist, müssen Handlungsstrategien zwingend mehrdimensional, differenziert und vor allem langfristig angelegt sein. Auch wenn Lehrer/innen aufgrund hoher beruflicher Belastungen danach suchen mögen, gibt es keine schnell wirksamen Patentrezepte für den Umgang mit Rechtsextremismus, die unabhängig von der spezifischen schulischen Situation, deren Rahmenbedingungen und Ressourcen eingesetzt werden könnten.⁹ Darüber hinaus stellt der Umgang mit Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Die isolierte Bearbeitung dieses Themas in einigen wenigen Teilbereichen verspricht wenig Aussicht auf Erfolg. So kann die Zuständigkeit zwar nicht ausschließlich an die Pädagogik delegiert werden, nichtsdestoweniger muss die Pädagogik ihre Möglichkeiten aber auch ihre Grenzen im Umgang mit Rechtsextremismus anerkennen.¹⁰

3. Fragestellung und Forschungsdesign

Das Ziel meiner empirischen Magisterarbeit war es, zunächst zu klären, was Rechtsextremismus für die befragten Lehrkräfte überhaupt bedeutet, d.h. an welchen Merkmalen sie beispielsweise rechtsextreme Äußerungen oder Verhaltensweisen festmachen. Im Fokus der Analyse stand jedoch die Frage, wie die Lehrer/innen in den von ihnen selbst als rechtsextrem eingeschätzten Situationen reagiert haben. Welches gemeinsame Grundmuster ist in diesen

subjektiven Reaktionen zu erkennen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die schulische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?

Um die mit dieser Fragestellung fokussierten Handlungsweisen aus Sicht der Betroffenen nachvollziehen zu können, wurde ein qualitatives Forschungsdesign ausgewählt, das sich an den Leitlinien des Forschungsstils der Grounded Theory orientiert. Die Erfassung subjektiver Sichtweisen und Deutungsmuster ist neben der Erforschung der interaktiven Herstellung sozialer Wirklichkeit das Hauptanliegen qualitativer Sozialforschung. Hierbei liegt die Annahme zugrunde, dass sich soziale Wirklichkeit durch Interpretationshandlungen konstituiert und daher nur durch eine verstehende Rekonstruktion des subjektiven Sinns nachvollzogen und gedeutet werden kann. Einen Zugang zu den Sinnstrukturen von Individuen kann die Forscherin oder der Forscher ausschließlich in denjenigen Settings interaktiver Kommunikationssituationen erhalten, in denen den Beteiligten die Möglichkeit eingeräumt wird ihre eigenen Relevanzen frei zu entfalten. Das heißt, dass der Forschungsgegenstand nicht – wie bei quantitativen Verfahren – durch die Hypothesen und Kategorien der Forscherin / des Forschers vorstrukturiert wird. Vielmehr wird die theoretische Strukturierung zurückgestellt, bis sich diese durch die Forschungssubjekte selbst herausgebildet hat (Prinzip der Kommunikation und Offenheit)¹¹. Vor diesem grundlagentheoretischen Hintergrund wurde für die vorliegende Arbeit das narrative Interview als Erhebungsinstrument sowie das theoretische Kodieren als Auswertungsverfahren ausgewählt und angewendet, da deren offene und explorative Methodologie sowohl dem Erkenntnisinteresse der Untersuchung als auch den Grundprinzipien der Grounded Theory entspricht.

Erhebungsverfahren: Narratives Interview

Das narrative Interview folgt nicht dem üblichen Frage-Antwort-Schema, sondern versucht die Redeweise und Erfahrungswelt der Interviewten möglichst unverfälscht zu erfassen. Bei der Datenerhebung ging es also darum, Stegreiferzählungen über eigenerlebte, von den Lehrer/innen selbst als rechtsextrem eingestufte Vorfälle zu generieren. Dazu wurde zu Beginn des Interviews eine Erzählaufforderung ausgesprochen, in der die Befragten darum gebeten wurden, möglichst detailliert über ihre eigenen Erlebnisse mit dem Thema Rechtsextremismus in der Schule zu erzählen. Erst im Anschluss an diese autonom gestaltete Selbstpräsentation hat die Interviewerin weiterführende, offene Fragen gestellt, die vorrangig einem verstehenden Nachvollzug der dargestellten Handlungsabläufe dienen sowie zudem zu weiteren Erzählungen anregen sollten.¹²

Auswertungsverfahren: Theoretisches Kodieren

Nachdem die aufgezeichneten Befragungen vollständig in anonymisierter Form transkribiert wurden, lagen verschriftlichte Interviewtexte vor, die dann einer Analyse nach den Leitlinien der Grounded Theory unterzogen werden konnten. Während dieses sogenannten theoretischen Kodierens werden dem Datenmaterial zunächst sehr textnahe Begriffe zugeordnet. Diese vergebenen Codes werden dann thematisch geordnet und in abstrakteren Kategorien zusammengefasst. Das grundlegende Verfahren des Analyseprozesses ist darin zu sehen, dass wiederholt Fragen an den Text gerichtet sowie regelmäßig Vergleiche zwischen den Kategorien und ih-

ren Dimensionen sowie ihrer Beziehung zueinander angestellt werden. Die Datenauswertung ist solange fortzusetzen bis eine theoretische Sättigung erreicht ist, d.h. weitere Kategorien sowie der Einbezug zusätzlichen Datenmaterials keine neuen Erkenntnisse mehr hervorbringen und somit eine gegenstandsverankerte Theorie über den untersuchten Forschungsgegenstand generiert werden kann.¹³ Eine solche Leistung ist im Rahmen einer Abschlussarbeit allerdings nicht zu bewerkstelligen und so wurde der Interpretationsvorgang mit der Entwicklung einiger zentraler Kategorien beendet. Somit ist die theoretische Reichweite der vorliegenden Untersuchung eingeschränkt. Die Ergebnisse sind nicht zu verallgemeinern, sondern lediglich als erste analytische Befunde über einzelne Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Dimensionen der zwei zentralen Kernkategorien zu verstehen. Eine Verallgemeinerbarkeit im statistischen Sinne – sogenannte Repräsentativität – ist mit der Forschungslogik qualitativer Methodologie weder vereinbar noch umsetzbar.

Fallauswahl

In der Studie wurden insgesamt neun Lehrkräfte befragt: vier Männer und fünf Frauen in einem Alter zwischen 28 und 64 Jahren. Als Schulformen konnten Berufs- und Realschulen sowie ein Gymnasium berücksichtigt werden. Die interviewten Lehrer/innen unterrichten zwar zumindest in der Kombination jeweils unterschiedliche Schulfächer. Es fällt jedoch auf, dass dabei das Fach Sozialkunde sehr stark vertreten ist, naturwissenschaftliche Fächer hingegen überhaupt nicht. Die Kontaktaufnahme kam in den meisten Fällen über das Projekt „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken“ des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) in Nürnberg zustande, wobei im Folgenden auch das sogenannte Schneeballprinzip Anwendung gefunden hat, d.h. bereits interviewte Lehrkräfte verwiesen auf weitere potentiell gesprächsbereite Kolleg/inn/en.

4. Empirische Ergebnisse

4.1. Zugrunde liegendes Rechtsextremismus-Verständnis

Die Analyse der Frage, welches Verständnis von Rechtsextremismus die Lehrer/innen jeweils zugrunde legen, hat ergeben, dass die für den wissenschaftlichen Sprachgebrauch attestierte Begriffspluralität ebenfalls in den Lehrer/inneninterviews nachzuweisen ist. So sind die Termini rechtsextrem/ Rechtsextremismus, rechtsradikal/ Rechtsradikalismus, rechtsnational/ Rechtsnationalismus sowie rechtskonservativ/ Rechtskonservativismus vorzufinden. In einem personalisierten Zusammenhang wird von Rechtsextremen, Rechtsradikalen aber auch von (Neo-) Nazis, Rechten und Kameradschaftsaktivisten gesprochen. Einige Lehrer/innen lehnen eine solche Form der Personalisierung grundsätzlich ab; für alle gilt dies im Bezug auf ihre Schüler/innen. Hierbei spielt vor allem der Aspekt der Stigmatisierung eine bedeutende Rolle. Damit wird einerseits die Ebene der Lehrer-Schüler-Beziehung angesprochen – die Lehrer/innen möchten ihre Schüler/innen nicht herabwürdigen, ausgrenzen etc.; vielmehr möchten sie den Jugendlichen zugestehen, eine von ihnen abweichende Meinung zu haben und diese auch angstfrei äußern zu können. Andererseits wird darunter die Problematik einer

Grenzziehung zwischen akzeptablen und inakzeptablen Verhaltensweisen oder Äußerungen verhandelt. Hierin wird also implizit die Anforderung angesprochen "normative und moralische Grundpositionen ggfs. auch konfrontativ zu verdeutlichen"¹⁴, gleichzeitig die Jugendlichen damit nicht auszugrenzen und ihnen stattdessen das Gefühl zu vermitteln, dass sie als Individuen dennoch anerkannt werden.

Die Tatsache, dass einige Lehrer/innen zwar von den Rechtsextremen, den Nazis usw. sprechen, selbige aber nicht im Rahmen ihrer Schule aufzufinden seien, verweist deutlich auf eine Ambivalenz: Die Nazis existieren nur außerhalb des eigenen Betroffenseins, sie stellen eine unbekannte Fremdgruppe dar, von der es sich zu distanzieren gilt. Rechtsextremismus ist also ein durchaus emotionalisiertes Thema, das bei den Beteiligten gewisse Abwehrmechanismen hervorruft. Schüler/innen als rechtsextrem zu bezeichnen, wiegt schwer. So sind bei einigen Lehrkräften neben der Themenabwehr auch Tendenzen der Verharmlosung zu erkennen: An der jeweils eigenen Schule existieren keine Probleme mit Rechtsextremismus bzw. Rechtsextremen. Das was vorkommt – z.B. sogenannte Stammtischparolen – sei harmlos, da solche Äußerungen nicht als ernsthafte politische Meinungen einzustufen seien, sondern vielmehr als Ausdruck krisenhafter Erfahrungen bzw. problematischer Lebenslagen der Schüler/innen oder einfach als unreflektiertes Nachgeplapper.

Allerdings ist diesbezüglich zu fragen, ob es den Lehrer/innen teilweise nicht einfach an entsprechendem Wissen über wesentliche Merkmale rechtsextremer Erscheinungsformen bzw. einer gewissen Sensibilität für ideologische Versatzstücke mangelt. Ein erstes Indiz dafür ist das zum Teil sehr verkürzte Begriffsverständnis einiger Lehrkräfte. So wird Rechtsextremismus von manchen Befragten lediglich als Problem abweichenden Verhaltens thematisiert, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit (problematischen) politischen Orientierungen der Jugendlichen findet dementsprechend nicht statt. Auch die Tatsache, dass Lehrer/innen in einigen Fällen große Verwunderung äußern, nachdem sie von den rechtsextremen Einstellungen bzw. Aktivitäten ihrer Schüler erfahren haben, kann als Indiz für die These von mangelnden Kenntnissen gewertet werden. Erschwerend kommt dabei der Wandel rechtsextremer Erscheinungsformen und Strategien hinzu: Die Zugehörigkeit zur rechten Szene wird mittlerweile eher verborgen bzw. nur sehr subtil nach außen getragen. So berichten einige Lehrkräfte explizit davon, dass ihre Schüler/innen sowohl optisch als auch im Bezug auf ihr Verhalten und ihre Äußerungen eher unauffällig waren und die Verknüpfung zum Thema Rechtsextremismus somit nicht von ihnen selbst hergestellt werden konnte. Um solche Verschleierungstaktiken zu durchschauen und den politischen Hintergrund von auf den ersten Blick harmlosen Aussagen zu identifizieren, bedarf es also neben eines entsprechenden Wissens um bestimmte Zusammenhänge vor allem auch der Anerkennung durch die Lehrer/innen, "für den Umgang mit dieser Problematik im Rahmen ihrer alltäglichen beruflichen Praxis [zuständig zu sein]"¹⁵. In den Interviews zeigt sich, dass es auch einen solchen Typ Lehrer/in gibt: So lässt sich bei einigen Befragten ein sehr ausdifferenziertes Wissen über den Rechtsextremismus ausmachen. Ihr fundiertes Wissen macht es ihnen möglich, sensibel für rechtsextreme Erscheinungsformen sowie auch für ideologische Versatzstücke zu sein. Außerdem fokussieren diese Lehrer/innen nicht nur die extremen Haltungen, sondern problematisieren ebenfalls alltägliche subtilere Arten von Diskriminierung und Ausgrenzungsmechanismen.

4.2. Kategorie der Hilflosigkeit

Im Rahmen der Auswertung hat sich als eine der zentralen Kategorien die der Hilflosigkeit herauskristallisiert. Die von den Lehrer/innen berichteten Erlebnisse über die von ihnen selbst als rechtsextrem eingeschätzten Vorfälle lassen sich folglich als subjektiv schwierige Situationen charakterisieren, in denen sie sich hilflos und ohnmächtig fühlen. Es zeigt sich, dass das Gefühl der Hilflosigkeit zwar durch individuell verschiedene Faktoren und Umstände entsteht. Dennoch lassen sich bestimmte Grundmuster und Gemeinsamkeiten entdecken, so dass die Kategorie der Hilflosigkeit entlang der Subkategorien Handlungsunsicherheit, Wirkungslosigkeit und Unterlegenheitsgefühl dimensioniert werden kann. Unterschiede zwischen den Lehrkräften ergeben sich in Abhängigkeit davon, welche der drei Dimensionen von Hilflosigkeit jeweils bei ihnen vorzufinden ist und in welcher Intensität.

Handlungsunsicherheit bezeichnet das Gefühl der Verunsicherung, das entsteht, weil die Lehrkräfte zum Teil nicht wissen, wie sie auf die Konfrontation mit Rechtsextremismus reagieren sollen. Sie stoßen im Umgang mit den von ihnen geschilderten Vorfällen an die Grenzen ihrer beruflichen Handlungsroutine und können sich dementsprechend nicht an handlungsleitenden Prinzipien orientieren. Sie erleben eine Diskrepanz zwischen ihren eigenen Ansprüchen – pädagogisch professionell handeln – und den von ihnen wahrgenommenen verfügbaren Ressourcen. Das Überforderungsgefühl entsteht also, weil die Lehrkräfte eine Handlungsanforderung erleben, für die ihnen subjektiv keine Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Wirkungslosigkeit: Die Hilflosigkeitsgefühle der Lehrer/innen lassen sich jedoch nicht nur an einem Mangel von Handlungsressourcen und einer damit einhergehenden empfundenen Handlungsunsicherheit festmachen. Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit den Ohnmachtsgefühlen steht, ist die Kategorie der Wirkungslosigkeit. Es handelt sich dabei um die mit der Handlung zumeist implizit verbundene Hoffnung, rechtsextrem orientierte Schüler argumentativ von deren Einstellung abbringen bzw. von der eigenen demokratischen Sichtweise überzeugen zu können. Da die Befragten dieses Handlungsziel nach eigenen Einschätzungen und Erfahrungen nicht verwirklichen können, erleben sie sich in ihrer pädagogischen Arbeit als erfolglos. Widersprüchlich dabei ist, dass die Lehrer/innen ihre begrenzten Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten durchaus reflektieren und somit nach eigenen Aussagen nicht davon ausgehen, rechtsextrem orientierte Schüler/innen von ihren Einstellungen und Verhaltensweisen abbringen zu können. Dennoch sehen sie sich nicht dazu veranlasst ihre Ziele dementsprechend neu zu definieren.

Unterlegenheitsgefühl: Ein dritter Aspekt von Hilflosigkeit steht im Zusammenhang mit der Persönlichkeit der Schüler/innen. Diejenigen Lehrkräfte, die ihrer eigenen Definition nach mit rechtsextrem eingestellten Schüler/innen konfrontiert waren, charakterisieren diese fast durchgängig als intelligente, leistungsstarke Jugendliche, die zudem durch ein taktierendes Verhalten aufgefallen seien. In diesem Kontext zeigt sich, dass die Hilflosigkeit auch dadurch bedingt sein kann, dass sich die Lehrer/innen diesen Schüler/innen (argumentativ) unterlegen fühlen bzw. Angst vor einer Unterlegenheit haben. Aus diesem Grund wird von einigen Lehrkräften auch der Wunsch geäußert, spezielle Argumentationstrainings zu erhalten, in den ihnen beigebracht wird, wie sie auf bestimmte Äußerungen ihrer Schüler/innen reagieren

können. Sie sehen sich also durch ihre Ausbildung nicht befähigt entsprechend auf solche Situationen eingehen zu können. Dies erscheint vor allem auch vor dem Hintergrund interessant, dass die befragten Lehrkräfte fast durchgängig das Fach Sozialkunde bzw. andere Fächer mit gesellschaftswissenschaftlichem Bezug unterrichten. Hier schließt sich die Frage an, wie sich eine solche Situation dann wohl für Lehrer/innen darstellt, die qua Ausbildung eher weniger Kenntnisse über politische und wirtschaftliche Zusammenhänge erworben haben, wie z.B. Lehrkräfte der Naturwissenschaften oder Fremdsprachen.

4.3. Kategorie der individualisierenden Problembearbeitung

Neben der Hilflosigkeit konnte als zweite zentrale Kategorie die der individualisierenden Problembearbeitung ausgemacht werden. Wie aufgezeigt wurde, stellt die Konfrontation mit Rechtsextremismus für alle Lehrkräfte eine subjektiv schwierige Situation dar, deren Handlungsanforderung als mehr oder weniger belastend, zumindest aber als herausfordernd wahrgenommen wird. Insofern kann also davon gesprochen werden, dass sich die Lehrer/innen in den von ihnen als rechtsextrem eingeschätzten Vorfällen mit Problemen konfrontiert sehen, die es zu bewältigen gilt. Die Interviewauswertung hat ergeben, dass der Umgang mit Rechtsextremismus von dem persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte abhängt und die dominante Strategie der Problembearbeitung daher als individualisierend zu bezeichnen ist. So stellen sich alle Lehrer/innen in ihren Erzählungen als Einzelkämpfer/innen dar, wobei diese Rolle jeweils verschieden gerahmt ist, so dass die Subkategorie Einzelkämpferrolle entlang des Prinzips der Freiwilligkeit dimensioniert werden kann. Demzufolge präsentiert sich ein Teil der Befragten in der Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Schüler/innen als kompetent und selbstsicher – was sie dennoch nicht vor Ohnmachtsgefühlen bewahrt –, weswegen sie keine weiteren Hilfestellungen benötigen und dementsprechend auch keine anderen Personen, wie z.B. Kolleg/innen hinzuziehen. Der andere Teil der interviewten Lehrkräfte wiederum sieht sich unfreiwillig in die Rolle des Einzelkämpfers gedrängt. Ihre Suche nach Verbündeten bleibt insofern erfolglos, als ihnen (soziale) Unterstützung verwehrt wird. Die Zuständigkeit für das Thema Rechtsextremismus sowie dessen Bearbeitung liegt also in den Händen einzelner Lehrer/innen, die teilweise sogar gegen Verharmlosungs- und Leugnungstendenzen von Seiten ihrer Kolleg/innen anzukämpfen haben. Auch unter den Befragten selbst gibt es Lehrkräfte, die sich bietende Gelegenheiten nutzen, um die Verantwortung an andere abzugeben und sich dann für die Ereignisse nicht weiter zuständig fühlen. Selbst denjenigen, die großes persönliches Engagement aufbringen, gelingt es also nicht, eine (dauerhafte) kollegiale, die Schule als Gesamtes betreffende Zusammenarbeit anzustoßen bzw. aufrechtzuerhalten. In den Interviews gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich gemeinsame Problembewältigungsstrategien durchsetzen oder gar Anstöße für die Etablierung dauerhafter Maßnahmen gegeben werden konnten.

5. Diskussion

Abschließend bleibt zu klären, welche Konsequenzen für die schulische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus aus den vorliegenden Ergebnissen abzuleiten sind. Eine wichtige Voraussetzung für den Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen bilden umfassende theoretische Kenntnisse über den Gegenstandsbereich. Dieses Wissen ist einerseits notwendig, um überhaupt den rechtsextremen Hintergrund bestimmter Äußerungen und Verhaltensweisen erkennen zu können, andererseits kann daraus Handlungssicherheit gewonnen werden. So haben einige der Befragten selbst den Wunsch geäußert spezielle Schulungen zu erhalten, die es ihnen ermöglichen sich mit den rechtsextremen Positionen ihrer Schüler/innen auch auf einer inhaltlich-argumentativen Ebene auseinandersetzen zu können. Eine solche Auseinandersetzung ist zwingend erforderlich, denn wenn Lehrer/innen aus Unsicherheit Interventionen vermeiden, besteht neben der Verletzung ihrer Vorbildfunktion ebenfalls die Gefahr, dass Schüler/innen dies als Zustimmung zu rechtsextremen Äußerungen oder Verhaltensweisen interpretieren. Die auftretenden Ohnmachtsgefühle der Lehrkräfte sind jedoch nicht nur darauf zurückzuführen, dass sie nicht wissen, wie sie reagieren sollen, sondern auch, dass sie ihre eigenen Erwartungen nicht erfüllen können. Wie in den Interviews ersichtlich wird, gelingt es den Pädagog/inn/en nicht, die Grenzen ihrer Arbeit anzuerkennen. Auch dieser Aspekt sollte in entsprechenden Fortbildungs- oder Beratungsmaßnahmen aufgegriffen werden, indem die Lehrer/innen dort zu einer kritischen Selbstreflexion ihres Selbstverständnisses sowie ihrer Handlungsmöglichkeiten angeregt werden. Das Vorherrschen einer individualisierenden Problembewältigung als dominante Strategie hat zur Folge, dass für ähnliche Vorfälle in der Zukunft weiterhin keine routinierten Umgangsweisen und Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Im Sinne einer Professionalisierung ist eine solche Schulentwicklung jedoch unerlässlich, zumal auch individuelle Handlungsspielräume maßgeblich von schulstrukturellen Bedingungen eingeschränkt werden. Um solche Professionalisierungsdefizite auszugleichen, sind ebenfalls für die Lehrer/innenausbildung entsprechende Konsequenzen abzuleiten. So ist es zum einen von zentraler Bedeutung, den Stellenwert politischer Bildungsprozesse zu verdeutlichen. Zum anderen gilt es, die Fokussierung auf die Vermittlung von Fachwissen zu überwinden. Nur so können die angehenden Lehrer/innen ein professionelles Selbstverständnis entwickeln, welches sie dazu befähigt, den Blick sowohl auf ihren eigenen Unterricht zu lenken als auch die Bedeutung gesamtschulischer Lern- und Entwicklungsprozesse zu erkennen und sich für diese zuständig zu fühlen.¹⁶

-
- ¹ Riese, Melanie: Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule – Ergebnisse einer qualitativen Studie, unveröffentlichte Magisterarbeit, Erlangen 2011.
- ² Vgl. Neugebauer, Gero: Extremismus–Rechtsextremismus–Linksextremismus, In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 13.
- ³ Vgl. Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand–Erklärungsansätze–Grundprobleme, In: Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 38f..
- ⁴ So finden in Konkurrenz zur Rechtsextremismusterminologie vielseitige andere Begrifflichkeiten Verwendung: z.B. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Nationalpopulismus, Rechtskonservatismus, Rechtsfundamentalismus aber auch Faschismus, Neofaschismus, Neonazismus, Alte und Neue Rechte, extreme oder radikale Rechte.
- ⁵ Vgl. Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand–Erklärungsansätze–Grundprobleme, S. 60f.. Druwe und Mantino haben in einer Analyse des wissenschaftlichen Sprachgebrauchs 13 ausgewählter Studien 37 unterschiedliche Bedeutungszuweisungen für Rechtsextremismus ausfindig machen können. Vgl. Druwe, Ulrich/Susanne Mantino: Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, In: PVS: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Sonderheft 27/1996, Jg. 37, Hg. von Falter, Jürgen W./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, Opladen 1996, S. 66-80.
- ⁶ Mudde bestimmt in einer internationalen Studie als die am häufigsten genannten ideologischen Merkmale von Rechtsextremismus: (extremer) Nationalismus, Rassismus/Ethnozentrismus, Antikommunismus, Law-and-Order-Denken, Antipluralismus, Demokratiefindschaft. Mudde, Cas (1996): The War of Words Defining the Extreme Right Party Family, In: West European Politics, 19, Abingdon 1996, S. 225-248.
- ⁷ Vgl. Hormel, Ulrike/Albert Scherr: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktionaler Diskriminierung, Wiesbaden 2004., S. 327.
- ⁸ Die folgenden Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf: Elverich (2006, 2008); Hormel/Scherr (2004); Scherr (2001, 2003); Schubarth (2001); Steffens (1993); Rump-Räuber/Dietrich (2008).
- ⁹ Vgl. Elverich, Gabi: Rechtsextremismus im Wandel – Herausforderung für Schule und Lehrerbildung, In: Lange, Dirk (Hrsg.): Politische Bildungsforschung. Politikdidaktische Arbeits- und Forschungsschwerpunkte an niedersächsischen Universitäten, Baltmannsweiler 2006, S. 146.
- ¹⁰ Vgl. Scherr, Albert: Pädagogische Konzepte gegen Rechts – was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden?, In: Lynen von Berg, Heinz/Roland Roth (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003, S. 254.
- ¹¹ Vgl. Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Reinbek 2006.
- ¹² Vgl. Schütze, Fritz: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien, Hagen 1987; Rosenthal, Gabriele: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim 2008.
- ¹³ Vgl. Strauss, Anselm: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München 1994; Strauss, Anselm/Juliet Corbin: Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung, Weinheim 1996.
- ¹⁴ Scherr, Albert: Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit, Schwalbach 2001, URL: http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/paed_interv_scherr.pdf, Stand: 20.2.2011, S. 29.
- ¹⁵ Ebd., S. 6.
- ¹⁶ Vgl. Elverich, Gabi: Rechtsextremismus im Wandel – Herausforderung für Schule und Lehrerbildung , a.a.O., S. 165f..

Rechtsextremismus im Internet

Erkenntnisse aus der Arbeit von jugendschutz.net

jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer als gemeinsame Stelle für den Jugendschutz im Internet gegründet. jugendschutz.net überprüft das Internet auf Verstöße gegen den Jugendschutz und ergreift Maßnahmen, damit unzulässige Inhalte entfernt werden. Zentrale Problembereiche sind Pornografie, Gewalt, Rechtsextremismus, Selbstgefährdungen sowie Kontakttrisiken. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt sich ein Team mit Rechtsextremismus im Internet und wird in diesem Bereich derzeit von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Im Fokus dieser Arbeit steht die Recherche von Webangeboten, mit denen Rechtsextreme Kinder und Jugendliche negativ beeinflussen, und mögliche Gegenstrategien.

Wie nutzen Rechtsextreme das Netz, um Jugendliche zu ködern?

Das Internet ist für die rechtsextreme Szene mittlerweile die Propagandaplattform Nummer Eins. Es hat die interne Vernetzung und Kommunikation sowie den Verkauf von Szene-Artikeln wie CDs und Kleidung vereinfacht. Und es hat neue Möglichkeiten eröffnet, um Jugendliche anzusprechen und für den Rechtsextremismus zu gewinnen. Denn immer mehr Kinder und Jugendliche nutzen die unterschiedlichen Dienste zu Informations- und Unterhaltungszwecken. So sind Jugendliche heute eine der wichtigsten Zielgruppen rechtsextremer Webangebote.

Vor allem bei Kameradschaften und den so genannten Autonomen Nationalisten stehen Jugendaffinität und Aktionismus im Mittelpunkt. Angesprochen werden erlebnisorientierte Jugendliche, im Angebot beispielsweise Downloads für Graffiti-Sprühschablonen (Stencils) mit einschlägigen Parolen oder Vorlagen für Flyer. Ergänzend werden Aktionen dokumentiert, um User zur Nachahmung anzuregen und damit eine möglichst große Breitenwirkung zu erzielen. Auf den Websites finden sich zudem tagesaktuelle Themen, die aus rechtsextremer Sicht kommentiert und mit fremdenfeindlichen und antidemokratischen Thesen verknüpft werden. Auch die NPD versucht, mit ihren Webangeboten Jugendliche zu ködern. In der Vergangenheit bot sie "Schulhof-CDs" oder NPD-Comics auch zum Download an.

Viele rechtsextreme Webangebote sind professionell gestaltet und vermischen geschickt menschenverachtende Ideologie mit Unterhaltungsaspekten. Sie verwenden ein modernes Design, interaktive Elemente sowie Videos und Musik, mit denen sie wiederum zentrale rechtsextreme Botschaften und Statements transportieren. Häufig integrieren sie Symbole und werben für Aktionsformen, die man eher anderen Szenen und nicht dem Rechtsextremismus zuordnet. Viele der Webangebote sind daher nicht mehr auf den ersten Blick zu enttarnen.

Das Web-2.0 hat die Internetlandschaft radikal verändert und zu einer vielfältigeren und intensiveren Nutzung des Mediums geführt. Auch bei Rechtsextremen ist dieser Trend angekommen: Sie missbrauchen die Dienste inzwischen dazu, neue Materialien schnell und dezentral zu verbreiten. Sie twittern und posten, sind in Social Communitys und auf Video-

Plattformen aktiv, plazieren dort ihre demokratiefeindlichen und rassistischen Thesen und werben für ihre Gruppen und Events. Auf diese Weise treten Rechtsextreme auch an unbedarfte Nutzer heran und machen auf sich aufmerksam.

Welche Möglichkeiten gibt es, um gegen Rechtsextremismus im Web vorzugehen?

Verstöße im Internet müssen konsequent geahndet werden. Provider und Plattformbetreiber/innen müssen mehr Ressourcen einsetzen, um Hassseiten und -parolen auf ihren Plattformen und Servern zu unterbinden. Aber auch länderübergreifende Kooperationen sind wichtig, um der Internationalität des Phänomens im grenzüberschreitenden Medium Internet gerecht zu werden. Nicht zuletzt sind die Communitys selbst gefragt, d.h. die User müssen aktiv Verantwortung übernehmen, müssen Rassismus und Rechtsextremismus widersprechen und die Betreiber/innen ihrer Plattformen über einen Missbrauch der Dienste durch Rechtsextreme informieren.

Unzulässige Inhalte können auch bei jugendschutz.net (www.jugendschutz.net/hotline) online gemeldet werden. Um Rechtsextremen die Propagandaplattformen zu entziehen, gibt jugendschutz.net Fälle an die Medienaufsicht weiter und kontaktiert Anbieter. Wird beispielsweise ein Provider über unzulässige Inhalte auf seinem Server in Kenntnis gesetzt, ist er verpflichtet, diese umgehend zu entfernen.

Im Ausland ist die Verbreitung von nationalsozialistischen Symbolen oder holocaustleugnenden Aussagen oft nicht strafbar. Doch auch hier gibt es Erfolgchancen, denn viele Dienste untersagen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen rassistische Inhalte. jugendschutz.net weist daher die Betreiber/innen auf die Verstöße gegen ihre AGBs hin und bittet um die Entfernung unzulässiger Inhalte. Ist dieses Vorgehen bei ausländischen Angeboten nicht erfolgreich, schaltet jugendschutz.net eine Partnerorganisation aus dem International Network Against Cyber Hate (INACH) ein. INACH wurde 2002 von jugendschutz.net und der niederländischen Magenta Stiftung gegründet und umfasst derzeit Organisationen aus neunzehn Staaten. Der Verbund tauscht sich über aktuelle Phänomene im rechtsextremen Spektrum aus und unterstützt sich in Einzelfällen gegenseitig.

Eine wichtige Ergänzung zur Beseitigung unzulässiger Inhalte ist die Förderung der medienpädagogischen Beschäftigung mit dem Thema. jugendschutz.net setzt daher im Rahmen seiner Projektarbeit auch auf Workshops und Seminare für jugendliche und erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Ziel ist es, für die Relevanz und Problematik rechtsextremer Webangebote zu sensibilisieren und Teilnehmende für eine kritische Auseinandersetzung zu stärken. Wichtig ist hierbei, auch Wege aufzuzeigen, was jede und jeder Einzelne im Internet gegen rechtsextreme Seiten und Inhalte machen kann. Ergänzt wird diese Arbeit durch Publikationen wie die Broschüre "Klickt's? Geh Nazis nicht ins Netz!" und dem Online-Informationsangebot hass-im-netz.info.

Vom RechtsRock bis zum Schlager

Rassistische und neonazistische Musik als Türöffner in die Jugendszene?

Martin Langebach

RechtsRock ist ein Musikstil, der seinen Ausgang vor dreißig Jahren in England fand und bekannt und populär wurde mit der britischen Band *Skrewdriver*. Heute werden jährlich von deutschen Bands rund einhundert Tonträger professionell produziert und vertrieben. RechtsRock wird definiert über die politischen Inhalte (Texte) der Lieder. Sie sind rassistisch und / oder antisemitisch, sind nationalistisch und argumentieren vor allem hinsichtlich der Geschlechterbilder biologistisch. Die entworfenen Gesellschaftsbilder sind autoritär und von sozialdarwinistischen Vorstellungen geprägt. Wiederkehrend wird darin auch der Nationalsozialismus verherrlicht, vor allem die Wehrmacht und die Waffen-SS. Gleichfalls findet in den Texten häufig eine Stilisierung statt, die Sänger aber auch die Hörer/innen bezeichnen sich als die „wahren Deutschen“, als die „Harten“, „Aufrechten“, als auch als die, die „um die Wahrheit wissen und sie auszusprechen wagen“. Teilweise werden den Rezipienten mit den Liedern auch Partizipationsangebote unterbreitet, im Sinne von „komm zu uns“ – wobei das „wir“ / „uns“ wechselnd formuliert ist: mal als „Nationaler Widerstand“, mal NPD, mal rechte Skinheads, mal schlicht „die, die für Deutschland sind“. Symptomatisch ist dafür beispielsweise der Song „Rebellion“: „Das System beschießt uns alle und jeder ist gefragt. Ob du Glatze hast oder nicht, ist völlig scheißegal! Wir haben nichts zu verlieren, zu gewinnen gibt's genug. Brecht die Mauern in euren Köpfen und hört uns richtig zu!“, trägt die Band *Sleipnir* auf verschiedenen Fassungen der sogenannten „Schulhof-CD“ der NPD vor.

Auf rechtlicher Ebene sind vor dem Hintergrund der Masse an jährlichen Neuveröffentlichungen nur wenige Tonträger illegal, also strafbar im Sinne des Strafgesetzbuchs (StGB). Häufiger ist der Fall, dass die Tonträger auf Antrag von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) auf Basis des Jugendschutzgesetzes indiziert werden. Eine Indizierung zieht als Rechtsfolge nach sich, dass das indizierte Medium Jugendlichen unter achtzehn Jahren nicht zugänglich gemacht werden darf. Allerdings dauert es in der Regel lange, bis die Indizierung entsprechender Medienangebote beantragt wird – von sich aus darf die BPJM nicht tätig werden. 2010 wurden beispielsweise durch die Behörde 102 rechte Tonträger als jugendgefährdend eingestuft. 48 Tonträger wurden in Liste A eingetragen, was bedeutet, dass in diesen Fällen nur eine Jugendgefährdung vorliegt. 54 Tonträger wurden indes in Liste B aufgenommen, für sie besteht weitergehendes Verbreitungsverbot nach dem StGB – Staatsanwälte haben dieses zu prüfen und gegebenenfalls einen Beschlagnahmebeschluss für dieses Medium zu erlassen. Bei vierzehn der 54 Tonträger lag noch im Jahr 2010 ein Beschlagnahmebeschluss vor. Außerdem sind die 102 in 2010 indizierten Tonträger nicht alle auch in diesem Jahr veröffentlicht worden. Tatsächlich erschienen gerade einmal dreizehn der indizierten Titel 2010, neun in 2009, fünf in 2008. Der Rest war älter und damit länger auf dem Markt erhältlich.

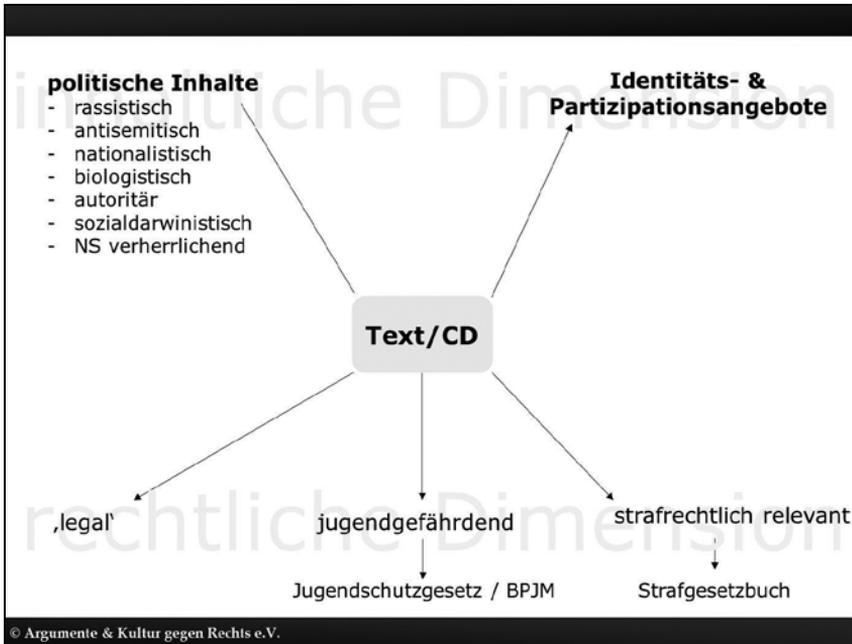


Abbildung 1

Musikalisch hat sich der RechtsRock in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Ausgangspunkt war mit *Skrewdriver* Punk mit neonazistischen Texten, heute sind die Stile vielfältiger. Von links nach rechts (Abbildung 2):

Frank Rennieke ist der Prototyp des Liedermachers, der gerne auch als „nationaler Barde“ bezeichnet wird. Seinen ersten Tonträger veröffentlichte er 1987. Aufschluss über ihn erlaubt der Aufsatz „Frank Rennieke - Der ‚Nationale Barde‘“ von Margitta Fahr (<http://www2.huberlin.de/fpm/popscrip/themen/pst05/pst05070.htm>).

Faustrecht, 1994 gegründet, stammt aus dem Allgäu. Sie verstehen sich als Skinhead-Band und kommen dem ursprünglichen musikalischen Stil des RechtsRock nahe. Weitere Informationen sowie ein exemplarischer Text der Band sind zu finden unter: www.turnitdown.de/uploads/media/Argumente_gegen_NPD_CD.pdf.

Burning Hate ist eine jüngere bayerische Band, die dem so genannten NSHC zugerechnet werden kann, dem *national socialist hardcore*. Die Texte der Bands dieses Genre sind bei deutlich dynamischerer Musik oft nicht gleich auf den ersten Blick als extrem rechts zu identifizieren: „,Das ist das erste Gebot mit dem du konfrontiert wirst. Und wenn wir jetzt nicht handeln werden, wir nicht überleben.’ ,Also geht es um Zion.’ / Wir werden regiert von Maschinen und Computern, manipuliert werden unsere Gedanken von ihren Führern. Es ist eines Tages irgendwann so weit, dann ist die Menschlichkeit nur noch einerlei, nur noch einerlei, nur noch einerlei. / Ist das die Zukunft, die ihr haben wollt? Ist das die Zukunft, auf die ihr bauen wollt? Ist das die Zukunft für unser deutsches Volk? Das ist die Zukunft, die ihr verhindern sollt! / Herzen aus Stahl kennen keine Liebe mehr, gearbeitet wird 20 Stunden täglich, ist das fair? Menschen verdummen, Kindheit wird geraubt, was sie euch erzählen,

wird von euch geglaubt. / Ist das die Zukunft, die ihr haben wollt? Ist das die Zukunft, auf die ihr bauen wollt? Ist das die Zukunft für unser deutsches Volk? Das ist die Zukunft, die ihr verhindern sollt. / Sie bauen Hochhäuser, in denen wir arbeiten und leben und keiner wird mehr mit einen [sic!] Fuss auf eine Wiese betreten. [sic!] Sie schotten uns ab von der Realität was sie von uns erwarten ist hundertprozentige Qualität. / Ist das die Zukunft? Ist das die Zukunft? Ist das die Zukunft?" Durch die Zitate am Anfang des Lieds, die aus dem Film „Matrix“ kommen und bewusst so zusammen geschnitten wurden, wird der Interpretationsrahmen für den Song festgelegt. „Zion“ als Chiffre für Juden ist es, die hinter all dem steckt, was die Musiker hier beklagen.



Abbildung 2

Sprachgesang Zum Untergang hingegen ist ein neues HipHop-Projekt aus der extremen Rechten, mit der versucht werden soll, jugendliche Fans dieser Musik anzusprechen. Ein Teil der Texte ist dafür niedrigschwellig verfasst und knüpft an sensible Themen an: Der Song „Sag mir warum“ thematisiert die Ermordung einer Achtjährigen durch einen Pädophilen. Anzuhören sind die Lieder als Video auch bei YouTube.

Gigi und die brauen Stadtmusikanten ist ein Projekt um Daniel „Gigi“ Giese von der neonazistischen Band *Stahlgewitter*. Bekannt geworden ist die Band durch Coverversionen wie „Ab in den Süden“ von *Buddy vs. DJ The Wave* (Sommerhit 2003):

Buddy vs. DJ The Wave

„Oh willkommen, willkommen
Sonnenschein! Wir packen unsre sieben
Sachen in den Flieger rein. Ja wir kommen,
wir kommen, wir kommen macht euch bereit,
reif für die Insel, Sommer, Sonne, Strand und
Zärtlichkeit. Raus aus dem Regen, ins Leben,
ab in den Süden, der Sonne entgegen, was
erleben, einen heben, und dann Bikinis
erleben. Jetzt kommt es dick Mann, ich rette
den Tag, ich sag, ab geht die Party, und die
Party geht ab.
Und ich sag: Eeeeeeeey, ab in den Süden,
der Sonne hinterher, ey joh, was geht, der
Sonne hinterher, ey joh, was geht. Ja ich sag:
Eeeeeeeey, ab in den Süden, der Sonne
hinterher, ey joh, was geht, der Sonne
hinterher, ey joh, was geht.“

Gigi und die brauen Stadtmusikanten

„Oh, Beeilung, Beeilung, packt eure Döner
ein. Dieser Dönerbomber bringt jetzt eure
Sippe heim. Ja, das Ganze machen wir
mit deutscher Gründlichkeit. One-Way-
Tickets gibt es gratis für die Ewigkeit.
Müsst eure Ärsche bewegen, ab in den
Süden. Der Sonne entgegen,
meinetwegen mit Allahs Segen. Auch
wenn die euch nicht mehr mögen. Ich bin
der Abschiebemann, es gilt was ich sag.
Ich sag ab geht der Flieger und der
Flieger geht ab.
Und ich sag: Eyyyyyy! Ab in den Süden. Der
Rest kommt hinterher. Hey yo, das geht.
Es folgen noch viel mehr! Ja, ja, das
geht! Und ich sag: Eyyyyyy! Ab in den
Süden. Der Rest kommt hinterher. Hey
yo, das geht. Es folgen noch viel mehr!
Jaja, das geht!
Sommer, Sonne, Sonnenschein, Sonne und
Olivenhain.
Sommer, Sonne, Sonnenschein, endlich seid
ihr nun daheim. Wüste, Oasen, Bananen-
plantagen, Olivenhaine und
Zitronenbäume.“

Um die extrem rechte Musik hat sich in den vergangenen Jahren eine (internationale) Szene entwickelt, die sich lokal / regional als Cliques darstellen. Ihr gemeinsamer Bezugspunkt ist die Musik, der RechtsRock. Sie verfügen über einen gemeinsamen kollektiven Symbolapparat aus Zeichen, Symbolen, Lifestyle wie die „88“ für „Heil Hitler“, die „Schwarze Fahne“ als Zeichen des „Nationaler Widerstands“ oder Bekleidungsmarken wie „Consdaple“, in dessen Namen das Kürzel NSDAP steckt. Gemeinsam verbringen sie ihre Freizeit – je mehr jemand in die Szene integriert ist, desto homogener der Freundeskreis und damit auch die Zeit, die er/sie mit Gleichgesinnten verbringt. Neben alltäglichem kollektiven Freizeitverhalten (quatschen, spielen/gamen, Musik hören, trinken) stellen spezifische Events Highlights dar. Dabei kann es sich um Konzerte als auch Aufmärsche handeln, bei denen Gemeinschaft aufgrund von Masse fühlbar wird. Die ideologische Zugangshürde ist niedrig. Jugendlichen oder jungen Erwachsenen wird keine Eignungsprüfung abverlangt, sondern in der Regel reicht es aus sich selbst als „national“ zu begreifen und die gängigen Ressentiments zu pflegen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

RechtsRock ist zum wichtigsten Ideologietransporteur und Rekrutierungsmittel der extremen Rechten geworden:

- die Musik verleiht bestehenden Vorurteilen, Rassismen und nationalistischen Einstellungen eine Ausdrucksform.
- die Musik vermittelt ideologische Schlagwörter und besorgt die politische Selbstvergewisserung der Hörer/innen.
- die Musik bietet den Hörer/innen Identitätsangebote als Skinhead, Weisse/r, Deutsche/r, Nationale/r /, Patriot/in.
- die Musik ist für die Hörer/innen i.d.R. ein zentraler Bestandteil des Alltags.
- die um die Musik entstandene Szene, die sich vor Ort als Clique darstellt, bietet den Hörer/innen eine moderne Form von Gemeinschaft an.
- die Erlebniswelt der extremen Rechten verfestigt die sozialen Beziehungen, die Einbindung in die Szene und die politische Einstellung.
- die Musik ermöglicht politischen Strategen einen Zugang zu den Hörer/innen für weitere Schulungen und Rekrutierung.

Die Auseinandersetzung mit RechtsRock ist für die pädagogische Arbeit daher unbedingt zu führen. Dies beinhaltet nicht nur, sich über das Thema zu informieren, sondern es auch in der eigenen pädagogischen Praxis zu beachten. Indirekt kann eine demokratische, an den Menschenrechten orientierte Pädagogik präventiv wirken gegenüber einer möglichen Verfänglichkeit derartiger Musik mit ihren diversen Feindbilderklärungen. Indes ist es auch möglich das Thema direkt in der eigenen Arbeit anzugehen. Allerdings sollte zuvor stets eine Bedingungsanalyse vorgenommen und Zieldimensionen benannt werden – ein unvorbereitetes, auf der Türschwelle ersonnenes Vorhaben nach dem Motto „lasst uns doch heute mal über diese fürchterliche rechte Musik“ reden, kann mitunter nach hinten losgehen. Die Erfahrung zeigt, dass teilweise die Musik als attraktiv wahrgenommen und in der Rezeption vermeintlich vom Text abgespalten wird oder aber die Musik nicht den Präferenzen der Jugendlichen entspricht, sie dafür aber vielleicht bestimmte rassistische Aussagen der Texte teilen. Selbstkritisch zu überlegen gilt es dabei, ob die eigene Argumentation fundiert genug ist, um sie in der Diskussion den Jugendlichen klar und deutlich vermitteln zu können. Denn eine oft gesammelte Erfahrung ist, dass Jugendliche die Auseinandersetzung über rechte Themen suchen, wobei sie in der Regel keine gefestigte Position verinnerlicht haben, sondern in ihren Meinungsäußerungen mehr von diffusen Vorurteilen geleitet werden.

Für die Bearbeitung des Thema RechtsRock empfiehlt sich die „Schulhof-CD“, da die Lieder über das world-wide-web verfügbar sind und es verschiedene Handreichungen dazu gibt.

Das Thema gilt es gut vorzubereiten. Es empfiehlt sich nicht für eine Schwellenpädagogik, also der Überlegung, es beim Eintritt in den Klassenraum zum aktuellen Thema zu machen. Im Übrigen muss es nicht dem Sozialkunde- oder Ethikunterricht vorbehalten werden, sondern kann in verschiedenen Fächern zum Inhalt gemacht werden – die musikalische Dimension im Musikunterricht, der Vergleich zwischen medialer Strategie der extremen Rechten

heute (am Beispiel „Schulhof-CD“) und Anfang der 1930er Jahre, die Liedtexte im Deutschunterricht, politische Inhalte in Politik etc. In naturwissenschaftlichen Fächern und Sport könnte es hingegen schwieriger werden, direkt eine Möglichkeit zu finden, das Thema zu thematisieren. Der Lerninhalt Genetik könnte indes auch mit dem Thema Rassismus verbunden werden und der vermeintlichen, noch heute von der extremen Rechten postulierten natürlichen Ungleichheit von Menschen“rassen“.

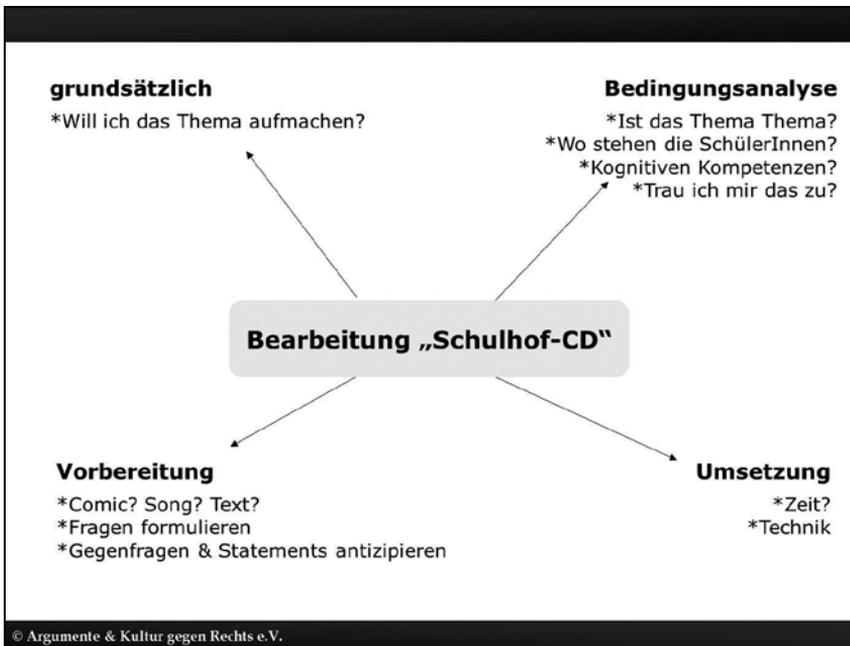


Abbildung 3

Im Übrigen bieten sich nicht nur die Liedtexte oder die Musik für die Bearbeitung an, sondern beispielsweise auch das Begleitheft der „Schulhof-CD“, das bei mehreren Auflagen aus einem Comic bestand oder aus kurzen programmatischen Texten.

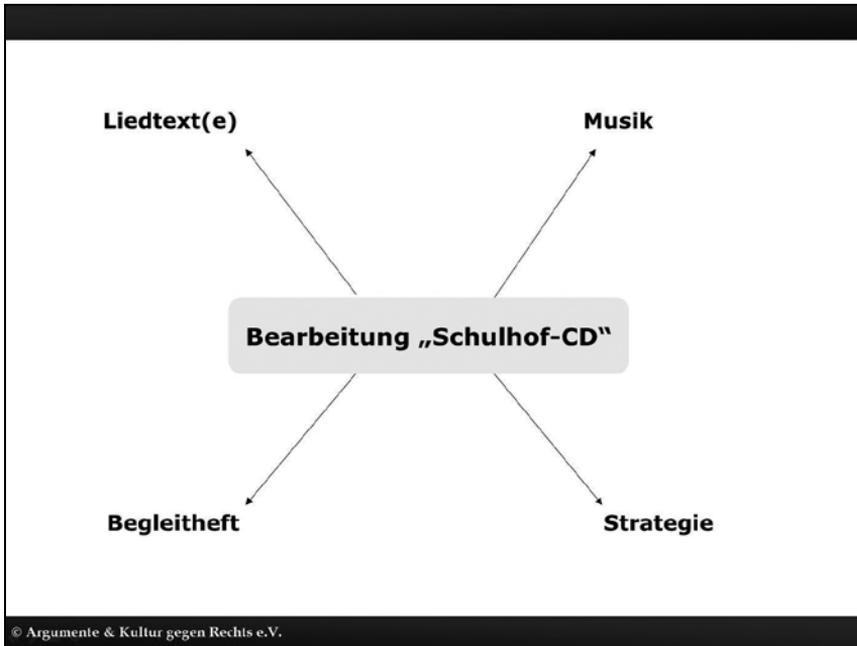


Abbildung 4

Als Grundlage für die Bedingungsanalyse empfiehlt sich für die offene Jugendarbeit genau zu unterscheiden, wer das Gegenüber, das Objekt der pädagogischen Arbeit ist. Uwe Hirschfeld schlägt eine Unterscheidung in sieben unterschiedliche Typen vor, die leicht modifiziert im Folgenden kurz skizziert werden soll (Abbildung 5). Gerade in Bezug auf extrem rechts orientierte Jugendliche unterscheidet Hirschfeld genau und sieht auch pädagogische Grenzen – sowohl bei engagierten / organisierten Jugendlichen als auch bei Kadern kann sich die Arbeit nur noch auf eine Beratung zum Ausstieg beziehen. In Bezug auf rechts orientierte Jugendliche schlägt er sein Konzept der Cliquenarbeit vor; es würde zu weit führen, das hier weiter auszuführen. Wichtiger ist darauf abzuheben, dass eben auch nicht bereits demokratisch engagierte und politisch bisher noch nicht festgelegte junge Menschen im Auge behalten werden sollten – die Angebote sind zu differenzieren, was sich aus der Sache selbst bereits erklärt. Mit einer 15-jährigen, die bei der Grünen Jugend aktiv ist, gilt es andere Konzepte zu verfolgen als bei einer 17-jährigen, die Politik uninteressant findet.

Pädagogisches Ziel soll in allen Fällen die Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins sein. Nicht unerheblich ist dabei zu erwähnen, dass dies eben auch Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen mit sich bringt, die eben diese Werte auch verinnerlicht haben müssen.

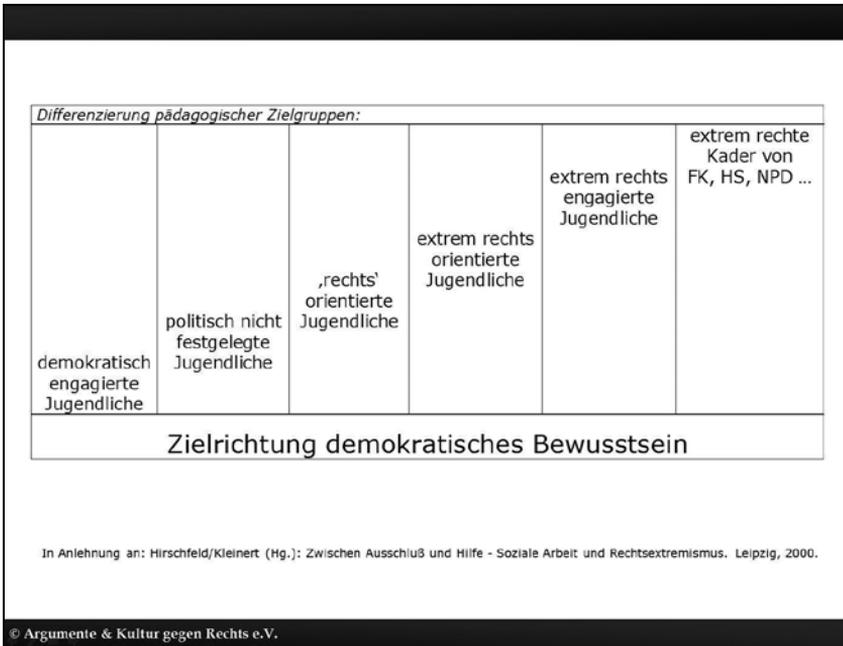


Abbildung 5

Aus dem Kontext meiner beziehungsweise unserer pädagogischen Arbeit mit unserem Verein Argumente & Kultur gegen Rechts e.V. und darüber hinaus vertreten wir die Auffassung, dass in der offenen Jugendarbeit eine vernetzte Arbeit unerlässlich ist (Abbildung 6). Alle wichtigen Instanzen sollten, wenn möglich und insofern es als notwendig erachtet wird, mit eingebunden werden. Sicher zu stellen ist, dass das Vertrauensverhältnis gegenüber dem Jugendlichen dabei nicht verletzt wird. Der Vorteil vernetzter Arbeit liegt auf der Hand: In der Abstimmung eines pädagogischen Ziels mit anderen pädagogisch Handelnden (auch ein Fußballtrainer ist in gewisser Hinsicht Pädagoge, auch wenn er nicht als solcher ausgebildet wurde, was nicht abwertet verstanden werden sollte) ist unter Umständen besser sichergestellt, dass die gefassten Ziele erreicht werden können.

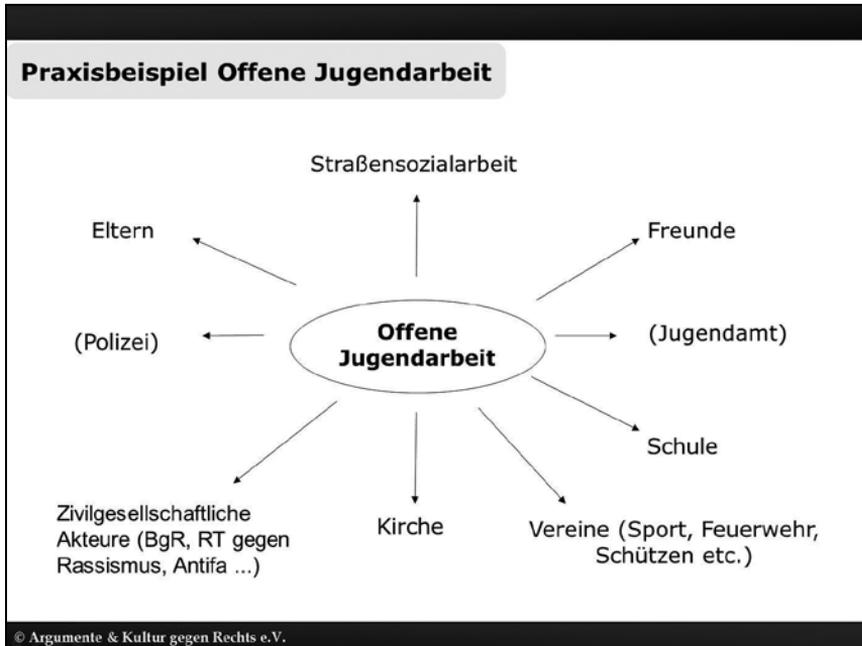


Abbildung 6

Wichtig ist festzuhalten, dass eine pädagogische Intervention / Handlung stets vom Einzelfall ausgehen muss und sich pädagogisch auch an diesem Einzelfall orientieren muss. Dafür ist es nicht zwangsläufig notwendig sich ein Expertenwissen in Bezug auf die extreme Rechte oder den RechtsRock anzueignen. Unerlässlich ist es aber, selbst über ein gefestigtes demokratisches Bewusstsein zu verfügen, damit der Jugendliche den Pädagogen / die Pädagogin auch als authentisch und glaubhaft akzeptieren kann.

Ursachen, Formen und Motive von (Rechts-)Nationalismus und Rassismus in der Einwanderungsgesellschaft

Kemal Bozay

Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus sind im Einwanderungsland Deutschland sehr verbreitete und bekannte Phänomene. Derartige demokratiefeindliche, menschenverachtende und ungleichwertige Tendenzen und Einstellungen finden sich jetzt nicht nur unter Menschen der Mehrheitsgesellschaft, sondern haben inzwischen auch einen Verbreitungsgrad innerhalb der Einwanderungsgesellschaft.

In vielen Studien sowie Forschungen zu Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur antirassistischen Bildungsarbeit wurden ultranationalistische, antidemokratische, rassistische wie auch antisemitische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund bislang größtenteils ausgeblendet. Dennoch wird seit einigen Jahren sowohl in der Praxis als auch in der Migrationsforschung eine Diskussion darüber geführt, ob es eine spezifische Form von Rassismus und Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft gibt. Fakt ist, dass gerade in diesem Kontext die Rechtsextremismus- und Rassismusforschung in Deutschland seit jüngster Zeit in eine sehr sensible und ungewohnte Konfrontation geraten ist. Die Problematisierung eines migrantischen Rechtsextremismus und Rassismus steht vorerst im gesellschaftspolitischen Diskurs konträr zur rassismuskritischen Auseinandersetzung hierzulande, der „Migranten primär als Objekt und nicht als Subjekt von Diskriminierung und Ausgrenzung wahrnimmt; und sie wird überlagert von einem mitunter äußerst aggressiv geführten muslimenfeindlichen Diskurs in Teilen der Medien, der Politik und auch der Wissenschaft“¹.

Gerade im Zuge der Globalisierungsprozesse haben Re-Ethnisierungs- sowie Nationalismustendenzen eine Revitalisierung erfahren und auch die Religion hat eine neue Bedeutung gewonnen. Muslimenfeindlichkeit (Islamophobie) einerseits und extrem-islamistische sowie nationalistische Einstellungen andererseits nehmen an Bedeutung zu. Mit dem Ende des sogenannten Kalten Krieges haben ethnisch-nationalistische Auseinandersetzungen im globalen Kontext enorm zugenommen. Daher rückt in der gesellschaftspolitischen Diskussion in den letzten Jahren verstärkter die Problematik kultureller und politischer Identitäten in das Blickfeld der sozial-politischen Auseinandersetzungen. Diskutiert wird vor allem die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle und nationale Differenzen auf die gesellschaftlichen Prozesse insgesamt haben.

(Rechts-)Nationalismus, Rassismus, Heimatliebe, Patriotismus Zur begrifflichen Dimension des Phänomens

Zunächst wird in der differenzierten Analyse und Darstellung dieses aktuellen Problemfeldes einem Begriffsdilemma begegnet, das seine Ursachen in der Darstellung von verschiedenen Phänomenen hat. So geht es in dieser Diskussion einerseits um eine neue überhöhte Form von Islamismus und andererseits um Merkmale von (Ultra-)Nationalismus und Rassismus in

verschiedenen Einwanderercommunities, die sich zweifelsohne auf nationalistische Überhöhungen und die Abwertung anderer Gruppen und Minoritäten stützen. Dabei ist im soziologischen Sinne intensiv der Frage nachzugehen, ob ein (ultra-)nationalistisches Verhalten eines türkei- oder kroatiensstämmigen Jugendlichen hierzulande eher einen Nationalismus, Heimatstolz, Patriotismus oder auch einen Rechtsextremismus widerspiegelt. In diesem Kontext sollte kein Begriffsdilemma geschaffen, sondern vielmehr die auftretenden Inhalte und Phänomene sowie ihre gesellschaftlichen Formen und Auswirkungen klargestellt und konkretisiert werden. Eine begriffliche Auseinandersetzung ist ebenso zwischen den Phänomenen Islamismus und ethnischer Nationalismus zu beobachten. So sind nicht alle islamistischen Einstellungen unbedingt ethnisch-nationalistisch, nicht alle ethnisch-nationalistischen Handlungsmuster sind unbedingt islamistisch, obwohl es sicherlich untereinander enge Verbindungen und Korrelationen gibt.

Zusammengefasst kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei diesem Phänomen um eine deutliche Einstellung handelt, die von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht. Dies zeigt sich im politischen und im sozialen Bereich. Es geht nicht nur darum, welche sozialen Einstellungsmuster der/die Einzelne hat, sondern damit geht auch eine politische Wertung und Wirkung einher. Richard Stöss konstatiert hieraus: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“²

Einen neuen Diskurs prägt ebenso der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer mit dem Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, der sich sehr stark auf seine Forschungen zum gesellschaftlichen Desintegrationstheorem und -phänomen stützt. Die Begriffsimplication „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zielt nach Heitmeyer darauf, feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen hierzulande zu erfassen und zu systematisieren. Als gemeinsamer Kern der diesem Begriff zugeordneten Phänomene wird auch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit erkannt – die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft werden dabei in Frage gestellt. Heitmeyer spricht in dieser offenen und verdeckten Form von Menschenfeindlichkeit zugleich von einem „Syndrom“, das verschiedene diskriminierungsbezogene Symptome oft gleichzeitig oder korreliert auftreten lässt.³

In den öffentlich geförderten Projekten „Zeichen setzen!“ der Alevitischen Gemeinde Deutschland und „AufRecht“ des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA NRW) geht es auch um die verschiedenen Facetten und Formen der (rechts-)nationalistischen, rassistischen und islamistischen Einstellungen unter Migrationsjünglingen in Deutschland. Beide Projekte versuchen pädagogische Handlungsstrategien zu entwickeln und nutzen dabei die Begriffe „antidemokratische“ oder „demokratiefeindliche“ Tendenzen unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich zweifelsohne auch auf die verschiedenen Diskurse der Ungleichwertigkeitsideologie stützen.

Eine andere Betrachtungsweise zeigt: Während die alltäglichen Diskriminierungen verstärkt von denjenigen beachtet werden, die gut deutsch sprechen und viel mit Deutschen zu tun haben, beachten diejenigen, die sich nach wie vor mehr der Herkunftsregion verbunden fühlen eher die Entwicklungen in und Berichte aus diesen Ländern. Werden die Ergebnisse zu diesen beiden Punkten zusammengezogen, dann kann von einem „ethnischen Nationalismus“⁴ als eine der zutreffenden Beschreibungen für die Einstellungen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die extrem rechte und rassistische Einstellungen vertreten gesprochen werden. Es ist ein Rückzug auf die Konstruktion von Ethnizität, verbunden mit diversen Mythen und der „Hochschätzung der eigenen Nation und mit der Geringschätzung, der Verachtung gegenüber anderen Nationen, ethnischen Gruppen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten“⁵. In Bezug auf die Herkunftsländer gibt es die Phänomene Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus. Hinzu kommt, dass diese Einstellung weder bildungs- oder milieuhängig noch vom Alter abhängig ist. Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen Frauen und Männern. Einstellungen im sozialen Bereich finden sich bei beiden; Einstellungen im politischen Bereich verstärkt bei Männern, zumindest sprechen diese mehr darüber. Auf der Verhaltensebene treten die Männer mehr in den Vordergrund. Die Aktivitäten extrem rechter Menschen mit Migrationshintergrund zielen letztendlich auf die Herkunftsregion.

Fakt ist, dass all diese Phänomene sowohl in der sozialwissenschaftlichen als auch in der Rechtsextremismusforschung als neue Phänomene bekannt sind. Es gibt derzeit in der interdisziplinären Forschung auch keine gemeinsame Definition für all diese Phänomene. Daher kann dieser Prozess einer Begriffsbestimmung auch nicht als ein abgeschlossener Schritt definiert werden. Vielmehr gibt es innerhalb der Forschung Bestrebungen, eine gemeinsame Definition zu vertiefen.

Ethnisch-kulturelle und nationale Tendenzen als Folge der Globalisierung

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist verstärkter zu beobachten, dass ethnisch-nationalistische Auseinandersetzungen im globalen Kontext enorm zugenommen haben. Im Rahmen der Globalisierungsdiskussionen rückt daher in den letzten Jahren die Problematik kultureller und politischer Identitäten in das Blickfeld der politischen Auseinandersetzungen. Diskutiert wird vor allem die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle und nationale Differenzen auf die Beziehungen haben.

Insbesondere in der Phase der „Wiedergeburt des Nationalismus“ in Europa wurde die Problematik kultureller und politischer Identitäten zu einem Phänomen der wissenschaftlichen Diskussion, das vor allem durch die Ansichten von Samuel P. Huntington eine neue Dimension erreichte. Huntington hat in seinem Werk *The Clash of Civilizations* (Kampf der Kulturen) den Raum für eine neue Diskussion eröffnet. Er argumentiert, dass jede Zivilisation ihre eigenen fundamentalen Wertmaßstäbe besitzt und diese gegen andere Zivilisationen verteidigt. Auch den im Titel zum Vorschein tretenden „Kultur“-Begriff beschränkt Huntington nicht auf eine fest umrissene, kulturelle Menschengruppe, sondern bezeichnet diese als einen offenen Prozess, der sich jedoch nicht wechselseitig bereichern kann. So bildet der Begriff

„Kampf“ nach Huntington eine Schlüsselkategorie neben dem „Kultur“-Begriff. In Anlehnung an seine Thesen warnt er vor Kernkonflikten zwischen unterschiedlichen Kulturen und Zivilisationen. Vor allem bezieht sich Huntington dabei auf religiöse Konflikte, die andere Kulturen, vor allem aber den Islam, zur Zielscheibe machen. Mit seinen Äußerungen schürt Huntington Hass auf Fremde und schafft damit einen Nährboden für die Reproduktion von Feindbildern.

Selbstethnisierung als Reaktion auf Diskriminierung und Zuschreibungen

Das Resultat einer Verflechtung und Diffamierung ist immer eine Negativspirale: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderer/inne/n abschotten, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der Zugewanderten aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der Fremdethnisierung der Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von Migrant/inn/en in die eigenen ethnischen Nischen zu verzeichnen – eine Art Selbstisolation. Dieser Prozess ist ebenso als eine Reaktion auf ethnisierende Zuschreibungen zu verstehen. Zweifelsohne ist davon auszugehen, dass gerade in einem solchen Klima Fremd- und Selbstethnisierung sich gegenseitig bedingen: Durch vielseitige ökonomische, politische und soziale Differenzierungen hindurch werden die Migrant/inn/en kollektiv zu im Grunde fiktiven Gemeinschaften und als solche zu einer ethnischen Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft gedrängt. Dies führt größtenteils dazu, dass sie sich verstärkt von den Werten dieser Gesellschaft verabschieden und ihre Identität in den ethnischen Strukturen der Herkunftsgesellschaft und in entsprechenden Überlieferungen wieder finden. Die Sozialwissenschaftler Bukow und Llaryora gehen sogar davon aus, dass ethnische Minoritäten sich unter den Bedingungen der Marginalisierung und Ausgrenzung „selbst“-ethnisieren bzw. ethnisch re-definieren: „Infolgedessen werden Migranten, die aus eher peripheren Zonen kommen, und im Zentrum auf neuartige Lagen stoßen und deshalb krisenhafte Situationen erleben, genau solche Bestände reaktivieren; es werden Italiener oder Türken in der Bundesrepublik eine intensive Religiosität zeigen, sie werden sogar religiöser werden als sie früher jemals waren.“⁶

Dieser wechselseitige Prozess der Ethnisierung funktioniert beispielsweise auch durch die Medienberichterstattung, die dazu beiträgt, verschiedenen ethnisch definierten Bevölkerungsgruppen bestimmte Merkmale zuzuschreiben. Diese Merkmale verfestigen sich im öffentlichen Bewusstsein zu negativen Fremdbildern und werden als Klischees wahrnehmungs- und handlungsleitend. Dies spiegelt sich z.B. in der Diskussion über das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft, in der Debatte um Jugendkriminalität und nicht zuletzt in der Islam-Diskussion wider.

Man sieht: Gerade bei Migrationsjugendlichen, die hier geboren und aufgewachsen sind, drückt sich ein Identitätsdilemma besonders stark aus. Wohin gehören sie? In die Aufnahmegesellschaft, von der sie abgewiesen werden? Oder in die Ethnie, in der sie für manche als „Deutschländer“ (*Alamanci*) gelten? Hier ist eine verstärkte Tendenz in Richtung rechts-nationalistische, islamistische und antisemitische Einstellungen und auch Strukturen zu beobachten, die insbesondere Ausdruck einer Hinwendung zu männlich dominiertem politischem Extremismus sind. Gerade die verweigerte Anerkennung der eingewanderten Minoritäten begünstigt diese bedrohliche Politisierung ethnischer Differenzen.⁷

In den letzten Jahren ist stärker zu beobachten, dass der Einfluss extrem rechter und ultranationalistisch-islamischer türkischer Organisationen, wie die *ADÜTF* (Föderation der Idealistenvereine in Europa) und *ATB* (Europäisch-Türkische Einheit) und *ATIB* (Türkisch Islamische Union Europa), bundesweit einen Zuwachs verzeichnet. Vor allem haben sich diese Organisationen überall zu Selbsthilfeorganisationen entwickelt, die Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Fußballclubs, Moscheen und das soziale Leben der türkischsprachigen Zuwanderer/innen ausüben und vor allem auch eine wichtige Basis unter männlichen Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte gewinnen konnten. Sie propagieren vor allem die Mobilisierung des „Europäischen Türkentums“ als ideologische Repräsentanz für die türkisch-islamische Identität hierzulande. Ebenso werden nationalistische Ideologien konfliktartig gegen ethnische Minoritäten verbreitet. Entstanden ist in diesem Kontext eine neue Form von Rechtsextremismus, nämlich der „ethnische Nationalismus“. Auch wenn viele Jugendliche aus Köln, Hamburg, München oder Nürnberg nicht wissen, welche politische Ideologie und Praxis die *Grauen Wölfe* vertreten, beteiligen sich viele an deren nationalistischer Mobilisierung. Großen Zulauf erhalten sie vor allem, wenn die nationalistische Stimmung bereits besonders aufgeheizt ist und Konflikte aus dem sogenannten Mutterland Türkei transportiert werden. Im Zuge der rassistisch motivierten Brandanschläge in Mölln und Solingen sowie der Auseinandersetzungen mit der Kurden- und Armenier-Thematik zeigten sich nationalistische Mobilisierungen; und auch deutsch-türkische Rap-Gruppen wie *Cartel* beeinflussten mit nationalistischen Texten muslimische Jugendkulturen.⁸ Hinzu kommen gegenwärtig auch bestimmte Mobilisierungsoffensiven durch neue Medien, wie Web 2.0 und verschiedene Internetforen.

Zur Ideologie der Grauen Wölfe

Die ideologisch-politische Umformung der türkischen *Nationalistischen Bewegungspartei MHP* in eine rechtsextrem-nationalistische Partei fand in den 1960er Jahren statt. Die rechtsextreme Bewegung in der Türkei basiert ideologisch auf einem Konglomerat von verschiedenen nationalistischen und islamischen Diskursen.⁹ So spiegeln sich diese Diskurse auch in den unterschiedlichen rechtsextremen und islamistischen Bewegungen und Organisationsformen wider, deren Anhänger/innen und Aktivist/inn/en im Allgemeinen als *Graue Wölfe* bezeichnet werden.

Idealistischer Nationalismus (Ülkücülük)

Ausgangspunkt der politischen Ideologie der *MHP* ist ein idealistischer Nationalismus. Dieser beinhaltet einen ausgeprägten Rassismus gegenüber allen nicht-türkischen Bevölkerungsteilen. Im Zentrum steht eine vielseitige Propaganda gegen Linke, Sozialisten und demokratische Institutionen, wie Gewerkschaften. In Anlehnung an den idealistischen Nationalismus hat *Alparslan Türkeş*, Führer der Bewegung *Graue Wölfe*, die „Neun-Strahlen-Doktrin“ für eine nationalistische Türkei geprägt.

Türkisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi)

Das Konzept der „Türkisch-Islamischen Synthese“¹⁰ als gegenwärtiges Kernideologem des türkischen Rechtspopulismus und -nationalismus wurde in den 1970er Jahren im Umkreis des

„Heims für Intellektuelle“ (*Aydınlar Ocağı*) entwickelt. Dieser Zusammenschluss rechtspopulistischer Wissenschaftler/innen, Unternehmer/innen und Publizist/inn/en verstand sich im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses als ein Gegenpol zu dem Einfluss linker Ideen. Die zentrale Kernimplikation der „Türkisch-Islamischen Synthese“ ist die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkischen nationalen und islamischen Bestandteilen in der türkischen Geschichte. Ferner ist sie der Versuch, eine neue türkische Identität aufzubauen, in der türkisch-nationalistische Elemente mit islamischen Elementen korreliert und verbunden werden. Politischen Rückhalt findet die „Türkisch-Islamische Synthese“ als Kernideologem des Rechtspopulismus, -nationalismus und -islamismus in allen konservativ-nationalistisch und islamistisch orientierten Bewegungen, vom rechtsextremen Lager bis hin zu national-konservativen sowie islamistischen Parteien. Die Wende zum Islam war insbesondere für die rechts-extreme Bewegung in der Türkei sehr nützlich. Sie diente als „Rekrutierungsfaktor“ für die Beeinflussung islamischer Teile.¹¹

„Europäisches Türkentum“ als rechtspopulistischer Begriff

Innerhalb der türkisch-rechtsextremen Organisationen in Deutschland wurde in den letzten Jahren der Begriff des „Europäischen Türkentums“ (*Avrupa Türklüğü*) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die Migrantinnen und Migranten in Europa gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben, aber dennoch eine türkisch-islamisch-nationalistische Identität weiter verbreiten sollen. In einer Dokumentation der *Türk Federasyon* heißt es dazu: „Die Türk Federasyon hat für unsere in Europa lebenden Menschen, die bisher als Fremde und manchmal als Deutschländer gerufen wurden, die richtige Bezeichnung des Europäischen Türkentums betont und diese anerkennen lassen.“ Genutzt wurde dieser ideologische Sammelbegriff zuerst durch *Alparslan Türkeş*, der 1995 auf einer Jahreshauptversammlung der *Türk Federasyon* diese Bezeichnung geprägt und seine Gefolgschaft zur aktiven Politik in Deutschland aufgerufen hat.

Der Sammelbegriff „Europäisches Türkentum“ entspricht auch der Logik des „Werde Deutscher, bleibe Türke“. Nahezu alle türkisch-rechtsextremistischen Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Vor allem werden sie auch dazu motiviert und aufgefordert, in allen institutionellen, politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen ihre Existenz bzw. ihr türkisches Dasein verstärkt zu präsentieren. Sie sollen zwar die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, doch diese für türkisch-nationale Interessen und die Bildung einer starken türkisch-nationalistischen Lobby nutzen. Insbesondere geht es dabei auch um die Rekrutierung und Motivierung von türkischsprachigen Jugendlichen der zweiten oder dritten Generation, die in diesem Land geboren oder aufgewachsen sind und häufig ein Identitätsdilemma erleben. Sie sollen durch die Prägung dieses Begriffes politisiert und für die türkisch-rechtsextremen Organisationsstrukturen mobilisiert werden.

Wenn von einem Sammelbegriff des „Europäischen Türkentums“ gesprochen wird, so ist das nicht nur eine soziologische Bezeichnung. Längere Zeit wurde beispielsweise sowohl in nationalistischen als auch in etablierten Kreisen von dem „östlichen Türkentum“ (*Doğu Türklüğü*), das ist der Raum von Aserbeidschan bis zur Mongolei, und dem „westlichen Türkentum“ (*Batı Türklüğü*), was in etwa der gegenwärtigen Türkei entspricht, gesprochen. Nun gibt es außerdem das „Europäische Türkentum“ (*Avrupa Türklüğü*) als drittes Glied.

Mythologien und Symbole der Grauen Wölfe

Die rechts-nationalistischen Parteien und Bewegungen in der Türkei nutzen in ihrer Symbolik vor allem die „Drei Halbmonde“. Die beiden Parteien, die sich als *Ülkücü* bezeichnen (*BBP* und *MHP*), haben Fahnen mit drei Halbmonden. Der einzige Unterschied zwischen beiden Fahnen besteht in ihren Farben: Während die Fahne der *BBP* grün ist, ist die Fahne der *MHP* rot. Die Farbe Grün stellt in der Türkei die islamistische Richtung dar. Dementsprechend betont die *BBP* stärker religiöse Elemente als die *MHP*. In der Geschichte signalisiert dieses Symbol auf grünem Hintergrund die Fahne des Osmanischen Reichs. Gegenwärtig werden damit die türkische Vergangenheit sowie die „imperialen Konnotationen“ verherrlicht. Der Mythos des Grauen Wolfes symbolisiert dabei die Militanz der Bewegung. Hinzu kommt auch die Symbolik des Wolfgrußes (als Handzeichen), der gerade bei Begrüßungen und auch beim Skandieren von Parolen hervortritt.

Interessant ist, dass gerade auf Websites von nationalistisch orientierten türkischen Jugendlichen in Deutschland häufig der Jugend-Eid der *Grauen Wölfe* präsentiert wird. Dieser Eid betont aggressiv einen islamisch geprägten Nationalismus: „Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge; Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein. (...) Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut. Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist. Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken, wir werden siegen, siegen, siegen. Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen.“

Dieser Eid weist stark nationalistisch-islamische Komponenten auf und ist eine Art Fahneid oder Treuegelöbnis, bei dem der psychologische Kampfaufruf für die Errichtung einer nationalistischen Türkei eine starke Betonung erhält.

„In Deutschland haben sie uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind!“

„In Deutschland haben sie uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind“ erzählt der 24-jährige Student Servet¹² aus Frankfurt/Main und führt fort: „(...) Ich habe dann auch den Verein *Ülkü Ocağı* kennen gelernt. Habe in diesem Verein fünfmal die Woche Kampfsport betrieben und hing hier viel rum. (...) Ich war damals 15 Jahre gewesen. Dann habe ich hier Vereinsseminare besucht und heute identifiziere ich mich ganz mit der Ideologie der Grauen Wölfe.“ Für ihn sind es die vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen, die seinen Rückzug aus den Werten dieser Gesellschaft ausgelöst haben. Gerade der rassistische Brandanschlag in Solingen war für ihn eine eindeutige Wende: „Solingen hat bei mir eine Gegenreaktion zur Integration ausgelöst. Ich habe angefangen, Abscheu vor den Deutschen zu haben. Dann hab' ich alles unternommen, was meinen Unterschied zu den Deutschen ausmachte; vom Aufhängen der türkischen Fahne bis hin zum nur Türkisch-Sprechen. Ich war dann stolz Türke zu sein.“

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion kritisieren Wolf-Dietrich Bukow und Roberto Llaryora zu Recht, dass durch Zuschreibungen („Askription“) angebliche kulturelle Identität erst in Form von „Ethnogenie“ produziert und hochstilisiert wird. Dadurch werde „Fremdheit“ nicht abgebaut, sondern durch diese unterschiedlichen Zuschreibungsprozesse ständig neu erzeugt. Demnach kann sich die aktuelle Diskussion über „Migration“, „Ethnizität“ und

„Interkulturalität“ keineswegs nur auf Integrations-, Assimilations- oder Akkulturationsprozesse von Individuen oder Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft beziehen, sondern muss die Realität der Migrationssituation und die Faktizität einer Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland kritisch bearbeiten.¹³

Für den 18-jährigen Kölner Schüler Ahmet, der seine politische Identität als Jugendleiter im Türkischen Idealistenheim in Köln gefunden hat, sind es nahezu ähnliche Gründe: „Weil ich erstens Türke bin. Also, das steht fest. Schon seit meiner Kindheit werde ich hier als Knoblauchfresser beschimpft. So kann ich mich nicht an die deutsche Kultur adaptieren. (...) denn ich denke türkisch, lebe türkisch und spreche türkisch. Hier lernen Jugendliche, dass sie Türken sind. Richtige Türken sollen sie werden.“ Der 17-jährige Schüler Alperen, aktiv im Idealistenheim Köln, sieht seine türkische Identität in der strikten Verbindung zwischen türkischem Nationalismus und Islamismus: „Wenn man Türke sagt, dann muss es nationalistisch sein. Türke ist jemand, der sein Volk, Koran, Allah, Stolz, Ehre, Traditionen, Land, Fahne, seine Vergangenheit kennt.“ Gerade in dieser Aussage kommen auch traditionell benutzte Männlichkeitsbilder wie „Stolz“, „Ehre“ und „Vaterland“ zum Ausdruck, die wiederum für viele Jungs eine Orientierung bieten sollen. „Die Bedeutung der drei Halbmonde ist: Moral, Glaube und Gerechtigkeit. Wenn alles zusammenkommt, dann ist man ein richtiger Türke. Ich meine, gelernt hab‘ ich den Deutschen zu zeigen, dass wir Türken und Moslems sind“, führt er weiter fort.

Das Bild, mit dem all diese Jugendlichen ihre Vorstellungen vom „idealen muslimischen Türken“ beschreiben, stützt sich auf die Mythologie des Grauen Wolfs, jenes mythischen Tieres, das angeblich die Turkstämme vor der Unterjochung durch den Feind gerettet und sie von China nach Kleinasien geführt hätte. Auch hier kommt die männliche Stärke zum Ausdruck. „Der Graue Wolf passt ganz zum Türken. Er ist unser nationales Symbol. Den Wolf kann man nicht anketten oder einsperren, auch also den Türken nicht. Er lässt sich nicht anketten, befehlen und unterdrücken. Er würde aufstehen und auf den Tisch hauen“, bekräftigt der 17-jährige Cem aus Duisburg.

Neben der Herkunftsregion ist die Religion bei vielen Jungen ein wichtiger Bezugspunkt bei der Suche nach Zugehörigkeit und Identität. Dahinter steht nicht selten die Wahrnehmung, als Muslime nicht akzeptiert zu werden. Bei manchen Jugendlichen verbindet sich diese (Rück-) Besinnung auf Religion oder Herkunftsland der Eltern oder Großeltern zudem mit einer ausdrücklichen politischen Botschaft. Der starke Bezug auf die religiöse oder ethnische Herkunft ist ein Versuch von Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen als fragil erfahrene eigene Person zu stärken indem sie sich auf eine kollektive Identität beziehen.

Ursachen der Distanz-Ideologie: Mobilisierung des „Europäischen Türkentums“

Begleitet werden all diese Jugendbiografien, die von türkischen (rechts-)nationalistischen Vereinigungen mobilisiert werden, von Ausgrenzungserfahrungen, Perspektivlosigkeit, Bildungsdefiziten und Chancenungleichheit auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Erfahrungen zeigen, dass Chancenungleichheit und Diskriminierungserfahrungen bei Migrationsjugendlichen häufiger dazu führen, dass sie sich mehr denn je aus der Mehrheitsgesellschaft und von deren Werten abgrenzen, zurückziehen und ihre eigene Welt suchen. Öffentlich-politische sowie mediale Diskussionen wie über das pauschalisierte Gewaltbild von jungen

Migranten/inn/en, das Zuwanderungsgesetz, der Kopftuchstreit, das Feindbild Islam, die Anti-Moscheebewegungen u.ä. schaffen die Basis für eine gesellschaftliche Polarisierung, Distanz und den Rückzug in ethnische Nischen. Die Konsequenzen dieser Distanz-Ideologie sind gegenwärtig am stärksten in Stadtteilen mit hohem Migrant/inn/enanteil spürbar. So auch in zahlreichen Schulen und Jugendeinrichtungen mit hohem türkischsprachigen Migrant/inn/enanteil. Durch ihren öffentlich stärkeren Auftritt stehen dabei Jungen stärker im Fokus. Ein zentrales Ergebnis dieser Distanz-Ideologie ist nicht zuletzt die (rechts) nationalistische Mobilisierung des „Europäischen Türkentums“.

Für eine interkulturelle und antirassistische Jugendarbeit

In der Analyse der politischen Einstellungen der türkeistämmigen Jugendbiografien wird deutlich, dass in der Jugendarbeit interkulturelle und antirassistische Aspekte eine immer stärker werdende Relevanz besitzen. Daher werden in der interkulturellen Arbeit mit Migrationsjugendlichen, die mit ethnisch-rechtsextremen Ideologien konfrontiert sind, dringend pädagogische und bildungspolitische Präventions- und Interventionsansätze benötigt, die antirassistisch ausgerichtet sein müssen. Die gegenwärtige Jungenarbeit zielt auf Prävention ab, um Konflikte und Krisen von vornherein zu verhindern. Vor allem ist es für die gegenwärtige pädagogische Arbeit wichtig, dass sich in einem solchen Zusammenhang alle entsprechend ihrem Kontext aktiv beteiligen: die Jugendlichen und Heranwachsenden (als Handelnde), die Bezugspersonen, Pädagog/inn/en (als Akteure und Beobachter/innen erster Ordnung) sowie Politiker/innen u.a. (als Akteure und Beobachter/innen zweiter Ordnung). Diese Ansätze sind vielversprechend, weil hier die involvierten Jugendlichen nicht als Objekt von Sozialarbeit und Pädagogik behandelt, sondern als Partner ernst genommen werden. Die geschlechtsbezogene und interkulturelle Kompetenz zeichnet sich insbesondere durch die wachsende Fähigkeit aus herauszufinden, in welchen Situationen – hier – die/der Einzelne es für wichtig empfindet, kulturelle, geschlechtstypische, soziale und persönliche Differenzen zu betonen.

Antirassistische und interkulturelle Praxisansätze sollten in ihren Inhalten jede mögliche Form von Rechtsextremismus und Rechtsnationalismus zwar ablehnen, aber die Jungen mit Migrationshintergrund dabei nicht vorschnell etikettieren. Vielen Migrationsjugendlichen ist es nicht bewusst, welche ideologischen Konstellationen sich hinter diesen Organisationsformen verbergen. Meist sind es auch Stigmatisierungserfahrungen, die sie zur Suche nach Gemeinschaften drängen, in der ihre Identitäts- und Zugehörigkeitsdiffusion scheinbar überwunden wird. Aber auch familiäre und gruppenspezifische Motive führen dazu, dass rechtsextrem-islamistische Organisationen als Anlaufstelle fungieren.

Vor diesem Hintergrund sollten in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen kulturelle oder religiöse Eigen- und Besonderheiten weniger als Problem denn als Kompetenz und Bereicherung anerkannt werden. Gerade in der Verbindung von geschlechterbezogener und interkultureller Arbeit kann sich die stärkenorientierte Förderung als gewinnbringend erweisen, wie sich bei der flexiblen Gestaltung von kulturell und geschlechtlich geprägten Handlungsmustern bei türkischen Jungen verdeutlichen lässt.

Dies geht nur in einem Dialog, in dem kulturell konnotierte Konflikte offen, auf gleicher Augenhöhe und im Bemühen darum behandelt werden, unterschiedliche Perspektiven wahrzunehmen und zu respektieren. Auf diese Weise können pauschale Abgrenzungen von Migrationsjugendlichen in homogene Gruppen („Wir“ und „Die“) infrage gestellt und gegenseitige Abwertungen vermieden werden. Zudem sollten pädagogische Maßnahmen darauf zielen, dass Jugendliche Erfahrungen von Selbstwirksamkeit machen: Sie sind besonders dazu geeignet, das Individuum unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu stärken.

Diesen Balanceakt herzustellen unter Zunahme des Blickwinkels von existierenden gesellschaftlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen aufgrund der kulturellen Herkunft von Jugendlichen erfordert von allen Fachkräften in der (interkulturellen) Jungenarbeit ein hohes Maß an Sensibilität und Kompetenz – insbesondere auch im Kontext der Arbeit mit Jugendlichen, die rechtsnationalistischen Einstellungen nahe stehen.

Darüber hinaus geht es aber auch um politische Signale: Die bisherige Praxis stellte Deutsche und Migrant/inn/en meist einander gegenüber und war vor allem darauf ausgerichtet, Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Gefordert ist aber vielmehr die Bereitschaft, ernst zu machen mit der Einwanderungsgesellschaft. Und dabei eröffnet gerade die interkulturell ausgerichtete Arbeit mit Jugendlichen, die sich unterschiedlichen Herkunftskulturen verbunden fühlen, die Chance, wechselseitigen Zuschreibungen vorzubeugen und miteinander zu lernen statt nur übereinander zu sprechen.

¹ Stender, Wolfram: Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland, in: *Migration und Soziale Arbeit*, 3-4/2008, S. 284.

² Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*, Herausgegeben durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, S. 60-61.

³ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Band 7, Frankfurt/Main 2008.

⁴ Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts. 2005, S. 9.

⁵ Ebd., S. 132.

⁶ Bukow, Wolf-Dietrich/Roberto Llaryora: *Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten*, Opladen 1988, S. 45.

⁷ Vgl. Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“ - Ethnischer Nationalismus unter jungen Muslim(inn)en, in: *Bundschuh S./B. Jagusch/H. Mai (Hrsg.): Facebook, Fun und Ramadan. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher*, Düsseldorf 2009, S. 123ff.

⁸ Ebd., S. 60.

⁹ Vgl. Bora, Tanil: *Devlet, Ocak, Dergah. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket [Staat, Heim, Gebetsstätte. Die idealistische Bewegung vom 12. September bis in die 1990er]*, Istanbul 1995; Aslan, Fikri/Kemal Bozay: *Graue Wolfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland*, Münster 2000.

¹⁰ Vgl. Zeller-Mohrlock, Dagmar: *Die Türkisch-Islamische Synthese. Eine Strategie zur Kanalisierung innenpolitischer wirtschaftlicher Konflikte in der Türkei in den 80er Jahren*, Bonn 1992.

¹¹ Vgl. Werle, Rainer/Renate Kreile: *Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei*, Hamburg 1987.

¹² Die Namen der interviewten Jugendlichen sind in diesem Beitrag anonymisiert.

¹³ Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich/Roberto Llaryora, a.a.O., S. 19ff.

Das Bürgerforum Gräfenberg „Gräfenberg ist bunt“

Kurzbilanz zivilgesellschaftlichen Engagements in der fränkischen Provinz

Marius Köstner

Das Bürgerforum Gräfenberg „Gräfenberg ist bunt“ (im Folgenden als „BüFo Gräfenberg“ bezeichnet) ist weit über die Grenzen Ober- und Mittelfrankens hinaus bekannt. Die Arbeit und Aktionen der zivilgesellschaftlichen Organisation gelten als beispielhaft; eine breite Anerkennung der Verdienste wird durch die zahlreichen Auszeichnungen verdeutlicht, die dem BüFo Gräfenberg über die Jahre verliehen wurden. Von 2006 bis 2009 wurde die kleine Stadt am Rande der Fränkischen Schweiz Schauplatz von über vierzig neonazistischen Aufmärschen. Das BüFo Gräfenberg schaffte hierzu einen Gegenpol, kommentierte die Aufmärsche und die menschenverachtende Ideologie der neonazistischen Akteure und trug schließlich dazu bei, dass Gräfenberg – zumindest im Moment – kein Aufmarschgebiet fränkischer Neonazis mehr ist und in der Öffentlichkeit positiv als Ort für vorbildlichen zivilgesellschaftlichen Widerstand wahrgenommen wird. Früher war Gräfenberg bekannt für seine Kleinbrauereien, heute kennt man Gräfenberg zwar weiterhin für sein Bier und die Ritter-Wirnt-Festspiele, aber mindestens genau so bekannt sind die „Braunen im Weggla“ (Fränkische Bratwürste im Brötchen) oder das Open-Mind-Festival, stellvertretend für die kreativen Aktionen des BüFo Gräfenberg.

Neben der Auszeichnung als „best-practice“-Projekt durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT, Berlin), dem Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags, dem Würzburger Friedenspreis und Auszeichnungen durch Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Städte zeigt sich diese Wertschätzung auch in der umfangreichen Darstellung in regionalen, überregionalen und sogar internationalen Medien. Doch was macht den Erfolg des BüFo Gräfenberg eigentlich aus? Welche Faktoren trugen und tragen zum Erfolg des zivilgesellschaftlichen Engagements bei? Welche strukturellen Faktoren begünstigen oder behindern die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im ländlichen Raum? Der vorliegende Text kann diese Fragen nicht abschließend klären, kann jedoch zumindest ein Schlaglicht auf einige wichtige Faktoren richten, die den besonderen Erfolg des BüFo Gräfenberg erklären können. Eine umfassende Aufarbeitung der Arbeit des BüFo Gräfenberg steht noch aus, doch kann dieser Beitrag ein erster Schritt sein. Außerdem erhofft sich das BüFo Gräfenberg, dass interessierte Personen und Organisationen Anregungen und Ideen für die eigene Arbeit finden können. Dabei kann das BüFo Gräfenberg sicherlich nicht als Blaupause herangezogen werden, aber im Sinne eines know-how-Transfers vielleicht einige Impulse zur kritischen Reflektion liefern. Im Fokus dieses Aufsatzes steht nicht ein umfassendes Bild neonazistischer Strukturen in der Region, sondern die spezifischen Rahmenbedingungen des Bürgerforums Gräfenberg und dessen Strategie.

Warum eigentlich Gräfenberg?

Strukturelle Faktoren: Ländliche Provinz am Rande der Fränkischen Schweiz

Diese Frage wurde sehr häufig durch Journalist/innen und interessierte Personen gestellt. Warum wird eine Kleinstadt mit etwa dreitausend Einwohner/innen zum Aufmarschgebiet für neonazistische Akteure und zum Kulminationspunkt einer Auseinandersetzung über Menschen- und Weltbilder? Auch die Akteure des BüFo Gräfenberg hätten darauf sicherlich gerne eine Antwort gehabt, doch ein simpler Satz genügt hierfür nicht. Die Ursachen sind multikausal und bleiben teilweise nebulös, da die Beweggründe von Einzelpersonen schwer zu durchschauen sind. Wahrscheinlich spielte auch der Zufall eine Rolle, dass gerade Gräfenberg und das dortige Kriegerdenkmal in den Fokus der Neonazis rückten. Einige strukturelle Faktoren machen Gräfenberg für diese Zielgruppe attraktiv:

- **Relative Strukturschwäche des ländlichen Raums**

Ländlich geprägte Kleinstädte und Gemeinden gelten in einem höheren Maß als anfällig für neonazistische Agitation wegen der impliziten Erwartung, auf wenig Gegenwehr zu stoßen. Es existieren wenige oder keine linken und alternativen Strukturen, weite Teile der Bevölkerung stehen im Ruf eher „konservativ“ zu sein. Im Ballungsraum der Region Nürnberg-Fürth-Erlangen wäre mit mehr Gegenprotest zu rechnen gewesen. Dort stoßen Neonazis auch heute auf funktionierende linke und alternative Bündnisse.

- **Gute Erreichbarkeit**

Trotz des ländlichen Charakters von Gräfenberg ist die Stadt relativ gut erreichbar. Neben der Bundesstraße 2, die direkt durch den Ort führt, existiert mit der Gräfenbergbahn eine direkte Zuganbindung nach Nürnberg und dadurch an das überregionale Schienennetz. Auch die Autobahn 9 verläuft in direkter Nähe und stellt eine Nord- und Süd-Anbindung her.

- **Martialisches Kriegerdenkmal**

Auch andere Ortschaften und Gemeinden in der Fränkischen Schweiz haben ein sogenanntes Kriegerdenkmal. Allerdings muss festgehalten werden, dass die Beschaffenheit des Gräfenberger Denkmals schon besonders hervorsteicht. Vom Michelsberg überragt es die gesamte Stadt und bietet einen weiten Blick in das Tal, durch das sich die Gräfenbergbahn windet. Der Bau ist sehr groß, die Inschriften im historischen Kontext stark nationalistisch und revisionistisch geprägt. Kurzum: Gräfenberg bietet eine beeindruckende Kulisse.

Dies dachte sich wohl auch Ralf Ollert, bayerischer Landesvorsitzender der NPD und Nürnberger Stadtrat der NPD-Tarnorganisation Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), der angeblich bei einer Wanderung in der Fränkischen Schweiz auf das Mahnmal stieß. Ab spätestens 1999 führten regionale Neonazis und Personen der extremen Rechten jährliche Aufmärsche zum Volkstrauertag durch. Bis auf kleinere Proteste blieben diese jedoch eher unbeachtet. Im Jahr 2006 entschloss sich der Stadtrat Gräfenberg das Gelände des Mahnmals an ein Kuratorium zu verpachten, um dadurch zu verhindern, dass dort politische Kundgebungen durchgeführt werden können. Die Reaktion der Neonazis ließ nicht auf sich warten: Der Stadt wurde gedroht, von nun an monatlich nach Gräfenberg zu kommen, bis man wieder freien Zugang erhalten würde und seine jährlichen Kundgebungen ungestört

abhalten könne. Auf diese Drohung hin konstituierte sich ad hoc das Bürgerforum Gräfenberg „Gräfenberg ist bunt“.

Warum eigentlich Bürgerforum? – Der Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements

Ausgangspunkt der Geschichte des Bürgerforums Gräfenberg „Gräfenberg ist bunt“ ist der Aufruf einer engagierten Bürgerin, der 2006 in den *Nordbayerischen Nachrichten* gedruckt wurde. Der Aufruf war spontan, aus dem Bauch heraus, und eine direkte Reaktion auf die Androhung der Neonazis, Gräfenberg nun einmal im Monat heimsuchen zu wollen. Deshalb wurde zu einem ersten Treffen in einer Gräfenberger Wirtschaft aufgerufen und der Zuspruch war größer als erhofft. Zahlreiche Einwohner/innen der Stadt Gräfenberg und der direkten Umgebung wollten diese Drohung nicht unkommentiert lassen. Ohne spezifische Agenda und ohne ausgearbeitete Struktur entstand so das Bürgerforum. Ein Forum, da es ein offener Ort für den Austausch untereinander sein sollte. Sämtliche Strukturen der heutigen zivilgesellschaftlichen Organisation Bürgerforum Gräfenberg entstanden aus diesem basisdemokratischen „Urknall“. Auch heute noch besitzt das BüFo Gräfenberg keine Vereinsstruktur, es existiert keine offizielle Mitgliedschaft. Entscheidungen werden basisdemokratisch und möglichst im Konsens getroffen. Die Treffen des BüFo Gräfenberg werden als Plenum bezeichnet und jede interessierte Person ist dazu eingeladen – solange sie den Grundkonsens hinsichtlich Werten und Maßnahmen teilt. Jedes Plenum, also jede Sitzung der Initiative, ist souverän und kann vorher getroffene Beschlüsse wieder revidieren, falls dies der Wille des Plenums ist. Die Mitglieder haben je eine Stimme. Auch Stadträt/innen, der Bürgermeister oder die evangelische Dekanin befinden sich, wenn sie am Plenum teilnehmen, in dieser Struktur und besitzen keine besondere Stellung aufgrund ihrer Funktion. Die Zielrichtung des Bürgerforums als zivilgesellschaftlicher Organisation entspricht dem eigentlichen Sinn einer zivilgesellschaftlichen Organisation: Von Unten nach Oben! Dieser bottom-up-Prozess unterscheidet die Arbeitsweise des BüFo von einigen anderen Initiativen in der Region. Gerade wenn das „Zivile“ des zivilgesellschaftlichen Engagements gewahrt bleiben soll, muss der Einfluss staatlicher und behördlicher Akteure auf diese Initiativen minimal sein. Elemente des Grundkonsenses sind die Gewaltfreiheit gegen Personen und ein humanistisches Wertbild mit der Gleichheit der Menschen: Menschenrechte sind universell und unveräußerlich. Ansonsten ist die Zusammensetzung des BüFo Gräfenberg äußerst heterogen.

Entsprechend heterogen sind auch die individuellen Einstellungen und die sich daraus ableitenden Beweggründe für ein Engagement im Bürgerforum. Gerade zu Beginn war es vielen Menschen ein Bedürfnis zeigen zu können, dass Gräfenberg „kein braunes Nest“ ist. Diese Abwehrhaltung ist bis zu einem gewissen Grad durchaus legitim, doch der Protest in Gräfenberg hätte nicht diese Kraft und Ausdauer entfalten können, wenn nicht auch eine inhaltliche Überzeugung der Mitglieder vorhanden wäre. An dieser Stelle entwickelte sich im BüFo Gräfenberg sehr schnell die Auffassung, dass Gegenprotest alleine nicht ausreichend sein kann, sondern dass es auch die Aufgabe sein muss, inhaltliche und normative Impulse zu setzen. Auch heute noch ist es ein zentrales Anliegen der Initiative, einen Diskurs über abstrakte Werte und Weltbilder zu führen; hierfür entstand parallel zur Protestbewegung eine Art bildungspolitische Agenda. Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit, Solidarität, Kriege

in der Welt, aber auch historische Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Schlagwörter, die in diesem Programm zu finden sind. Im Rahmen dieses Diskurses gab es beispielsweise den ersten Vortrag in Gräfenberg zur Rolle des Ortes und dessen Einwohner/innen während des NS-Regimes – und das gut sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.¹

Ein weiteres sehr wichtiges Element für den Erfolg des zivilgesellschaftlichen Engagements in Gräfenberg war und ist die enge und sehr gute Zusammenarbeit mit Vertreter/innen der Presse und der Medien. Die Kontakte zu den zwei großen regionalen Tageszeitungen, *Nordbayerische Nachrichten* (inklusive *Nürnberger Zeitung* und der regionalen Ausgaben) und *Fränkischer Tag*, waren sehr eng und von großer Bedeutung für die erfolgreiche Arbeit. Ohne die Unterstützung der regionalen Presse wäre es nicht möglich gewesen, beispielsweise über tausend Menschen zu einem Demokratiefest auf dem Gräfenberger Marktplatz zu mobilisieren. Doch auch die Kooperation mit überregionalen und internationalen Zeitungen, Magazinen und TV-Produktionen war sehr gewinnbringend und trug dazu bei, das Bürgerforum und die Stadt Gräfenberg bekannt zu machen und ein positives Bild zu vermitteln.

Der letzte entscheidende Faktor liegt in der erfolgreichen Kooperation mit anderen regionalen Akteuren: Angefangen bei der Unterstützung durch Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden über die Parteien hin zu anderen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen. Bezüglich der Parteien muss festgehalten werden, dass die Unterstützung sehr unterschiedlich war. Gerade auf Landes- und Bundesebene war diese oftmals durch die Konjunktur der Wahlkämpfe geprägt oder von besonderen Erfolgen des BüFo Gräfenberg und seiner Außenwirkung abhängig. Vereinfacht gesagt: Zu Wahlkampfzeiten waren mehr Politiker/innen bei den Gegendemonstrationen; wenn das BüFo Gräfenberg einen Preis erhielt, ließen sich einige Akteure lieber mit dem BüFo fotografieren als wenn Mitglieder der Initiative in Forchheim vor Gericht standen. Innerhalb der Stadtratsfraktionen war die Unterstützung jedoch meistens parteiübergreifend, wenn auch nicht immer einfach. Besonders positiv, und daher kurz in besonderem Maße gewürdigt, war und ist das Engagement der bayerischen Grünen und insbesondere von Frau Christine Stahl (Landtagsabgeordnete). Die Kooperation mit Parteien ist wichtig und unumgänglich, allerdings darf auch diese nicht zu dominant werden, um eben den Charakter der Zivilgesellschaft zu konservieren.

Die wichtigste Gruppe von Kooperationspartnern ist die der anderen Bündnisse: Das BüFo Gräfenberg traf auf ein breites und sehr heterogenes Spektrum bestehender Initiativen, Bündnisse und Gruppen in der Region. Außerdem entstanden in den letzten Jahren zahlreiche neue Bündnisse und Initiativen gegen Rechts, was der erhöhten Aktivität neonazistischer Akteure geschuldet ist. Bei der Entscheidung des BüFo Gräfenberg, mit welcher Gruppe oder Initiative man zusammenarbeitet, galt der oben definierte Grundkonsens als Richtschnur. Wer bereit war auf Gewalt zu verzichten und den Grundkonsens teilte, konnte sich an den Aktionen beteiligen und wurde in den Protest inkludiert. Für das Plenum war immer klar, in der eigenen Stadt den Ton angeben zu wollen und gewisse Regeln vorgeben zu können. Aus dieser Offenheit entstanden sehr wichtige, teilweise auch nur temporäre Kooperationen. Doch beispielsweise ist es in Gräfenberg usus, mit antifaschistischen und autonomen Gruppen zu kooperieren so lange der Grundkonsens gewahrt bleibt. Diese Strategie hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen, wurde vor allem aber vom Plenum als richtig angesehen. Das BüFo

Gräfenberg wollte aktiv die allzu häufige Aufteilung in „gute und schlechte“ Demonstrant/inn/en auflösen. Es ist die Überzeugung des BüFo Gräfenberg, dass der Protest und Widerstand gegen Faschismus nur gemeinsam erfolgreich sein kann.

„Links oder rechts?“ – Konfliktlinien in der Gräfenberger Idylle

An die Frage nach möglichen Kooperationspartner/innen und der getroffenen Entscheidung zur Zusammenarbeit mit antifaschistischen und autonomen Strukturen schließt sich eine reale Frage aus der Gräfenberger Praxis an:

Polizist zu Demonstrantin: „Wohin wollen sie eigentlich? Links oder rechts?“

Diese Dichotomie ist bezeichnend für den vorherrschenden Blick staatlicher Akteure und Sicherheitsbehörden in Bayern. Wer gegen Nazis demonstriert muss eigentlich links sein und in einem weiteren Schritt dann auch „linksextrem“, denn sonst funktioniert das Weltbild nicht mehr. Allerdings wollten sich einige Personen, die aktiv am Protest in Gräfenberg teilgenommen haben, gar nicht selbst als „links oder rechts“ bezeichnen. Die dahinterstehende Extremismustheorie und die daraus folgende Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ sind wissenschaftlich äußerst umstritten und können sicherlich nicht die realen Umstände abbilden. Trotzdem dient diese Theorie als Leitfaden für die politische und behördliche Praxis – mit fatalen Folgen für Menschen, die sich gegen Neonazis engagieren. Abseits von jeglichen Inhalten wird „linke“ und „rechte“ Politik gleichgesetzt. Die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie einige politische Akteure wännen sich in unangreifbarer Neutralität und einer „demokratischen Mitte“, die es in dieser Art einfach nicht gibt. Zur Auseinandersetzung mit der so genannten Extremismustheorie und deren Auswirkungen in Theorie und Praxis sind in den letzten Jahren einige wichtige Arbeiten entstanden. Hier soll nur auf das grundsätzliche Problem verwiesen werden, da es kennzeichnend für einige wichtige Konfliktlinien in Gräfenberg ist. Diese Konfliktlinien werden nur kurz vorgestellt, eine Vollständigkeit wird an dieser Stelle nicht angestrebt, eine umfassende Analyse und Bewertung steht noch aus.

Die primäre Konfliktlinie verläuft in offensichtlicher Weise zwischen der – durchaus heterogenen – Gruppe der Neonazis (Personen der extremen Rechten, von NPD, freien Kameradschaften, insbesondere dem „Freien Netz Süd“) und der heterogenen Gruppe des Gegenprotests und Widerstands um das Bürgerforum Gräfenberg. Neben der Konfrontation bei Aufmärschen und Gegendemonstrationen gibt es zum Teil auch eine inhaltliche Auseinandersetzung über Publikationen und Stellungnahmen auf den jeweiligen Internetseiten oder in der Presse. Mitglieder des BüFo Gräfenberg und seine Kooperationspartner/innen werden von den Neonazis fokussiert und direkt bedroht. Gerade seit dem Jahreswechsel 2011/12 wird diese Bedrohung deutlicher; es kommt vermehrt zu Sachbeschädigungen. Bisher wurden Mitglieder des Bürgerforums nicht zu Opfern körperlicher Gewalt, aber die Drohungen sind unmissverständlich. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass körperliche Gewalt für Neonazis in der Region durchaus ein legitimes Mittel gegen deren Feindbilder darstellt, was sich in den letzten Jahren schon mehrmals gezeigt hat.

Neben dieser prägenden Konfliktlinie existieren weitere Neben- oder Subkonfliktlinien:

- **Stadt Gräfenberg und Bewohner/innen – Landratsamt Forchheim**

Das Landratsamt Forchheim ist die zuständige Verwaltungsbehörde und hat die Aufgabe, angemeldete Demonstrationen der Stadt anzuzeigen und Auflagen für die Aufmärsche zu erlassen. Der Konflikt liegt in der Tatsache, dass das Landratsamt Forchheim ausschließlich formaljuristisch argumentierte und keinen verstärkten politischen Willen zeigte, um die Aufmärsche der Neonazis zu verhindern. Die Auflagenbescheide waren zum Teil nicht besonders restriktiv und ermöglichten den Neonazis das Mitführen von Fackeln und Trommeln. Im Vorfeld mindestens einer Demonstration wollte das Landratsamt den Anmelder des neonazistischen Aufmarsches mit dem Bürgerforum Gräfenberg an einen Tisch setzen, um gemeinsam einen Kompromiss für die parallel stattfindenden BüFo-Veranstaltungen zu finden. Auf Nachfrage, weshalb das Landratsamt Forchheim nicht zumindest versuche, die Demonstrationen in erster Instanz zu verbieten, verwies dieses darauf, dass es sich bei der NPD um eine legitime Partei handle, die nicht verboten sei und ihr deshalb aufgrund des Parteienstatus besondere Rechte zustünden. Diese Argumentation änderte sich aber auch nicht, als nicht mehr die NPD sondern Vertreter des „Freien Netz Süd“ die Aufmärsche anmeldeten. Das BüFo Gräfenberg erhoffte sich in gewisser Weise symbolische Unterstützung dadurch, dass das Landratsamt Forchheim sich auf einen Rechtsstreit einlassen würde; dazu bestand keine Bereitschaft.

- **Teilnehmer/innen der Demonstrationen des BüFo Gräfenberg – Sicherheitsbehörden**

Am 7.12.2011 sendete das Bayerische Fernsehen live aus der Frankoniahalle in Gräfenberg. Moderator Tilmann Schöberl führte durch die Sendung „BürgerForum live“ unter dem Titel: "Neonazis raus: Mit Zivilcourage gegen Rechts". Im Rahmen dieser Sendung kam es zum ersten Mal zu einer öffentlichen Entschuldigung durch die zuständigen Sicherheitsbehörden der Polizei Oberfranken. Kern des Konflikts ist die bereits angesprochene Gleichsetzung zwischen „links“ und „rechts“ und die dichotome Kategorisierung der Demonstrant/innen. Mitglieder des BüFo Gräfenberg hatten den Eindruck, dass der Protest erzogen werden sollte, die Kooperation mit antifaschistischen Gruppen wurde nicht goutiert, obwohl die Demonstrationen in Gräfenberg sehr friedlich verliefen. Kritik gab es auch dafür, dass nach Meinung des BüFo Gräfenberg die Sicherheitsbehörden die Demonstrations-Auflagen der Neonazis oftmals nicht streng überwacht hätten. Gerade bei der untersagten Anfertigung von Porträtaufnahmen hätten die Beamt/inn/en oftmals nicht reagiert, um die Demonstrant/innen zu schützen. Von zahlreichen Beamt/inn/en wurde die Behauptung aufgestellt, dass das eigentliche Problem im Gegenprotest liege und von der Gegenseite keine Gefahr ausginge. Gerade diese Konfliktlinie bedarf einer genauen Analyse und kritischen Aufarbeitung, um zu überprüfen, ob sich die Polizei hier fragwürdig verhalten hat und wie dies in Zukunft verhindert werden kann. Auch die teilweise Kriminalisierung von Mitgliedern des BüFo war höchst problematisch und muss kritisch hinterfragt werden. Gegen bis zu achtzig Demonstrant/innen wurde wegen einer angeblichen Blockade ermittelt. Die Verhältnismäßigkeit ist höchst fragwürdig.

- **Freies Netz Süd – NPD Bayern**

Auch innerhalb der Gruppe der extremen Rechten existieren Konfliktlinien, die in Gräfenberg besonders exemplarisch zu Tage traten und die ebenfalls einer genaueren Untersuchung bedürfen. Die NPD Bayern versucht den Spagat zwischen einer konservativen Selbstdarstellung nach Außen und der Inkludierung „national-revolutionärer“ Akteure nach Innen. Teile der NPD Bayern und vor allem der damaligen Jungen Nationaldemokraten (JN, Jugendorganisation der NPD) haben sich inzwischen im „Freien Netz Süd“ organisiert – einem Zusammenschluss neonazistischer Kameradschaften der Region.

Ist Gräfenberg bunt?

Progressive und emanzipatorische Politik in der fränkischen Provinz?

Die Selbstbezeichnung „bunt“ ist sicherlich nicht unumstritten und kann durchaus Gegenstand einer kritischen Betrachtung werden. Problematisch wird es gerade dann, wenn diese Selbstbezeichnung inhaltsleer bleibt und eher als Plakette dient, um die eigenen Positionen und Einstellungen nicht hinterfragen zu müssen. „Gräfenberg ist bunt“ ist aber auch eine Art kleinster gemeinsamer Nenner und wird durch die Mitglieder des Bürgerforums und dessen Kooperationspartner/innen durchaus mit Inhalt und Substanz gefüllt. Sicherlich ist die Aussage plakativ und verkürzt, sie steht aber auch dafür, dass man nicht nur gegen etwas ist, sondern für bestimmte Werte und Weltbilder einsteht. Für das BüFo Gräfenberg beinhaltet dieser Grundkonsens Demokratie, Toleranz, Solidarität, Gleichheit, die Unveräußerlichkeit der universellen Menschenrechte, Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Es ist mehr als nur gegen Nazis zu sein, doch bietet die heterogene Mischung des BüFo Gräfenberg durchaus Raum für einen positiven Streit um diese abstrakten Begriffe. Die Erweiterung der Arbeit des BüFo Gräfenberg war von Beginn an ein wichtiges Element. Die Organisation von Gegendemonstrationen war und ist ein wichtiger Teil der Arbeit, aber man versteht sich auch als Impulsgeber für kritische Diskurse in Gräfenberg und der Umgebung. Zusätzlich hat das BüFo Gräfenberg mittlerweile auch eine Wirkung nach Außen entwickelt und kann auf andere Organisationen und den politischen Prozess Einfluss nehmen. Neben der eigenen Veranstaltungsreihe Demokratieforum veranstaltet das BüFo Gräfenberg ein jährliches Konzert – das Open Mind Festival –, das einen kulturellen Gegenpol zu den Nazi-Aufmärschen bietet. Das BüFo Gräfenberg geht also über den blanken Protest hinaus und setzt sich kritisch mit den vorherrschenden Verhältnissen, dem politischen Prozess und den Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft auseinander. Allerdings ist Gräfenberg und auch das Bürgerforum kein Hort der Seligen. Durchaus selbstironisch gedacht ist ein zentrales Symbol des Gräfenberger Protests: der Gartenzweig mit „Nazis raus“-Schild. Man ist sich der eigenen Position und der umgebenden Struktur bewusst und kann diese kritisch betrachten. Das BüFo Gräfenberg setzt wichtige Akzente, aber die Stadt Gräfenberg unterscheidet sich in vielen Punkten sicherlich nicht von den anderen Ortschaften der Umgebung. Auch wenn die Darstellung in den Medien immer sehr umfassend war und von dem „vorbildlichen“ Gräfenberg die Rede war, so darf nicht unterschlagen werden, dass die Arbeit des BüFo Gräfenberg nicht von allen Bewohner/innen positiv bewertet wurde und wird. „Man soll die Nazis doch einfach laufen lassen“ war und ist eine oft gehörte und heftig diskutierte Aussage

in Gräfenberg. Auch wurde immer wieder das BüFo Gräfenberg als eigentlicher Unruheherd in der Stadt identifiziert, die Neonazis würden sich ja im Gegensatz sehr anständig und ruhig verhalten. Diese Aussagen spiegeln sicherlich nicht die Mehrheitsmeinung wider, sie sollen aber exemplarisch aufzeigen, dass in Gräfenberg nicht alles und alle „bunt“ sind. Trotz dieser Selbstkritik fällt das Fazit über die letzten gut fünf Jahre aktiver Arbeit des BüFo Gräfenberg positiv aus. Das Bürgerforum hat sich durch seine Aktionen eine sehr hohe Reputation in der gesamten Region erarbeitet und besitzt dadurch heute einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Die Inklusion der breiten Bevölkerung war bisher nur teilweise erfolgreich und die Vermittlung progressiver Werte bleibt sicherlich eine Aufgabe für die nächsten zehn Jahre. Gräfenberg zeigt aber, dass zivilgesellschaftliches Engagement lohnenswert ist und erfolgreich sein kann. Besonders hervorzuheben ist, dass diesem Engagement auch der nötige Raum zugestanden werden muss. Wenn Behörden und Politik versuchen, zivilgesellschaftliches Engagement zu kanalisieren und zu beeinflussen verliert es seinen Charakter. Besonders erschreckend kulminieren diese Bemühungen in der sogenannten Extremismusklausel. Die nächste Stufe dieser Einflussnahme ist dann die Kriminalisierung, wie sie die Aktivist/innen in Gräfenberg selbst erleben mussten. Doch wer zivilgesellschaftliches Engagement einfordert, darf dieses nicht kriminalisieren sobald es das eigene dichotome Weltbild sprengt. Luftballons und Sambagruppen sind nicht immer ausreichend im Widerstand gegen Neonazis und deren Ideologie der Ungleichheit. Wenn die Selbstbezeichnung „bunt“ zum Selbstzweck wird und sämtliche kritischen und progressiven Inhalte reduziert werden, eckt der Protest zwar nicht mehr an, verliert aber seine Kraft und zum Teil seine Berechtigung. Das BüFo Gräfenberg hat es, trotz zum Teil massiver Behinderungen durch Ordnungs- und Sicherheitsbehörden, geschafft, sich die eigene Autonomie zu bewahren und sich inhaltlich und programmatisch weiterzuentwickeln.

¹ Beispielhaft am 13.11.2009, Vortrag Dr. Thomas Greif: „Gräfenberg und der Nationalsozialismus (1930-1945)“, <http://www.graefenberg-ist-bunt.de/aktionen/>.

Neue Nazis tarnen sich

Bedeutung kleinräumiger Auseinandersetzungen am Beispiel „Tønsberg – Laden“ in Nürnberg

Ulli Schneeweiß

Niemals ging es nur um ein paar Kubikmeter Baumwolle. Wenn sich eine Bekleidungsmarke etabliert, die wie „Thor Steinar“ nur vordergründig unauffällig und sportlich-schick daherkommt, in Wahrheit aber Identifikationssymbol für Neonazis ist, dann ist das Teil einer umfassenderen - perfiden - Strategie der Szene. Durch das Vorspiegeln scheinbarer Normalität, Bürgerlichkeit und Harmlosigkeit soll sich unsere Gesellschaft an die Existenz von Nazis gewöhnen. Das nur sehr vordergründig verdeckte chauvinistische Weltbild wird dabei erst in einem zweiten Schritt offenbart. Diese Strategie beschränkt sich keineswegs ausschließlich auf das Outfit, sondern setzt sich auch im ideologischen Bereich fort, wenn unverdächtig „die soziale Frage“ aufgegriffen wird, gegen Leiharbeit und Kindesmissbrauch Stellung bezogen wird etc. pp.

Der im November 2008 in Nürnberg gegenüber dem Gewerkschaftshaus eröffnete Laden „Tønsberg“ war der erste und bisher einzige Versuch der Firma Mediatex GmbH, ihre Produkte in Süddeutschland in einem Laden zu vermarkten, insgesamt gibt es seit 2003 siebzehn solcher Eröffnungen. Die Kollektion versuchte, durch geschicktes Verbergen von NS-Symbolen – etwa im Logo – oder die Bezugnahme auf die bei Rechtsextremen beliebte nordische Mythologie gerade eben noch innerhalb der Grenzen der Legalität einschlägige Kunden zu gewinnen.

Der Widerstand dagegen musste demnach breiter aufgestellt werden und eben diese Strategie zum Gegenstand haben. Er musste auch von vorneherein einen langen Atem einplanen. Der anfängliche massive reaktive Protest war wesentlich von ver.di-Jugend und der regionalen Antifa getragen. Er war wichtig, um dem ahnungslosen Vermieter die Brisanz seines Mieters zu verdeutlichen. Unter diesem Eindruck hat jener auch Anfechtungsklage zum Landgericht Nürnberg-Fürth erhoben, die jedoch leider erstinstanzlich im Juni 2009 abgewiesen wurde.

Als Kampagne aufgestellt war von vorne herein Ziel, eine breitestmögliche Anschlussfähigkeit in alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen hinein herzustellen: angefangen von Nachbarn und bürgerlichen Kreisen über Schulen bis hin zu jedweden antifaschistischen Gruppierungen. Durchgehender Inhalt musste der Slogan „Neue Nazis tarnen sich“ sein; das Kampagnendesign sollte unverwechselbar werden und als Kampagnenziele wurden einerseits „Aufklärung der Öffentlichkeit über Tarnstrategien der extremen Rechten“, andererseits die wirtschaftliche Schwächung des Ladens vereinbart.

Es wurden dementsprechend bunte, kreative Aktionsformen mit Symbolkraft bevorzugt, die stets auch versucht haben, zum Mitmachen zu bewegen. Das „Generieren von stets neuen Bildern“ hatte dabei freilich auch den Zweck, für die Medien attraktiv zu bleiben. Tatsächlich nahmen die Medien diese Initiativen auch dankbar auf, seien es nur banale Aktionen wie

kollektives Kakao-Trinken („Braun ist flüssig oder überflüssig“) über eine zeitlich beschränkte Sitzblockade des Bürgersteigs vor dem Laden bis hin zu einer „Rock-gegen-Rechts“ Aktion, bei der alle Teilnehmer/innen als Protest gegen ein genehmigtes Rechtsrockfestival mit Rock bekleidet kamen. Diese - und viele weitere - Aktionen fanden jeweils freitags bis zum August 2009 statt und wurden während der Woche mit werktäglichen Flugblattverteilaktionen vor dem Laden beworben. Die Freitagsaktionen erfreuten sich immer besser werdender Resonanz bei den Teilnehmenden. In Verbindung mit jeweils inhaltlicher Aufklärung über die Hintergründe der Bekleidungsmarke und Situation der rechten Szene in Nordbayern konnte auch eine sehr gute Berücksichtigung bei Berichterstattung in Wort und Bild erreicht werden, so dass ein halbes Jahr nach Ladeneröffnung eine hohe Aufklärungsquote der Nürnberger Bevölkerung unterstellt werden konnte und diese Kampagnenphase abgeschlossen wurde.

In der Folgezeit ging es wesentlich darum, weiterhin Präsenz vor dem Laden zu zeigen, ihm also „keine Ruhe“ zu lassen. Dies erfolgte mit wöchentlichen „antifaschistischen Treffpunkten“ vor dem Laden, die von ver.di und ihren Kooperationspartnern getragen wurden. Inhaltlich wurde mittels einer bis heute weitergeführten Flugblattreihe „Antifaschistische Infos“ die Aufklärung über die regionale rechte Szene und Gegenwehr weitergeführt.

Freilich reagierte auch die rechte Szene auf unsere Aktivitäten: Sie verfolgten und verleumdete einzelne Aktivist/innen mittels Bedrohungen via Internet und erklärten den Platz zwischen Laden und Gewerkschaftshaus als „Hauptkampfplatz“. Gewerkschaftliche Veranstaltungen mussten sich gegen Wortergreifungen und Flugblattverteilungen erwehren und - haltlose - Strafanzeigen wurden gegen aktive Gegner/innen des Ladens gestellt.

Weitere Höhepunkte in der Auseinandersetzung mit dieser Erscheinungsform des Rechtsextremismus waren eine größere Kundgebung mit über tausend Teilnehmer/innen in der Vorweihnachtszeit 2009 („Tønsberg das Weihnachtsgeschäft vermiesen“) oder eine „Aktion Klamottenverbot“, bei welcher fast vierzig Organisationen erklärten, keine rechtsextrem orientierten Bekleidungsmarken mehr in ihren Räumen zu dulden, sowie die Kontaktaufnahme und Diskussion mit Nürnberger Schulen zur Sensibilisierung für das Thema.

Ab etwa Mitte des Jahres 2010 mehrten sich die Anzeichen für ein Aufgeben der Ladenbetreiber: Öffnungszeiten wurden nicht mehr regelmäßig eingehalten, zerbrochene Scheiben nicht mehr ersetzt, der Laden verwarhlte zusehends. Ab 8. Januar 2011 ist Nürnberg wieder „Tønsberg-Laden-frei“, Vermieter und Mieter einigten sich ablösefrei auf ein vorzeitiges Ende des Mietverhältnisses.

Entscheidend für den errungenen Erfolg waren aus unserer Sicht folgende Faktoren, die wir immer als Imperative begriffen haben:

- Die Existenz von neonazistischen Brennpunkten muss zugleich als Chance zur direkten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus begriffen werden. Neben allem berechtigten und notwendigen Protest bietet diese die Möglichkeit von der abstrakten zur konkreten Auseinandersetzung zu gelangen.
- Die politische Auseinandersetzung mit Neonazis bedarf immer eines langen Atems im Sinne einer Kampagnenplanung. Dies muss von vorneherein bei den handelnden Organisationen beachtet werden.

- Jedweden Spaltungsversuchen antifaschistischen Engagements muss von vorneherein entgegengetreten werden. Es gibt keine „guten“ und „schlechten“ Antifaschist/innen.

Dadurch gelang es, als geachteter Partner in einem regionalen Netzwerk antifaschistischer Gruppen und Einzelpersonen mitzuwirken, das stark genug ist auf jedweden neonazistischen Umtrieb die richtige Antwort zu finden. Auf diesen nachhaltigen Erfolg sind wir in weit höherem Maße stolz, als auf die Schließung eines Klamottenladens, der im nächsten Moment fünfzig Kilometer weiter wieder aufmachen könnte.

Die ausführliche Kampagnenbeschreibung mit Presseartikeln und weiterem Material ist unter <http://mittelfranken.verdi.de/aktionen/antifaschismus/#01-2011-wir-feiern-den-auszug-vontnsberg-am-08-01-2011> dokumentiert.

Beratung und Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt

Helga Hanusa

In Bayern gab und gibt es viele Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt

Die im Jahr 2011 aufgedeckten Morde der faschistischen Zwickauer Terrororganisation NSU in Nürnberg und München sind nun im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit.

Andere sind fast vergessen.

Zum Beispiel die Brandstiftung durch den Neonazi Saller, einem „Türkenhasser“ - so seine Aussage über sich selbst, in Schwandorf im Dezember 1988: Er setzte das „Habermeier Haus“ in Brand. Vater, Mutter und Sohn einer türkischen Familie und ein Deutscher verbrannten. Über dreizehn Menschen wurden schwer verletzt. Auch wenig bekannt: Klaus Peter Beer aus Amberg: 1996 im September von Neonazis zusammengeschlagen, dann in der Vils ertränkt, weil er homosexuell war.

Erwiesen ist, dass der Neonazi Köhler aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hofmann am 26. September 1980 vor dem Eingang zum Oktoberfest ein Bombenattentat verübte, bei dem dreizehn Menschen ermordet und über zweihundert zum Teil schwer verletzt wurden. Vermutet wird, dass er entgegen der offiziellen Version kein Einzeltäter war. Anlässlich des dreißigsten Jahrestags des Bombenattentats wurde daher die Wiederaufnahme der äußerst nachlässig geführten und schnell eingestellten Ermittlungen vom Bayerischen Landtag und dem Stadtrat von München gefordert.

„Woche für Woche werden Menschen geschlagen und angegriffen, weil sie nicht in das Weltbild von Rechtsextremen passen. Die Betroffenen werden aus ihrem Alltag gerissen und fühlen sich unsicher, auch noch lange nach der Tat. Mit ihren Ängsten bleiben sie oft allein. Gleichgültigkeit lässt rechtsextreme Gewalttäter glauben, im Sinne der Mehrheit zu handeln. Dieses Schweigen zu brechen und zu einem sozialen Klima beizutragen, das allen Menschen ein freies und angstfreies Leben ermöglicht, ist unser Ziel.“¹

Seit Herbst 2009 gibt es in Bayern **B.U.D. – Beratung. Unterstützung. Dokumentation für Opfer rechtsextremer Gewalt - Beratung und Begleitung für Betroffene, Angehörige, Freundeskreis sowie für Zeugen** im Rahmen der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS), die vom Bayerischen Jugendring getragen wird. Gefördert wird dieses Projekt aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern –Kompetenz stärken“.

Dieses Angebot ist wie jede psychosoziale Beratung freiwillig und vertraulich, unabhängig von Behörden, orientiert an den Bedürfnissen und Interessen betroffener Opfer, parteilich im Sinn der Opfer. Beratung und Begleitung vor Ort werden auch mehrsprachig durchgeführt.

„Wenn Sie oder Menschen in Ihrem Umfeld von Rechtsextremen beleidigt, bedroht oder angegriffen werden, helfen wir Ihnen. Eine Beraterin oder ein Berater bespricht mit Ihnen, wie Sie mit rechter Gewalt und ihren Folgen umgehen können. Die Beratung kann einmalig sein, sie kann aber auch zu einer längeren Begleitung werden. Auch Jugendliche können sich jederzeit an uns wenden.“²

Im Mittelpunkt stehen das Recht, die Gesundheit und die Bedürfnisse und Interessen der Opfer und Betroffenen.

Die Opferberatung klärt auf über Rechte, erläutert z.B. den Ablauf eines Strafverfahrens, begleitet zur Polizei und vor Gericht, hilft einen geeigneten Rechtsanwalt zu finden, unterstützt bei der Suche nach Ärzten, Psychotherapeuten oder anderen wichtigen Stellen, die für die Überwindung der Folgen eines Angriffs hilfreich sein können. (z.B. Anträge auf Entschädigung und Schmerzensgeld). Wenn Betroffene möchten, dass in ihrem Umfeld Öffentlichkeit über das Geschehen und die Gefahr rechter Gewalt hergestellt wird, werden sie in Kontakt mit Initiativen, Organisationen und Medien gebracht. Dabei wird darauf geachtet, dass die Interessen der Opfer auch längerfristig gewahrt werden.

Die Mitarbeiter/innen sind für diese Aufgabe durch erfahrene und schon seit langem praktizierende Fachkräfte der Opferperspektive Brandenburg ausgebildet worden. Berater/innen kommen aus unterschiedlichen Teilen Bayerns, somit ist eine regionale Präsenz gegeben, die hilfreich ist, um die jeweils nötigen Kontakte und stützenden Netzwerke zu erschließen.

Die Erfahrung ist, dass Opfer oft Ermutigung durch nahe stehende Personen oder glaubwürdige Organisationen brauchen, um aus ihrem Schock, Trauma oder auch aus ihrer Isolation heraus die erste Kontaktaufnahme zu wagen.

Unterschiedliche Motive und Zielrichtung der Gewalt

Im Unterschied zu Gewalt, die aus eskalierten, ungelösten Beziehungskonflikten resultiert in Folge mangelnder Aggressionskontrolle und individuell nicht verfügbarer Lösungsstrategien, speist und legitimiert sich rechtsextreme Gewalt aus dem Selbstverständnis, aus dem Welt- und Menschenbild der Täter/innen, das mit dem Terminus Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie nicht nur im Neonazismus verankerten Ideologien eigener Höherwertigkeit - weil „Deutsche/r“, weil der „weißen Rasse“, der „abendländischen Kultur“ zugehörig etc. - beschrieben werden kann. Gleichzeitig werden anderen Menschen, den „Gegnern“ oder „Feinden“, gefährliche bis minderwertige Eigenschaften angedichtet. Die Eigengruppe ist daher privilegiert und berechtigt über andere Menschen, die den Fremdgruppen zugeordnet werden, zu herrschen und zu verfügen.

Oft werden diese Menschen als Repräsentanten einer Fremdgruppe beleidigt, bedroht und angegriffen. Die Gewalt der Täter/innen enthält zugleich eine Bedrohungsbotschaft an die vermeintliche oder tatsächliche Gruppe.

Beispiel: November 2010 in Deggendorf: Auf rassistische Beleidigungen einer Gruppe von vier bis fünf jungen Männern folgt die schwere Körperverletzung eines schwarzen Asylsuchenden vor der Asylunterkunft. Die Täter kamen aus der angrenzenden Diskothek und konnten den Überfall unter den Augen des Securitypersonals ungehindert ausführen und dann flüchten. Täter/innen, die rechtsextreme Gewalttaten verüben, lassen sich leiten von diesem in der Eigengruppe propagierten Umgang mit Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Die Zustimmungsbereitschaft maßgeblicher Bevölkerungsteile, Debatten und Stichworte solcher Abwertungen durch namhafte Personen und Politik, die Menschengruppen als

minderwertig einstufen, zu schädlichen, unproduktiven, oder nicht nützlichen Teilen der Gesellschaft erklären, haben Erlaubenfunktion für die Täter/innen.

Beispiel: Die „Asylmissbrauchsdebatte“ Anfang der neunziger Jahre, in deren Folge das Asylrecht drastisch eingeschränkt wurde und in einer medial aufbereiteten und geschürten Feindseligkeit Asylheime von Rechtsextremen in Brand gesetzt wurden und tödliche Anschläge auf Wohnhäuser vor allem türkischer Einwanderer/innen verübt wurden. Ein rechtsextremer Angriff zielt immer auf die (vermeintliche) Gruppenzugehörigkeit und hat damit auch Auswirkungen auf diejenigen, die nicht direkt betroffen sind.

Über die o.g. rassistische Gewalttat in Deggendorf gab es exakte Krankenakten aus der behandelnden Klinik. Die Polizei hatte jedoch weder, wie sonst üblich, eine Polizeimeldung in die Presse gegeben, sodass diese Gewalttat gar nicht registriert werden konnte, noch war sie, wie meine Nachfrage ergab, als rassistisch motivierte Tat, als „politisch motivierte Kriminalität rechts“ (PMK rechts) eingestuft worden, was eigentlich für Polizeidienststellen seit einiger Zeit Vorschrift ist.

Solche Praxis erklärt auch die nach wie vor große Differenz zwischen den von der Bundesregierung bekannt gegebenen Opferzahlen rechtsextremer Gewalt seit 1990 und der Zählung des Vereins Opferperspektive und vom Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt“. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben zählt „Mut gegen rechte Gewalt“ 182 Todesopfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt in Deutschland seit Oktober 1990.³ Für den Zeitraum 1990 bis 2008 zählt die von der Bundesregierung auf Basis des Erfassungssystems PMK geführte „Statistik zu Todesopfern rechter Gewalt“ 46 Todesopfer.⁴

Bevorzugte Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sind

- Migrant/innen
- Nicht-weiße Deutsche
- Menschen jüdischen Glaubens
- Politisch aktive Nazigeegner/innen
- Alternative Jugendliche
- Homosexuelle
- Sozial Benachteiligte

Die größten Opfergruppen sind Flüchtlinge, Migrant/innen und alternative Jugendliche. Sie werden angegriffen, weil sie nicht in das Weltbild der Rechtsextremisten passen. Weil sie sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Knapp über die Hälfte der Gewalttaten fallen in den Bereich Hasskriminalität/ Fremdenfeindlichkeit, dicht gefolgt von dem Bereich Politische Konfrontation, Politische Einstellung gegen Andersdenkende u.ä..

Opfer sind häufig Menschen, die als Teil einer Gruppe in unserer Gesellschaft bereits diskriminiert, verächtlich gemacht werden, als Feindbilder herhalten müssen, deren Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen erschwert ist und die wenig gesellschaftlichen Rückhalt haben, wenn sie Hilfe brauchen und sich wehren möchten. Das reicht von sprachlichen Barrieren bis hin zum nötigen Orientierungswissen und Durchsetzungsvermögen, um z.B. Anzeige zu

erstatten und eine Strafverfolgung einzuleiten. Auch Furcht vor Rache und weiterer Bedrohung sind realistische Einschätzungen, solange nicht genügend Schutz und Sicherheit aufgebaut wird. Das Gefühl nicht ernst genommen zu werden, Erfahrungen mit unfreundlichem bis ablehnendem Verhalten von offiziellen Stellen und großen Bevölkerungsgruppen sind ebenfalls subjektive und objektive Erschwernisse auf dem Weg, die Folgen eines rechtsextremen Angriffs psychisch und im gesellschaftlichen Umfeld zu verarbeiten.

Praxis der Opferberatung

Das Fallbeispiel Überfall auf den Barkeeper des Lokals Picasso in Regensburg

Als Praxisbeispiel aus der Beratung und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt wähle ich einen Fall aus Regensburg aus, in dem längerdauernde Begleitung und Interventionen auf kommunaler Ebene entwickelt wurden, die den betroffenen Opfern Rückhalt gaben und Möglichkeiten boten, in diesem Geschehen selbst aktiv zu werden. Das trug erheblich zur besseren persönlichen Verarbeitung des Angriffs bei. Neben das „Opfergewordensein“ - eine Situation, die ohne eigenes Zutun erlitten wird - trat Aktivität, in der Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Solidarität erlebt wurde.

Am Anfang war Zivilcourage: Schutz vor Rassismus und Neonazigewalt

Am 30. Juni 2010, kurz vor Mitternacht hatten Neonazis aus rassistischen Motiven und Rache einen Barkeeper des Lokals Picasso in Regensburg überfallen.

Der 22-jährige Barkeeper hatte sich einige Zeit vor dem Überfall einer Gruppe von Neonazis entgegengestellt, als diese vor dem Lokal eine schwarze Frau und ihr Kind rassistisch beleidigt hatten. („dass Nigger überhaupt Kinder haben dürfen ...“) und sie so vor weiteren Angriffen geschützt.

Vor dem Überfall im Picasso hatte sich diese mindestens sechsköpfige Gruppe von Neonazis in einer Innenstadtkeipe ungehindert alkoholisieren können und war dann Passanten anpöbelnd und neonazistische Parolen grölend durch die Innenstadt zum Lokal Picasso gezogen. Gezielt und brutal griffen sie den Barkeeper an, traten mit Stiefeln auf ihn ein und verwüsteten die Theke im Lokal. Nur mit Glück, großem körperlichen Geschick und Geistesgegenwart entging der Barkeeper trotz erheblicher Verletzungen dem lebensgefährlichen Angriff durch Flucht in einen benachbarten Imbiss. Dessen Inhaber bot ihm ohne zu zögern Schutz vor dem andauernden Gewaltexzess der Neonazis, ungeachtet der Tatsache, dass er und sein Eigentum damit selbst zum Angriffsziel der Neonazibande wurde.

Obwohl durch die Berichterstattung der *Mittelbayerischen Zeitung* und der *Online-Zeitung Regensburg-digital* der neonazistische Tathintergrund offensichtlich war, kam eine Woche lang keine Reaktion von Bürger/innen oder Stadtspitze. Nicht einmal von sonst engagierten Nazigegner/innen waren Reaktionen zu vernehmen.

Eine Woche später im Kontakt mit der Opferberatung der LKS berichtete die Inhaberin des Lokals, dass das Personal schockiert sei und sie und ihr Mann sich um Sicherheit und

Stabilität des Personals bemühen würden. Um den Barkeeper, der erst mal Ruhe brauche, würden sie sich kümmern. Ebenso um versicherungsrechtliche Regelungen, wie Entgelt für Arbeitsausfall etc. Der materielle Schaden, der durch die Verwüstung der Theke entstanden war, stünde im Augenblick auch nicht im Vordergrund. Ihre Hauptsorge war: Was tun, wenn das Lokal Picasso infolge eines Hausverbots, das sie für diese neonazistische Gruppe aussprechen werde, zur exponierten Zielscheibe für deren Angriffe werde? Ein Hausverbot muss sein, das stand für die Inhaberin fest.

Im Beratungsgespräch wurde die Kernidee entwickelt: Wenn viele Lokale den Neonazis den Zutritt verweigern, dann wäre damit Öffentlichkeit, Solidarität und Schutz zugleich hergestellt. Wir vereinbarten, dass ich Regensburger Bürger/innen und Gruppierungen anspreche und zu einem Treffen einlade, zu dem sie am besten selbst auch kommen, damit wir gemeinsam beraten. Als Ansprechpartnerin der Opferberatung der LKS vor Ort war mir sehr wichtig, dass alle Schritte in enger Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen.

Solidarität und Öffentlichkeit

So bildete sich die **Initiative Keine Bedienung für Nazis**, die in ihrer Gründungsphase von der Opferberatung unterstützt und begleitet wurde und seitdem in mehreren Schritten weiter daran arbeitete Rassismus, Neonazismus und rechte Gewalt zu ächten und Rassist/innen den öffentlichen Raum zu nehmen.

Viele, vor allem junge Menschen, unorganisiert und organisiert bei Grünen, Linke, Jusos, VVN, später auch noch katholische Pfadfinder/innen des Stamms Geschwister Scholl, besuchten Regensburger Lokale, informierten Personal und Inhaber/innen über den Überfall und das Neonazitreiben in der Region. Sie argumentierten, setzten sich intensiv mit Bedenken auseinander und warben für aktive Solidarität durch die Unterzeichnung der unten genannten Erklärung. Eine Aktion getragen von vielen, die viele Menschen im direkten Gespräch erreichte, konkretes Engagement ermöglichte und erbat. Immer an einem konkreten Ziel ausgerichtet. Zwischendurch wurden zur eigenen Bildung und Aufklärung von Mitstreiter/innen Informationsabende durchgeführt.

Zur Behebung des Schadens an der Tür des Imbisses wurde rasch Geld gesammelt und dem Inhaber übergeben.

Erklärung der Initiative Regensburger Gastronomen zeigen Zivilcourage:

Wir sagen Nein zu Intoleranz und Rassismus, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in Regensburg stören. Um die Stadt und ihre Einwohner, die Touristen, unsere Gäste und unser Personal vor diesen Übergriffen zu schützen, erklären folgende Gastronomiebetriebe: Nazis und andere Rassisten haben in unseren Räumen nichts zu suchen. Wir dulden keine rassistischen, diskriminierenden Äußerungen in unserem Lokal. Wir werden diese Leute nicht bedienen.

Die Solidarität und klare Aussage von über 130 Regensburger Gastronomen, die zielgerichtet und medienwirksam organisiert wurde, hat in der Stadt und überregional große Aufmerksamkeit und Zuspruch gefunden. Mit 85 Unterschriften startete die Öffentlichkeitsarbeit. Um

hundert zu erreichen, wurden stadtbekannte Persönlichkeiten in die Überzeugungsgespräche in Lokalen einbezogen. Zahlreiche Presse-, Radio- und Fernsehinterviews, in denen auch die geschädigten Lokalinhaber des Picasso und des „Drinks tonight“ zu Wort kamen, gaben der Aktion einen breiten medialen Rückhalt, so dass sich Menschen meldeten, die ihre Solidarität beisteuerten.

Dauerhaftes Zeichen gegen Rassismus und Neonazismus im öffentlichen Raum

Anfang 2011 warb die Initiative für den Aufkleber *Rassisten werden hier nicht bedient* als dauerhaftes Zeichen gegen Rassismus und Neonazismus im öffentlichen Raum. Mittlerweile haben über fünfzig Lokale in Regensburg diesen Aufkleber am Eingang ihrer Lokale angebracht.



Anstöße und Überlegungen zu der Aussage auf dem Aufkleber kamen zum einen unmittelbar aus der Aktion selbst, konfrontiert mit der Frage: Woran erkennt man Neonazis? Die Antwort der Initiative: Nicht allein an äußeren Zeichen, die sie durch Haartracht, Kleidung, Schmuck etc. zeigen, sondern an ihren politischen Aussagen und Handlungen. Rassismus war und ist ein zentraler Bestandteil der neonazistischen Ideologie und Politik. Daran sind auch heute Neonazis zu erkennen. Rassismus ist Triebfeder für Hetze und Gewalt.

Zum anderen hatte gerade die Sarrazin-Debatte seit Sommer 2010 sehr deutlich gemacht, dass Rassismus in unterschiedlicher Ausformung das Bindeglied verschiedener menschenverachtender Ideologien und politischer Strömungen und Gruppierungen ist, die weitreichenden Einfluss und Zustimmung gewinnen. In vielen Varianten, vom Antisemitismus bis zur Islamfeindlichkeit, gibt Rassismus den Neonazis Nährboden und Auftrieb. Diese Kräfte versuchen Rassismus als normale Meinung zu etablieren. Je besser ihnen das gelingt, umso niedriger wird die Hemmschwelle für rassistische Politik, für Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zur Gewalt.

Rassist/inn/en den öffentlichen Raum nehmen

Eine wirkungsvolle Auseinandersetzung findet vor allem im gesellschaftlichen Nahraum und im Alltag statt. Dem Handeln von Bürger/innen in der Kommune kommt daher eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung einer schrittweisen Ausbreitung und kommunalen Verankerung

solcher menschenfeindlichen Positionen und Strukturen zu. Vermieter/innen von Räumen, Inhaber/innen von Lokalen, Angestellte in der Gastronomie und auch Gäste können einen wichtigen Beitrag leisten, um Rassist/inn/en den öffentlichen Raum zu nehmen.

Im November 2011 stellte die Initiative auf einer Veranstaltung als Abschluss ihrer Aktion eine Broschüre vor. Neben Informationen zur örtlichen und regionalen rechten Szene bietet die Broschüre Mustermietverträge und Anregungen, wie sich Wirte in diesem Sinn wirkungsvoll verhalten können. Die Broschüre kann unter folgender E-Mail-Adresse bestellt werden: keinebedienungfuernazis@googlemail.com.

Auf dieser Veranstaltung stellte Dr. Miriam Heigl, Referentin gegen Rechtsextremismus im Direktorium des Oberbürgermeisters der Stadt München, den offensiven Umgang einer Kommune mit Einmietungsversuchen neonazistischer und rassistischer Gruppen vor. Dr. Klaus Rappert, Richter am Landgericht in Regensburg und Stadtrat, erläuterte die Rechtslage und mögliche Vorgehensweisen, die Vermieter/inne/n von Räumen und Gastronomen haben, um sich vor unerwünschten Gästen zu schützen. Die Initiative Keine Bedienung für Nazis stellt ihre Erfahrungen gern zur Verfügung.

In Landshut hat sich mittlerweile eine ähnliche Initiative gebildet:
<http://www.keinraumfuerrassismuslandshut.de/>.

Anerkennung für vorbildliche Zivilcourage

Im Dezember 2011 verlieh die Regensburger SPD den Hans-Weber-Preis für Demokratie und Toleranz u.a. an den Barkeeper, den Imbissbesitzer, der ihm Zuflucht vor den neonazistischen Angriffen geboten hatte, und der Initiative keine Bedienung für Nazis als Beispiel vorbildlicher Zivilcourage.⁵

¹ <http://www.bud.bayern.de>

² <http://www.bud.bayern.de>

³ <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990> (aufgerufen am 25.01.2012).

⁴ Inneres/Antwort auf eine Große Anfrage - 13.10.2011, http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_10/2011_398/01.html (aufgerufen am 25.01.2012).

⁵ Unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten leistete Hans Weber als junger Sozialdemokrat Widerstand, u.a. durch den Schmuggel illegaler Zeitungen der nach Prag emigrierten SPD-Zentrale nach Bayern. Hans Weber wurde fünf Jahre lang in Zuchthäusern sowie im Konzentrationslager inhaftiert.

Prozess gegen die neonazistischen Täter

Zehn Monate brauchte die Staatsanwaltschaft Regensburg, viel Zeit, in der die Täter weitere Straftaten, darunter gefährliche Körperverletzungen begehen konnten, bis der Prozess gegen sechs Neonazis im Mai 2011 eröffnet wurde und bis Juni 2011 an neun Prozesstagen mit über vierzig Zeugen vor dem Landgericht Regensburg stattfand.

„Wir sitzen hier nicht zu Gericht über politische Einstellungen- und seien es noch so abwegige“, betonte der Vorsitzende Richter im Hinblick auf die Gesinnung der sechs Angeklagten, „sondern nur über Straftaten“. (Mittelbayerische Zeitung, 9. Juni 2011)

Alle Neonazitäter wurden als Gewalttäter befragt und deren Taten auch so geahndet: Gewalt, Beleidigung, Volksverhetzung - alles getrennt voneinander. Dadurch wurden einige auch offensichtlich Beteiligte am gewaltsamen Überfall freigesprochen. Es gebe keinen eindeutigen Beweis wann genau wer, außer dem Haupttäter, mit welcher Faust oder mit welchem Gegenstand auf den Barkeeper eingeschlagen habe. Nur der Haupttäter wurde auch wegen des Überfalls im Picasso verurteilt: Sechseinhalb Jahre Haft. Die anderen Beteiligten gingen mangels Beweisen ohne Strafe aus. Zwei verließen das Gericht als freie Menschen, andere wurden wegen anderer Straftaten ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt.

Zwischen den neonazistischen Ideologiesegmenten - dem gemeinschaftlichen volksverhetzenden Gegröle in der Regensburger Innenstadt (u.a. „Happy happy holocaust“, „Heil Hitler“, „Sieg Heil“) und der anschließenden Gewaltorgie gegen den Barkeeper im Picasso, wurde bei der Verhandlung kein Zusammenhang hergestellt. Auch die im Gerichtssaal zur Schau gestellte Uniformierung in Neonazibekleidung wurde vom Gericht ausgeblendet. Hier hätte ein versierter Anwalt oder eine versierte Anwältin viele Ansatzpunkte gefunden, um die offensichtliche politische Motivation der Täter herauszuarbeiten und als strafwürdig zu werten.

Ein Kollege des Barkeepers aus dem Picasso: „Mit diesem Urteil, das von einem zufälligen Gewaltakt eines Einzeltäters ausgeht und nicht von einem gezielten Racheakt mit der Nazigruppe als Rückhalt, wird die Neonazigruppe geschont und gleichzeitig wird die Zivilcourage des Barkeepers durch das Gericht nicht gewürdigt, beiseite geschoben.“

Eine wichtige Lehre aus dieser Opferberatung ist:

Opfer und Geschädigte brauchen Anwälte und sollten als Nebenkläger auftreten, um Einfluss auf das Prozessgeschehen nehmen zu können. Ohne anwaltliche Vertretung sind Opfer und Geschädigte im Prozess lediglich Zuschauer/innen und Zeug/inn/en ohne Interventionsmöglichkeiten, haben keinen Schutz vor Zumutungen und der Verwirrstrategie der gegnerischen Anwälte.

Rechtsextremismus in Tschechien und Deutschland

Juliane Niklas und Thomas Höhne

Seit dem Ausscheiden der „Republikánská strana Československa“ (SPR-RSČ) aus dem tschechischen Parlament 1998 spielen extrem rechte Parteien in Tschechien keine parlamentarische Rolle. 2010 wurde im zweiten Anlauf die rechtsextreme „Dělnická strana“ (DS, Arbeiterpartei) verboten. Da die parallel verlaufende Bildung von Nachfolgeorganisationen nicht unterbunden wurde und die DS mit der neonazistischen Szene seit 2007 und verstärkt seit 2008 kooperierte, ist derzeit die „Dělnická strana sociální spravedlnosti“ (DSSS, Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) als direkte und in der Führung personell unveränderte Nachfolgepartei der DS aktiv. Spätestens seit 2008 ist durch Zusammenarbeit der DS mit Neonazigruppierungen, durch Beitritte von Mitgliedern „nationaler Kameradschaften“ und durch engere Kontakte nach Deutschland ein qualitativer und quantitativer Umbruch der rechtsextremen Szene festzustellen.¹ Außerhalb der Parteienlandschaft sind im extrem rechten Spektrum vor allem der „Národní odpor“² (NO, Nationaler Widerstand) und die „Autonomní nacionalisté“³ (AN, Autonome Nationalisten) Hauptakteure; diese haben in der letzten Zeit jedoch an Bedeutung verloren. So übernehmen Aktivist/innen des NO und der AN Funktionen bei der DSSS oder treten bei Wahlen für die extrem rechte Partei an. Aufmärsche und Aktionen wurden im Jahr 2011 hauptsächlich von der DSSS angemeldet und organisiert.

Antiziganismus

Anschlussfähig an relevante gesellschaftliche Diskurse in Tschechien sind die von der DSSS und anderen vertretenen extrem rechten Positionen und Aktionen vor allem, wenn es um Antiziganismus geht. In einer soziologischen Einstellungsumfrage aus dem Jahr 2009 antworteten 77% der Befragten, dass ihnen die in Tschechien lebende Gruppe der Roma „unsympathisch“ sei; auf einer Beliebtheitskala von 1 (sehr sympathisch) bis 7 (sehr unsympathisch) erhielten Roma den Wert 5,7.⁴ So konnte Tomáš Vandas, Vorsitzender der DSSS und zuvor Vorsitzender der DS, im Nachgang von neonazistischen Ausschreitungen im mährischen Litvínov behaupten, seine Partei sei von besorgten Bürgerinnen und Bürgern zu Hilfe gerufen worden, um sich gegen einheimische/dort wohnende Roma „zu wehren“.⁵ Im Litvínover Stadtteil Janov war am 17.11.2008 ein neonazistischer Mob zu einer von Roma bewohnten Plattenbausiedlung gezogen und hatte sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei geliefert, die das Viertel absperren wollte. Die „weiße“ Bevölkerung von Janov hatte sich den Rechten angeschlossen und somit einen Schulterchluss vollzogen, der vom Innenministerium später als „das größte Sicherheitsrisiko“⁶ bezeichnet wurde. „Litvínov“ blieb ein Symbol des Sieges für die Rechten. Buttons oder T-Shirts mit einer entsprechenden Aufschrift sind seitdem bei unterschiedlichen gegen Roma gerichteten Aktionen zu sehen.

Auch im Sommer 2011 kam es zu pogromartigen Aktionen gegen Roma. Von August bis Oktober dieses Jahres beteiligten sich im Norden Tschechiens tausende Bürgerinnen und Bürger an Aktionen gegen die dortige Romabevölkerung. Vorgeschobener Grund für die

Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an den rassistischen Umtrieben waren stets Gerüchte über angebliche „rassistisch“ motivierte Übergriffe von „schwarzen“ auf „weiße“ Tschechinnen und Tschechen. Ebenso wurde behauptet, die Neuansiedlung von Roma im vergangenen Jahr habe die Kriminalitätsrate in der deutsch-tschechischen Grenzregion deutlich gesteigert, was jedoch statistisch nicht nachzuweisen ist. Dennoch gab es von Ende August bis in den November hinein in Varnsdorf (teilweise auch parallel in anderen Orten) jeden Freitag und Samstag Aufmärsche mit dem Ziel, die zwei von Roma bewohnten Sammelunterkünfte anzugreifen. Dabei wurden Parolen gerufen von „Tschechien den Tschechen“ über „Zigeuner geht arbeiten“, aber auch „Zigeuner ins Gas“. Nur Einsatzkräfte der Polizei konnten den Mob davon abhalten, tatsächlich zu den Unterkünften der Roma zu gelangen.

Zumindest teilweise waren zu den Ausschreitungen auch bekannte gewalttätige Neonazis aus dem Umfeld des „Národní Odpor“ und der „Autonomen Nationalisten“ angereist. Vermutlich witterungsbedingt sind die Aufmärsche im Winter 2011/12 zum Erliegen gekommen, eine politische Lösung des Problems gibt es jedoch nicht.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit extrem rechter Gruppierungen aus Deutschland und Tschechien

In der internationalen rechtsextremen Szene spielt Tschechien vor allem als Umschlagplatz für illegales Propagandamaterial und militärische Ausrüstung sowie als Veranstaltungsort von Konzerten und Treffen eine Rolle. Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Rechtsextremen geht jedoch darüber hinaus.

In den Jahren 2002 bis 2004 nahmen am sogenannten „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ im oberfränkischen Wunsiedel Neonazis aus Tschechien und anderen europäischen Ländern teil. Der inzwischen verstorbene Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger hatte Wunsiedel zu einem Wallfahrtsort der extremen Rechten gemacht und den Marsch in Bezug auf Teilnehmende und Grußworte gewissermaßen europäisiert. Tschechische Redner ließ Rieger jedoch nicht zu. Einerseits wohl wegen des Feindbildes Slawen, andererseits aber auch wegen der Nachkriegsbeschlüsse zur Aussiedlung der Sudetendeutschen (Beneš-Dekrete⁷).⁸ Immer wieder sind die Dekrete Thema zwischen deutschen und tschechischen Vertreterinnen und Vertretern der extremen Rechten. Tomáš Vandas (DSSS) sieht die Beneš-Dekrete als unumstößlichen Teil der tschechischen Rechtsordnung, betont aber dennoch, dass die Vergangenheit kein Hindernis für die Zusammenarbeit mit den Deutschen sein dürfe.⁹ Deutsche und tschechische Gruppen des „nationalen Widerstands“ dagegen legten den Streit um die Beneš-Dekrete 2009 mit einer Vereinbarung beiseite, in der sie darauf hinwiesen, die Dekrete seien der deutschen und tschechischen Bevölkerung völkerrechtswidrig auferlegt worden und somit als nichtig anzusehen.¹⁰ Wenige Wochen nach der Vereinbarung marschierten rund 400 deutsche und tschechische Neonazis gemeinsam durch Ústí nad Labem, um an die Bombardierung durch die Alliierten im Jahr 1945 zu erinnern. Auch an den jährlichen Aufmärschen in Dresden, mit denen an die Bombardierung der Stadt erinnert werden soll, nehmen regelmäßig „Kameraden“ aus Tschechien teil.

Im Vorfeld der geplanten Aktionen am 1. Mai 2011 war eine Intensivierung der Vernetzung deutscher und tschechischer rechter Kräfte zu beobachten. Rechte Gruppierungen aus beiden Ländern griffen anlässlich der am 1. Mai 2011 in Kraft getretenen Arbeitnehmerfreizügigkeit

das Thema für Aufmärsche in Heilbronn und Brno auf. Unter dem Motto „Gegen die Invasion der Fremdarbeiter“ mit dem Zusatz „Arbeit zuerst für Deutsche“ beziehungsweise „Arbeit zuerst für Tschechen“ (auf Tschechisch zusätzlich: „gegen den Exodus unserer Leute“) wurde gemeinsam mobilisiert; Bereits Anfang März 2011 fanden regionale Mobilisierungsveranstaltungen von NPD und DSSS in Cheb und Waldsassen statt. DSSS und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) waren zusätzlich durch Rednerinnen und Redner bei den Aktionen am 1. Mai im jeweils anderen Land vertreten, weitere Auswirkungen zeigte die gemeinsame Mobilisierung jedoch nicht.

Eine weitere Annäherung gab es auf nationaler Ebene: Anfang April 2011 unterzeichneten die jeweiligen Parteivorsitzenden Udo Voigt und Tomáš Vandas im Verlauf eines „Tag der offenen Tür“ bei der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ das „Manifest von Riesa“ gegen „Menschenrechtsverletzungen“, die vorgeblich an der „nationalen Opposition“ begangen würden. In dem Manifest wurde eine „Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene“ vereinbart.¹¹

Ende Oktober 2011 schließlich organisierte das „Freie Netz Süd“ (FNS) zwei Busse aus Bayern zu einem Aufmarsch der DSSS „Für mehr Bürgerrechte“ in Rotava. Tatsächlich handelte es sich auch hierbei um einen antiziganistischen Marsch, der auch durch das Romaviertel von Rotava ging.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit basiert auf der politischen Strategie eines „modernisierten“ Rechtsextremismus, der „sich weniger um eine Verherrlichung der NS-Vergangenheit [...] formiert, sondern in aktuellen politischen Diskursen – Globalisierung, soziale Sicherheit, Arbeitsmarktpolitik, Ausländerpolitik – zu intervenieren versucht“.¹² Darauf verweisen die deutschen und tschechischen Aufrufe zum 1. Mai 2011, deren zentraler Inhalt sich nicht mehr durch eine rassistisch motivierte Abgrenzung und Abwertung auszeichnet, sondern sich mit Globalisierung und Europäisierung gemeinsame, gegen das jeweils „eigene Volk“ gerichtete Feindbilder schafft. Ideologische Grundlage dafür bildet der sogenannte Ethnopluralismus mit seinen zentralen Bezugspunkten der nationalen und kulturellen Identität. In einem „Europa der Vaterländer“ bestünde demnach die Option der Kooperation und Koexistenz der verschiedenen „Völker“ und Nationen; strikte Ablehnung erfährt dabei jede Form der „Durchmischung“. Darüber hinaus äußert sich der völkische Nationalismus des Ethnopluralismus als verschwörungstheoretisch fundierte Kapitalismuskritik.¹³ Entsprechend behauptet die Propaganda der extremen Rechten in Deutschland und Tschechien, dass hinter der EU-Osterweiterung das „rücksichtslose Gewinnstreben einflussreicher Großkonzerne“¹⁴ stünde, die Hand in Hand mit „volksfeindlich gesinnten Brüsseler EU-Bürokraten“¹⁵ zusammenarbeiten würden. Als Mittel gegen die konstruierten Feindbilder wird die „Gleichheit und Einheit des Volkes“ gesetzt – hier also des tschechischen und des deutschen Volkes. Mit Hilfe des äußeren Feindbildes gelingt es dem modernisierten Rechtsextremismus, die historisch entstandenen Konfliktlinien zu überwinden und auf Basis „völkischer Identität“ grenzüberschreitend zu kooperieren – polemisch formuliert ist dies „Völkerverständigung“ im rechtsextremen Sinne.

Die dargestellte grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Rechtsextremen im Kontext der ideologischen Neuausrichtung findet in der politischen Bildungsarbeit bislang kaum Beachtung.

¹ Vgl. Mayer, Gregor/Bernhard Odehnal: *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*, Wien 2010, S. 106.

² Neonazistische Gruppierung, die um den Jahreswechsel 1998/1999 nach dem Vorbild der „Freien Kameradschaften“ in Deutschland aus der Prager „Blood & Honour“-Sektion hervorging und eine der wichtigen Strukturen des tschechischen Neonazismus darstellt.

³ Diese formierten sich in Tschechien ab 2004 nach deutschem Vorbild und bilden eine Plattform für die Zusammenarbeit von Neonazis und Ultranationalisten.

⁴ Vgl. CVVM 2009, S. 2.

⁵ Vgl. Mayer/Odehnal, a.a.O., S. 110.

⁶ Ebd., S. 106.

⁷ Im Alltagssprachgebrauch werden die Beneš-Dekrete mit den Beschlüssen zur Abschiebung der Sudetendeutschen gleichgesetzt, tatsächlich betreffen diese nur acht der insgesamt 143 Dekrete.

⁸ Vgl. Bringt, Friedemann/David Begrich: *Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD*. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): *Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr*, Berlin 2008, S. 63.

⁹ Vgl. www.noviny.dsss.cz/delnicke-listy31.pdf.

¹⁰ Vgl. www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=952.

¹¹ Vgl. Andreasch, Robert/Lara Schultz: *Das Manifest von Riesa*, 2011.

¹² Kaindl, Christina (2005): *Rechtsextremismus und Neoliberalismus*, in: Dies. (Hrsg.): *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Eine Einführung in Wissenschafts-, Ideologie- und Gesellschaftskritik*, Marburg 2005, S. 181.

¹³ Vgl. ebd., S. 183.

¹⁴ Vgl. Aufruf des Aktionsbündnisses 1.Mai 2011, http://01mai2011.de/?page_id=99.

¹⁵ Ebd.

Binationale Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus

Das Beispiel des deutsch-tschechischen Jugendaustauschs Tandem

Juliane Niklas und Thomas Höhne

Das Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch – Tandem mit Sitz in Regensburg ist die zentrale Fachstelle in der Bundesrepublik Deutschland für den Jugend- und Schüler/innenaustausch mit Tschechien. Tandem ist eines von fünf internationalen Büros in Deutschland, die jeweils für die binationale Zusammenarbeit im Jugendaustausch zuständig sind. Diese Arbeit wird partnerschaftlich mit dem Tandem-Büro in Pilsen geleistet. Neben der finanziellen Förderung, Qualifizierung, Beratung und Information sowie der Vermittlung von Partnerorganisationen ist auch die Entwicklung neuer Formen und Bereiche der Zusammenarbeit und des Austauschs inklusive der Setzung neuer Themen eine wichtige Aufgabe von Tandem (vgl. www.tandem-org.de).

In der binationalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus betrat Tandem im Jahr 2010 Neuland, weil es bislang keine entsprechende bilaterale Vernetzung der Jugendarbeit gab, das Problem jedoch angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Vernetzung des Rechtsextremismus dringlich erschien. Inzwischen hat Tandem in Zusammenarbeit mit IDA (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.) und Člověk v tísni (Menschen in Not, eine tschechische gemeinnützige Nichtregierungsorganisation) zwei Seminare zum Thema veranstaltet. Beide Seminare hatten das Ziel, Expert/innen sowie Praktiker/innen in einen Dialog zu bringen und gemeinsame Perspektiven einer grenzüberschreitenden Vernetzung der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Die Seminare unterschieden sich aber bezüglich ihrer jeweiligen Zielgruppen und inhaltlichen Ausrichtungen.

Das erste Arbeitstreffen fand im Februar 2010 in Ústí nad Labem statt. Ziele der Arbeitstagung waren: (1) Beschreibung von neonazistischen Aktivitäten, (2) Beschreibung der pädagogischen Angebote, (3) Anstoß für die deutsch-tschechische Zusammenarbeit in dem Bereich, (4) Überlegungen: „Wie kann sich der deutsch-tschechische Jugendaustausch mit dem Thema auseinandersetzen?“. Eingeladen waren Expert/innen aus beiden Ländern sowohl aus den Arbeitsfeldern Rechtsextremismus als auch aus dem Bereich Jugendarbeit.

Aus der Vielzahl von Vorträgen können hier nur einige exemplarisch vorgestellt werden. Hinsichtlich der Geschichte und Gegenwart des tschechischen Rechtsextremismus referierte der tschechische Experte Michal Mazel, der bis 2009 für verschiedene tschechische Ministerien tätig war und zurzeit als Gerichtsexperte für Beratung und Begutachtung im Zusammenhang mit Straf- und Verbotverfahren arbeitet. Der Vortrag umfasste die historischen Wurzeln des tschechischen Rechtsextremismus und Neonazismus, deren Entwicklung von 1945 bis 1989 und die aktuellen Entwicklungen seit 1990. Mazel hob besonders hervor, dass sich die tschechische rechtsextreme Szene heutzutage der deutschen Szene zunehmend angeglichen hat.

Der deutsche Rechtsextremismusexperte Robert Andreasch beschäftigte sich mit der Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland und mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Neonazis. Im Rahmen seines Vortrages hob Andreasch unter Bezug auf aktuelle Studien hervor, dass einige der Vorurteile und Einstellungen, die zum Rechtsextremismus gezählt werden, auch in der gesellschaftlichen Mitte stark vertreten sind (u.a. Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus). Dabei sei auffällig, dass gerade das Bundesland Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich höhere Werte aufweist.

Tomáš Habart stellte die Arbeit der Organisation People in Need (PIN) (tschechisch: Člověk v tísni) vor. Die Hauptthemenfelder dieser Nichtregierungsorganisation liegen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und des Globalen Lernens, zudem in der interkulturellen Bildungsarbeit. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Schulen hat PIN auch eine Publikation inhaltlicher und methodischer Art zum Thema Neonazismus entwickelt. Im Jahr 2008 wurde die Broschüre „Kann ich das verstehen“ (tschechisch: „Dovedu to pochopit“) herausgegeben. Anlass für die Veröffentlichung sei die Tatsache gewesen, dass das Thema Neonazismus an Schulen bis dahin kaum behandelt worden wäre.

Neben den Referaten wurden gemeinsame Gruppenarbeiten durchgeführt, in denen die Auseinandersetzung mit den verschiedenen pädagogischen Ansätzen und Materialien gegen Rechtsextremismus im Mittelpunkt stand. Als ein Ergebnis wurde festgehalten, dass die vorgestellten Materialien als sehr ansprechend und praxisnah einzustufen sind. Hinsichtlich der Strategien gegen Vereinnahmung durch Rechtsextremist/inn/en, beispielsweise durch Infiltrierung von Sportvereinen, wurden Unterschiede zwischen den beiden Ländern deutlich, die sich einerseits an der Frage der Übertragbarkeit der Rechtsprechung zeigten, andererseits aber auch kontrovers an der Frage nach restriktivem versus liberalem Umgang diskutiert wurden. Schließlich wurde in den Kleingruppen abschließend überlegt, wie perspektivisch eine grenzüberschreitende Jugendarbeit gegen rechts aussehen sollte und welchen Beitrag Tandem hier leisten kann.

Das zweite Seminar stand ganz im Zeichen des grenzüberschreitenden Austauschs erprobter Arbeitsansätze gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Anhand der Ergebnisse des ersten Seminars konzipierte Tandem das zweite, das im Februar 2011 in Sebnitz stattfand. Kooperationspartner waren wieder IDA e.V. und Menschen in Not aus Tschechien.

Ziele dieses Seminars waren neben dem Austausch von Erfahrungen mit dem Thema vor allem der praxisbezogene Überblick über vorhandene Konzepte, Materialien und Programme. Einzelne Bausteine wurden gemeinsam in Gruppenarbeiten ausprobiert und anschließend ausgewertet.

Der Einstieg in das Seminar erfolgte mithilfe des „Versteckspiels“ der Agentur für soziale Perspektiven e.V. (www.dasversteckspiel.de), welches um Bilder von spezifisch tschechischen Nazisymbolen ergänzt wurde. Der inhaltliche Part wurde von IDA e.V. und Menschen in Not übernommen, die jeweils ihre pädagogischen Programme ausführlich vorstellten und auch praktische Übungen anleiteten. In einer Abschlussrunde wurde schließlich ein mögliches weiteres gemeinsames Vorgehen diskutiert.

Der Austausch über praktische Arbeitsansätze und Methoden zeigte die jeweiligen Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich sozialer Problemlagen, gesellschaftlicher Diskurse und pädagogischer Angebote im Kontext der Arbeit gegen Rechtsextremismus auf. Die pädagogischen Ansätze in Tschechien und Deutschland setzen im Konfliktfeld der Ausgrenzung und Integration von Minderheiten sowie von Migrant/inn/en auf Methoden interkulturellen Lernens und auf verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit Rassismus. In Tschechien betrifft dies vor allem den Alltagsrassismus und die institutionellen Diskriminierungen gegenüber der Roma-Minderheit. Da rechtsextreme Propaganda gerade an solche Einstellungsmuster anknüpft, sind pädagogische Angebote zur Bekämpfung und Auseinandersetzung mit Rassismus und Antiziganismus besonders relevant. Parallelen bestehen zum Diskurs um Einwanderung in Deutschland, die pädagogischen Programme sind entsprechend vergleichbar und werden zum Teil auch internationalisiert.

Dagegen weisen die Auseinandersetzungen mit der jüngsten Geschichte in Form pädagogischer Arbeitsansätze und Themen der historisch-politischen Bildung deutliche Unterschiede auf, wie in einer ebenfalls von Tandem organisierten Tagung zur transnationalen Erinnerungsarbeit gezeigt werden konnte. So steht für die tschechische Seite die Aufarbeitung der sozialistischen Ära im Vordergrund, die auch den Umgang mit den Ereignissen in den Grenzgebieten und deren Verschweigen umfasst. Während es sich in Tschechien tendenziell um einen progressiv geführten Diskurs der Geschichtsaufarbeitung handelt, wenn die „verschwundenen Dörfer“ der Sudetendeutschen thematisiert werden, kann in Deutschland in den meisten Fällen der Umgang mit der sudetendeutschen Thematik mit guten Gründen als eine Form der Erinnerungsabwehr bezeichnet werden. „Vertriebenenverbände“ wie zum Beispiel der „Witikobund“ oder die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) stehen für eine rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Ausrichtung. Deshalb sind weitere Diskussionen vonnöten, welche Formen grenzüberschreitender Erinnerung sich als sinnvolle Maßnahmen gegen aktuelle rechtsextreme Diskurse erweisen.

Der durch Tandem initiierte Dialog zeigte neben der Vielfalt von pädagogischen Konzepten und Materialien gegen Rechtsextremismus auch die bestehenden Defizite im Arbeitsfeld des internationalen Jugendaustauschs auf und lieferte erste Ideen für eine weitere grenzüberschreitende pädagogische Auseinandersetzung mit dem Thema.

Literaturverzeichnis

- Andreasch, Robert/Lara Schultz: Das Manifest von Riesa, 2011.
<http://www.bnr.de/content/das-ae-manifest-von-riesa-ae> (17.05.2011).
- Antifaschistisches-Info-Blatt: Akzeptierende Gewaltarbeit – Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik, Berlin 1998 Ausgabe 44.
- Aslan, Fikri/Kemal Bozay: Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2000.
- Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004.
- Benz, Wolfgang/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors – Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1 Die Organisation des Terrors, München 2005.
- Bitzan, Renate: Frauenanteile an den Bundes- und Landesvorständen von rechtsextremen und rechtslastigen Parteien. Berechnet nach den Unterlagen des Bundeswahlleiters vom Frühjahr 2001, Unveröffentlichtes Arbeitspapier, Göttingen 2002.
- Bitzan, Renate: Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000.
- Bitzan, Renate: Zurücklehnen ist nicht ... Zur Involviertheit von Frauen in die rechtsextreme Szene, in: K(r)ampfadler Heft 15 (2001), S. 6-9 und S. 26-31.
- Bora, Tanil: Devlet, Ocak, Dergah. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket [Staat, Heim, Gebetsstätte. Die idealistische Bewegung vom 12. September bis in die 1990er], Istanbul 1995.
- Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts. 2005.
- Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“ - Ethnischer Nationalismus unter jungen Muslim(inn)en, in: Bundschuh S./B. Jagusch/H. Mai (Hrsg.): Facebook, Fun und Ramadan. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher, Düsseldorf 2009.
- Bringt, Friedemann/David Begrich: Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr, Berlin 2008, S. 44-65. <http://www.gefaehrliche-liebschaften.info> (17.05.2011).
- Bruderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn 1998.
- Büchner, Britta-R.: Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit Republikanerinnen, Pfaffenweiler 1995.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Roberto Llaryora: Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen 1988.
- Bundesamt für Verfassungsschutz, zitiert nach Kleinstädter Anzeiger: Trauriger Rekord: Fremdenfeindliche Gewalt im Osten, 13.2.1993.

- Butterwegge, Christoph: Fundamentalismus und Gewalt als Grundmuster der Weltpolitik? Zur Kritik Samuel P. Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen“, in: Bukow, Wolf-Dietrich/Markus Ottersbach (Hrsg.): Der Fundamentalismusverdacht. Plädoyer für eine Neuorientierung der Forschung im Umgang mit allochthonen Jugendlichen, Opladen 1999.
- Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg 2002.
- Cardoen, Jean/Ulrich Schneider: Karte der Lager und anderer Nazi-Haftstätten, Brüssel 2011.
- Dähne, Harald: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/Auslaender__und_Jugendkriminalitaet.pdf.
- DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (Hrsg.): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt 2008, S. 15-19.
- Decker, Oliver/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Nora Langenbacher Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin 2010.
- Decker, Oliver et al.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.
- Dietzfelbinger, Eckart: Die Brücke Franken, in: Museen der Stadt Nürnberg - Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände (Hrsg.)BilderLast – Franken im Nationalsozialismus, Nürnberg 2008.
- Döhring, Kirsten: Mädchen und Frauen in der extremen Rechten, in: Stadt Recklinghausen (Hrsg.): Mädchen und (rechte) Gewalt. Textsammlung zur Fachtagung am 28.08.2001, Recklinghausen 2001, S. 18-33.
- Dornbusch, Christian/Jan Raabe: Argumentationshilfe gegen die Neuauflage der „Schulhof-CD“ der NPD. Argumente & Kultur gegen Rechts e.V., Handreichung zum Download im Kontext der Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommerns, September 2006.
- Dornbusch, Christian/Jan Raabe: Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD. Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus an der FH Düsseldorf, Argumente & Kultur gegen Rechts e.V., Handreichung zum Download im Kontext des Bundestagswahl, 7. September 2005.
- Dornbusch, Christian/Hans-Peter Killguss: Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus, Hamburg/Münster 2005.
- Dornbusch, Christian/Jan Raabe (Hrsg): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg/Münster 2002.
- Druwe, Ulrich/Susanne Mantino: Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, In: PVS: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Sonderheft 27/1996, Jg. 37, hg. von Falter, Jürgen W./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, Opladen 1996, S. 66-80.
- Elverich, Gabi: Rechtsextremismus im Wandel – Herausforderung für Schule und Lehrerbildung, In: Lange, Dirk (Hrsg.): Politische Bildungsforschung. Politikdidaktische Arbeits- und Forschungsschwerpunkte an niedersächsischen Universitäten, Baltmannsweiler 2006, S. 145-166.
- Elverich, Gabi/Michaela Köttig: Theoretische und praktische Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule und der Jugendarbeit, Dokumentation der Fachtagung: „Mädchen und junge Frauen im Spannungsfeld zwischen Demokratie und rechter Ideologie“ der BAG und LAG Mädchenpolitik Sachsen, Dresden, BAG-Info 7, Berlin 2007.

- Elverich, Gabi: Hinweise für den pädagogischen Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus, In: Molthagen, Dieter et al. (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus, Bonn 2008, S. 14-23.
- Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Reinbek 2006.
- Günter, Thomas: Das Internet – kein rechtsfreier Raum in: Glaser, Stefan/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts. 2007.
- Hafenecker, Benno: Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus, in: Paul, Gerhard (Hrsg.): Hitlers Schatten verblasst – Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989.
- Hammerbacher Michael: Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg, Magisterarbeit Humboldt-Universität Berlin 2001; als Download unter www.osz-gegen-rechts.de.
- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie, Dresden 2011.
- Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Argumente gegen den Hass, Band II, Bonn 1993.
- Heitmeyer, Wilhelm/Joachim Müller/Helmut Schröder: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt/Main 1997.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Band 7, Frankfurt/Main 2008.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012.
- Hessischer Jugendring (Hrsg.): Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – in Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Wiesbaden 2008.
- Hirschfeld, Uwe/Ulfrid Kleinert (Hrsg.): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus, Leipzig 2000.
- Höhne, Thomas / Juliane Niklas: Grenzüberschreitender Rechtsextremismus und binationale Jugendarbeit gegen Rechts, in: Bundschuh, Stefan/Ansgar Drücker/Thilo Scholle (Hrsg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Aktuelle Perspektiven, Bad Schwalbach 2012, S. 233-246.
- Holthusen, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus in Berlin: aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Marburg 1994.
- Hormel, Ulrike/Albert Scherr: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktionaler Diskriminierung, Wiesbaden 2004.
- Huhn, Anne/Alwin Meyer: Einst kommt der Tag der Rache – Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg 1986.
- Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996.
- Kaindl, Christina (2005): Rechtsextremismus und Neoliberalismus, in: Dies. (Hrsg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Eine Einführung in Wissenschafts-, Ideologie- und Gesellschaftskritik, Marburg 2005, S. 180-200.

- Köttig, Michaela: Der biographische Ansatz in der Einzelfallhilfe mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen (30 Absätze). Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 9 (1), Art. 2, 2008 (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-08/08-1-2-d.htm>).
- Köttig, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik; Gießen 2004.
- Köttig, Michaela: „Mädchen sollten am besten die Klappe halten“ – Mädchen in rechten Cliques, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 147-157.
- Krafeld, Franz Josef (Hrsg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques, Landeszentrale für politische Bildung, Bremen 1992.
- Krafeld, Franz Josef: Erfahrungen einer „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechten Jugendcliques, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/93 zum Thema Gewalt, Bundesvorstand des DGB (Hrsg.), Köln 1993.
- Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe/Roland Merten: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn 1993.
- Krambach, Kurt: Ländlicher Raum, nachhaltige Dorfentwicklung und lokale Agenda 21. Einsichten und praktische Erfahrungen, Berlin 2001.
- Langebach, Martin/Jan Raabe/David Begrich: Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD mit dem Titel „BRD vs. Deutschland“. Argumente & Kultur gegen Rechts e.V., Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Handreichung zum Download im Kontext der Bundestagswahl sowie den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, August 2009.
- Mair, Birgit: Möglichkeiten und Grenzen interkulturell-antirassistischer Seminararbeit – am Beispiel Xenos Nürnberg, in: Jehle, Bernhard/Bernd Kammerer/Horst Unbehaun (Hrsg.) Migration – Integration – Interkulturelle Arbeit. Chancen und Perspektiven der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Nürnberg 2004, S. 308 ff.
- Mair, Birgit: Überlebensberichte von Josef Jakubowicz – eine biographische Analyse, Nürnberg 2006.
- Mayer, Gregor/Bernhard Odehnal: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, Wien 2010.
- Merkel, Angela: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, in: Otto, Hans-Uwe/Roland Merten: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn 1993.
- Möller, Kurt/Nils Schuhmacher: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007.
- Mudde, Cas: The War of Words Defining the Extreme Right Party Family, In: West European Politics, 19, Abingdon 1996, S. 225-248.
- Münz, Rainer/Wolfgang Seifert/Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland - Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt a. Main/New York 1997.
- Neugebauer, Gero (2001). Extremismus–Rechtsextremismus–Linksextremismus, In: Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 13-37.

- Neureiter, Marcus: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg 1996.
- Ortner, Martina Susanna: Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinungen oder Trend? Extrem rechte politische Weltanschauungen von Migrantinnen (in München). Teil 1 Begriffe und Phänomene, Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (Hrsg.), München 2010.
- Ribler, Angelika: Projekt „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“, in: Hessischer Jugendring (Hrsg.): Hessische Jugend, Ausgabe 3/08: Rechtsextremismus – Jugendverbände in Auseinandersetzung, Wiesbaden 2008.
- Riese, Melanie: Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule – Ergebnisse einer qualitativen Studie, unveröffentlichte Magisterarbeit, Erlangen 2011.
- Rosenthal, Gabriele: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim 2008.
- Rump-Räuber, Michael/Ralf Dietrich: Mögliches Vorgehen im Unterricht bei rechtsextremistischen Aktivitäten, In: Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V. (Hrsg.): Handeln gegen Rechtsextremismus an Berliner Schulen, Berlin 2008, S. 16-20.
- Scherr, Albert: Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit, Schwalbach 2001, URL: http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/paed_interv_scherr.pdf, Stand: 20.2.11.
- Scherr, Albert: Pädagogische Konzepte gegen Rechts – was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden?, In: Lynen von Berg, Heinz/Roland Roth (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003, S. 249-264.
- Schubarth, Wilfried: Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – Möglichkeiten und Grenzen schulischer und außerschulischer Prävention, In: Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 249-270.
- Schütze, Fritz: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien, Hagen 1987.
- Seidl, Leonhard F.: Mutterkorn, Berlin 2011.
- Simon, Titus: Netzwerkarbeit. Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, in: Neue Praxis, Heft 2/2004.
- Simon, Titus: Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2005.
- Simon, Titus/Sabine Blumensath/Claudia Frömmert/Rayma Saryaeva, Es wächst nicht einfach Gras drüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Herausgegeben vom Bund der deutschen Landjugend, Berlin 2009.
- Skrzydlo, Annette/Barbara Thiele/Nicola Wohllaib: Frauen bei den ‚Republikanern‘ in Westberlin – ein empirisches Projekt; FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften, Berlin 1992.
- Speit, Andreas (Hrsg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien, Hamburg/Münster 2002.
- Steffens, Guido: Eine Pädagogik des „moralischen Zeigefingers“ wird keinen Erfolg haben. Fremdenhaß und politischer Extremismus – was kann die Schule tun?, In: PÄD EXTRA 21 (1) 1993, S. 33-38.

- Stender, Wolfram: Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland, in: Migration und Soziale Arbeit, 3-4/2008, S. 284-290.
- Stöss, Richard: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Herausgegeben durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.
- Strauss, Anselm: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München 1994.
- Strauss, Anselm/Juliet Corbin: Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung, Weinheim 1996.
- Sturhan, Katrin: Zwischen Rechtskonservatismus und Neonazismus – Frauen in rechtsextremen Parteien und Organisationen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 104-130.
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hrsg.): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und –Intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung, Berlin 2006.
- Werle, Rainer/Renate Kreile: Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei, Hamburg 1987.
- Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand–Erklärungsansätze–Grundprobleme, In: Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 38-68.
- Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.
- Zeller-Mohrlock, Dagmar: Die Türkisch-Islamische Synthese. Eine Strategie zur Kanalisierung innen-politischer wirtschaftlicher Konflikte in der Türkei in den 80er Jahren, Bonn 1992.

Autorinnen und Autoren

Dr. Kemal Bozay

Politik- und Sozialwissenschaftler sowie Autor des 2005 herausgegebenen Buches „...ich bin stolz, Türke zu sein! – Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung“ sowie Mitautor des Buches „Graue Wölfe heulen wieder: Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD“. Er arbeitet als Lehrbeauftragter an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln und ist zugleich Geschäftsführer der IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit in Bochum.

Harald Dösel

Studienrat an der Fachoberschule Triesdorf, Sprecher des Landkreisbündnisses gegen Rechts Weissenburg-Gunzenhausen, Vorstandsmitglied der GEW Weissenburg-Gunzenhausen, Mitarbeit bei der Intervention gegen Rechtsextremismus im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen im Auftrag der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus.

Michael Hammerbacher

M.A. Erziehungswissenschaften, Magisterarbeit „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg“. Leitung des XENOS-Projekts „Rechtsextremismusprävention in der Beruflichen Bildung“ der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. Fortbildungen für Lehrer/innen, Pädagog/inn/en und Ausbilder/innen, Seminare für Schüler/innen und Auszubildende sowie Entwicklung von Argumenten und Materialien gegen rechtsextreme und diskriminierende Parolen.

Helga Hanusa

Diplompädagogin, Supervisorin, freiberufliche Mitarbeiterin der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus.

Thomas Höhne

Dipl.-Sozialpädagoge (FH) und Soziologe/Pädagoge M.A. (Universität). Seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Pädagogik. Forschungen und Bildungsansätze zu Antisemitismus und Rechtsextremismus; Interkulturelles Lernen; Transnationale/ grenzüberschreitende Pädagogik. Von 2003 bis 2010 Mitarbeiter im Studienforum des Dokumentationszentrum ehem. Reichsparteitagsgelände Nürnberg für das KPZ Nürnberg mit Schwerpunktthema Rechtsextremismus.

Marius Köstner

Diplomierter Politikwissenschaftler aus Erlangen. Neben der Wahlsystemforschung liegt einer seiner Schwerpunkte in der Analyse von Demokratisierungsprozessen. Neonazistische Jugendkultur und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts sind Themen, zu denen er freiberuflich als Referent tätig ist. Seit 2007 ist er im Bürgerforum Gräfenberg aktiv.

Prof. Dr. Michaela Köttig

Fachhochschule Frankfurt, Studium des Sozialwesens an der Universität Kassel. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus und Biographie- und Interaktionsforschung. Autorin der Studie „Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik“.

Martin Langebach

Diplom-Sozialpädagoge und Soziologe (M.A.), Seit zwanzig Jahren Beschäftigung mit den jugendkulturellen Ausprägungen der extremen Rechten. Autor u.a. der Bücher „RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ (2002), „Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus“ (2005) sowie „RechtsRock – made in Thüringen“ (2010), letzteres herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Thüringen. Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Jan Raabe in dem Sammelband „Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung“ (2011).

Birgit Mair

Diplom-Sozialwirtin (Univ.), Mitbegründerin des Nürnberger Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V., Co-Autorin der internationalen Studie zu NS-Zwangsarbeit „Hitlers Sklaven“ und Autorin des Buches „Überlebensberichte von Josef Jakubowicz“. Sie konzipierte Ausstellungen über Holocaust-Überlebende, leitete Bildungsprojekte zu Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus und begleitete Holocaust-Überlebende bei Zeitzeugengesprächen. Sie leitete das Projekt „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken“ (2009-2012).

Juliane Niklas

M.A., Studium der Pädagogik, Slawistik und Politikwissenschaft. Als pädagogische Mitarbeiterin im internationalen Jugendaustausch tätig. Arbeitsschwerpunkte sind Mittel- und Osteuropa sowie Demokratieförderung. Veröffentlichungen: Höhne, Thomas / Niklas, Juliane (2012): Grenzüberschreitender Rechtsextremismus und binationale Jugendarbeit gegen Rechts. In: Bundschuh, Stefan / Ansgar Drücker / Thilo Scholle (Hrsg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Aktuelle Perspektiven, S. 233-246; Förderprogramm Demokratisch Handeln (Hrsg.) (2011): Gesagt. Getan. Ergebnisse der Ausschreibung 2010. Jena (verschiedene Kurzbeiträge); Kugler, Anne / Juliane Niklas / Regina Renner (2010): Landeskunde Tschechien.

Melanie Riese

M.A., Studium der Soziologie und Pädagogik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Magisterarbeit "Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen in der Schule - Ergebnisse einer qualitativen Studie" (2011) in Kooperation mit dem ISFBB-Projekt „Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken“.

Ulli Schneeweiß

Dipl.-Sozialpädagogin (FH), Stellvertretender Geschäftsführer und Rechtsekretär der Gewerkschaft ver.di Mittelfranken. Dort ist Ulli Schneeweiß federführend für den Themenbereich Antifaschismus zuständig. Leitete den erfolgreich verlaufenen Kampf gegen den mittlerweile geschlossenen „Tønsberg-Laden“ in der Nürnberger Innenstadt, in dem u.a. Kleidung der in Neonazikreisen beliebten Marke „Thor Steinar“ verkauft wurde. Beschäftigt sich mit der Rolle von Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit Neonazis und erfolgreichen Kooperationen sowie deren nachhaltige Wirkung.

Prof. Dr. Titus Simon

Professur für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Schwerpunkte: Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung. Langjährig in der offenen Jugendarbeit, der Wohnungslosenhilfe und in der Verbandsarbeit tätig. Autor zahlreicher Kriminalromane, in denen es u.a. um neonazistische Gewalt geht.

Prof. Dr. Wolfgang Wippermann

Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft in Göttingen und Marburg. Promotion 1975 mit einer Dissertation über "Der Ordensstaat als Ideologie"; Habilitation 1978 mit einer Habilitationsschrift über "Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels". Gastprofessuren in Innsbruck, Peking (Teachers College), Bloomington (Indiana University), Minneapolis (University of Minnesota) und Durham (Duke University). Zahlreiche Publikationen zu Faschismus und Nationalsozialismus, darunter „Faschismustheorien“ (7. Aufl. 1997), „Totalitarismustheorien“ (1997), „Rassenwahn und Teufelsglaube“ (2005), „Agenten des Bösen. Verschwörungstheorien von Luther bis heute“ (2007), „Autobahn zum Mutterkreuz. Historikerstreit der schweigenden Mehrheit“ (2008), „Dämonisierung durch Vergleich. DDR und Drittes Reich“ (2009).

Förderer und Kooperationspartner

Bundesprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“

Das Projekt Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken (2009-2012) wurde zu zwei Dritteln vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie vom Europäischen Sozialfonds für Deutschland innerhalb des Programms „XENOS - Integration und Vielfalt“ gefördert.

Darüber hinaus bedanken wir uns bei folgenden Förderern sowie bei unseren Kooperationspartnern:

Förderer

- Evangelischer Gemeindeverein Nürnberg Mögeldorf e.V.
- Stiftung Frieden lernen Frieden schaffen, Aachen
- Verleger Bruno Schnell / Nürnberger Nachrichten

Kooperationspartner

- BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, München
- Evangelische Studierendengemeinde (ESG), Nürnberg
- Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Pädagogik, Erlangen
- Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften, Nürnberg
- Handwerkskammer für Mittelfranken, Nürnberg
- Industrie- und Handelskammer (IHK) für Mittelfranken, Nürnberg
- Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Bamberg
- Katholische Erwachsenenbildung (KEB) Erlangen
- Ministerialbeauftragter für die Realschulen Oberfranken, Bayreuth
- Noris-ArbeitsgmbH (NOA) gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Nürnberg
- SOS-Berufsausbildungszentrum Nürnberg
- Stadt Nürnberg, Bürgermeister Geschäftsbereich Schulen, „Geschichte aus erster Hand“
- Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e.V., Nürnberg
- Zweckverband jüdisches Museum und Synagoge Ermreuth

Spenden

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen.

Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

ISFBB e.V., Stichwort Spende

Konto-Nr. 88 93 000

BLZ 700 205 00 Bank für Sozialwirtschaft München

Gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales
und den Europäischen Sozialfonds für Deutschland
im Rahmen des Programms „XENOS - Integration und Vielfalt“.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION